

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

197 · März 2007

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz 195

Essay

STEPHANIE BALIS

Wo Sommer wirklich Sommer ist.
Eine Reise in die Berge von Kurdistan 197

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

ARMIN BERNHARD

Bildung als Ware – Die Biopiraterie in der Bildung
und ihr gesellschaftlicher Preis 202

WOLFGANG BITTNER

Lese-Kultur gegen Gewalt.
Kinder- und Jugendliteratur als Prophylaxe 212

HARALD WERNER

Fünf Fragen an ein zeitgemäßes Curriculum
zur Politischen Ökonomie 221

Europa heute

WILHELM ERSIL

Die EU am 50. Jahrestag der Römischen Verträge 229

Geschichte & Utopie

ANDREAS HEYER

Ursprung und Gehalt des Utopiebegriffs
von Karl Mannheim 241

GOTTFRIED OY

Spurensuche Neue Linke. Das Beispiel des
Sozialistischen Büros und seiner Zeitschrift *links* 252

Gedenken

In memoriam Theodor Leipart (1867-1947) 262

Standorte

CHRISTEL HARTINGER.

»Nicht gegen mein Gewissen«.

Gespräche mit Felicia Langer 269

Festplatte

WOLFGANG SABATH

Die Wochen im Rückstau 274

Bücher & Zeitschriften

Volker Hauff, Günther Bachmann (Hrsg.):

Unterm Strich. Erbschaften und Erblasten

für das Deutschland von morgen. Eine Generationenbilanz

(RAINER RILLING) 276

Doron Rabinovici, Ulrich Speck, Nathan Sznajder (Hg.):

Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte

(ANDREAS MÜLLER, PETER ULLRICH) 279

Bernd Nagel: Die Eigenarbeit der Zisterzienser

(ULRICH BUSCH) 281

Imperialismus heute. Weltmarkt und Weltmacht –

Von der globalisierten Zivilgesellschaft

und ihrer antiterroristischen Kriegskultur

(RENATE DILLMANN) 282

Adelheid von Saldern (Hrsg.):

Stadt und Kommunikation

in bundesrepublikanischen Umbruchszeiten

(JOACHIM TESCH) 283

Summaries

An unsere Autorinnen und Autoren 286

Impressum 288

VorSatz

Am Beginn des 21. Jahrhunderts hat diese Welt die Chance auf Frieden. Was ihr fehlt ist: Frieden. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts zogen am Horizont die dunklen Wolken des Ersten Weltkrieges herauf. Auch das 19. Jahrhundert hatte mit Kriegen begonnen, erst die Interventionskriege, denen die Napoleonischen Kriege folgten. Geschichte scheint sich zu wiederholen, allerdings nicht als Farce – oder doch? Das wird sich erst noch zeigen müssen.

Dieser Tage fand in München wieder die »Sicherheitskonferenz« statt. Die Veranstaltung hieß in früheren Jahren »Wehrkundetagung«. Der damalige Name war nur anders verlogen als der jetzige. Damals wurde die Veranstaltung als Teil des Kalten Krieges und als ein Ort der Planung seiner Weiterführung zugleich inszeniert. Und heute dient die Konferenz keinesfalls der Sicherheit, sondern eher der Beibehaltung und Ausweitung der Unsicherheit. Hier versammelten sich Vertreter der herrschenden Eliten aus 40 Ländern, überwiegend des »Westens«. Wie in den vorigen Jahren auch war der Krieg im Irak ein dominierendes Thema. Es wurde aber noch übertriften durch die Forderung nach einem noch stärkeren Engagement der NATO in Afghanistan, damit sich dort nicht wiederhole, was jetzt im Irak stattfindet (!). Das ist das indirekte Eingeständnis, dass die USA und ihre verbliebenen Koalitionäre im Irak im Grunde erfolglos geblieben sind; nach wie vor findet täglich eine neue Art Partisanenkrieg statt. Als Konsequenz wird nicht etwa die Beendigung des Krieges gegen den Irak in Aussicht gestellt, es wird eine Verstärkung des westlichen »Engagements« gefordert.

In Afghanistan will die NATO im Jahre 2009 »Stabilität herstellen«, ohne zu sagen, wie dies aussehen soll. Aber die Mitgliedsländer sollen verstärkt Truppen und Material in Afghanistan einsetzen. Die Bundesrepublik Deutschland ist schon dabei. Die Bundesregierung hat bereits den Einsatz von Tornados und eine Verstärkung der eingesetzten Truppen um zirka 500 Soldatinnen und Soldaten beschlossen, ein entsprechendes Gesetz wird Anfang März von der Mehrheit im Bundestag durchgewinkt werden. Es ist die Rede davon, dass es sich dabei »nur« um Aufklärung handelt. Aber Luftaufklärung über Kampfgebieten ist schließlich nichts anderes als Beihilfe zum Mord! Insgesamt wird die Bundesrepublik dann fast in Stärke einer Division in Afghanistan dabei sein.

Das regelmäßige in Anwendung gebrachte abwiegelnde Vokabular verdeckt nur notdürftig die damit verpacktem Lügen. So ist eine Abgrenzung zwischen »Stabilisierungstruppen« (wie der ISAF) und den

»Truppen der Terrorbekämpfung« nur in der Theorie möglich. Die Forderung der NATO nach verstärktem Einsatz im Süden Afghanistans bestätigt das indirekt. Die Öffentlichkeit erfährt schon heute nicht die Wahrheit über die Aktivitäten deutscher Einheiten. Was tut die Elitetruppe KSK, die im Rahmen von »Enduring Freedom« eingesetzt ist? Bei welchen Aktionen starben die 66 Soldaten, die bisher schon in Afghanistan ums Leben kamen?

Auf der »Sicherheitskonferenz« wurde wiederum deutlicher, dass die USA einen Angriff auf den Iran planen und beginnen wollen. Die Bundesrepublik ist mit ihrem Marinekontingent vor der Küste des Libanon jetzt schon vor Ort. Ausgerechnet die Bundeskanzlerin Angela Merkel war es, die auf der Konferenz die verbalen Attacken und das faktische Ultimatum gegen den Iran vortrug.

Wladimir Putin, der als erster Präsident Russlands an der Konferenz teilnahm, versalzte dem anwesenden US-orientierten Mainstream die Suppe ein wenig. Nun sind die gegenwärtig herrschenden russischen Eliten, deren Frontmann und Symbolfigur Wladimir Putin ist, nicht gerade als Friedensengel berüchtigt. Sie führen nicht nur einen blutigen Krieg in Tschetschenien, sie scheuen sich nicht, russisches Öl und Gas als Waffen in Wirtschaftskriegen einzusetzen, sie haben ursprünglich auch den »Krieg gegen den Terrorismus« unterstützt. Aber wo Putin Recht hat, hat er Recht. Seine Kritik an den USA ist völlig zutreffend. Die USA setzen übermäßig auf den Einsatz militärischer Mittel. Entscheidungen über militärisches Eingreifen liegen nach internationalem Recht nicht bei den USA und der EU, es muss beim Machtmonopol der UNO bleiben. Putin zeigte sich beunruhigt von der Stagnation der Abrüstung, er sprach sich gegen die Militarisierung des Weltraumes und die geplante Stationierung von Teilen der entsprechenden Systeme in der Nähe der russischen Grenzen aus. Übrigens: Ein sicher bedeutender Propagandist in der DDR hat einmal die Losung verbrochen: »Wettbewerb mit Wladimir, und Du bist der Beste hier!« »Nu wot!« – wie mir seinerzeit meine Russisch-Lehrerin beigebracht hat.

Eine Mehrheit der Deutschen, wie auch die Mehrheiten in den meisten Ländern dieser Welt, sind gegen diese neuen Kriege der USA und der NATO. Noch größer ist die Mehrheit, die sich gegen die Beteiligung von deutschen Truppen wendet. Gegen einen Einsatz der Tornados als Aufklärungsflugzeuge über Afghanistan sprechen sich gegenwärtig mehr als drei Viertel der deutschen Bevölkerung aus. Und am 1. und 2. März werden sich die EU-Verteidigungsminister in Wiesbaden treffen, um über weltweite Kriegseinsätze und die weitere Aufrüstung in der Europäischen Union zu beraten. Auch das macht deutlich: Das bloße Dagegensein genügt nicht mehr. Das wird von den herrschenden Eliten schlicht ignoriert. Es ist an der Zeit, etwas zu unternehmen, Aktionen sind gefragt.

Am 3. März findet ein bundesweiter Aktionstag gegen die Ausweitung des Krieges statt. Ich hoffe, wir sehen uns dort.

DIETMAR WITTICH

PS: Am 13. Februar 2007 ist Arndt Hopfmann auf eigenen Wunsch aus der Redaktion ausgeschieden. Wir danken ihm für seine langjährige Mitarbeit.

STEPHANIE BALIS

Wo Sommer wirklich Sommer ist

Eine Reise in die Berge von Kurdistan

So oft hatte er mir davon erzählt, von seinem Paradies, dem Land zwischen den zwei Flüssen. Von Mesopotamien hatte er gesprochen, vom Garten Eden, von Adam und Eva. Wo der Himmel ein unvergleichbar tiefes Blau hat, und jetzt befanden wir uns tatsächlich auf dem Weg dorthin, in die Berge von Kurdistan. Wo jeder Sommertag auch wirklich ein Sonnentag ist ohne eine einzige Wolke an diesem tiefblauen Himmel. Wo jeder Wintertag auch ein Wintertag ist mit reinem, weißen Schnee, der meterhoch alles unter sich begräbt.

»Winter ist wirklich Winter. Und Sommer ist wirklich Sommer«, hatte Serwan mir vorgeschwärmt. »Man hat *wirklich* vier Jahreszeiten, die man voll erlebt. Der Frühling muß besonders schön sein, wenn die Blumen unter dem Schnee hervorkommen und es zu tauen beginnt.« Im Frühling aber war Serwan noch nie in Kurdistan gewesen, nur immer wieder träumte er laut davon, mit so einer Ergriffenheit und Sehnsucht in den Worten, daß auch ich fast schon sicher war, daß es sich dort tatsächlich um das Paradies handeln mußte, nicht mehr oder weniger. »Der Mai in Kurdistan« war zu einem stehenden, sakralen Begriff geworden für das absolut Schöne. Und ich mußte daran denken, daß Serwan »Der Mai in Kurdistan« genauso betonte wie mein kleiner Bruder »Der Sommer in Stuttgart«. Und ich hatte wirklich weder zum »Mai in Kurdistan« noch zum »Sommer in Stuttgart« eine emotionale Bindung, aber zu den Menschen, die das aussprachen. Wenn Serwan von Kurdistan sprach, flackerten seine Augen kurz auf, etwas brannte in ihnen, ein fremdes Feuer. Ich war fasziniert von seiner Faszination. Es gab keinen Ort auf der Welt, der mich selbst hätte so ergriffen machen können. Ich fragte mich, ob *ich* seine Augen schon mal so zum Leuchten gebracht hatte. War ich eifersüchtig auf ein paar Berge? Was war, wenn wir ankamen, und ich konnte seine Begeisterung nicht teilen? Und das war nicht unwahrscheinlich. Eigentlich konnte ich ja Bergen überhaupt nichts abgewinnen. Mit Bergen assoziierte ich kurvigem Rumgekurve entlang steiler Abgründe, keuchendes Hochschnaufen von endlosen Hängen, Wiesen voller Insekten. Insekten wären dabei wohl noch schön gewesen. Voller Entzücken hatte Serwan mir auf der Fahrt von der dortigen Tier- und Pflanzenwelt erzählt. »Es gibt da Schlangen, Wölfe, Bären, einfach alles.« Ich dachte an ein kleines Hotel am Meer und seufzte leise. Eine Frage wie sie in einem sinnlosen Fragebogen aus einer noch sinnloseren Frauenzeitschrift hätte stehen können, fiel mir ein: *Welcher Urlaubstyp sind Sie? Gebirge und Abenteuer, Stadt und Kultur oder Meer und Erholung?* Bestimmt hätte ich

Stephanie Balis – Jg. 1976,
Studentin der allgemeinen
Rhetorik und Neueren und
Neuesten Geschichte in
Tübingen. Seit 2005
Stipendiatin der
Rosa-Luxemburg-Stiftung.

niemals Gebirge angekreuzt. Ich war der langweilige Meer-Typ. Tagsüber auf der Luftmatratze im Pool liegen und abends in einem kleinen Restaurant am Meer sitzen, Wein trinken und Riesengarnele essen. Bis auf das Kulinarische also eher unkultiviert. Keine Bildungsreise von einem historischen Schauplatz zum nächsten, auch kein Abenteuerurlaub. Auf Tauchkurse und Bungeejumping konnte ich ebenso verzichten, wie nach dem Urlaub allen Menschen zu erzählen, daß ich nachts im malaiischen Dschungel einen Tiger gestreift hatte. Und jetzt war ausgerechnet ich, der Urlaubstyp Meer, auf dem Weg in die kurdischen Berge, in ein kleines Dorf, in dem es erst seit 1988 Strom gab. Und ich hatte keine Ahnung, was ich dort vorfinden würde, außer Serwans Paradies natürlich, und das war ja wohl auch der einzige Grund, warum ich mich auf diese Reise eingelassen hatte, weil mein Paradies in seinen Augen lag. Ich dachte an meine Mutter, die meine Reiseabsichten mit der Frage »Hast-Du-Dir-das-denn-auch-gut-überlegt?« kommentiert hatte und in das kollektive Kopfschütteln meiner Umwelt einstimmte. Natürlich hatte ich es mir *nicht* gut überlegt, weil ich ohnehin wußte, daß mich alles hin und her und hin und her Überlegen zu keinem Ergebnis gebracht hätte. Was ich mir überlegt hatte, war, welche Schuhe ich mitnehmen sollte, nachdem Serwan einen kritischen Blick auf meine Riemchensandalen geworfen und gemeint hatte, daß ich dort aber schon »richtige« Schuhe bräuchte. Da ich aber weder im Besitz von Wanderschuhen noch von sonstigen Bergstiefeln war, hatte ich meine Turnschuhe eingepackt und gedacht, daß alles, was diese Schuhe nicht aushalten würden, ich mich ohnehin weigern würde, zu tun. Ich würde sicher nicht wie die Frau von Indiana Jones durch einen Sumpf voller Schlangen waten. Die Grenze meiner Belastbarkeit war die meiner Turnschuhe.

Ich sah aus dem Fenster. Wir hatten schon lange nichts mehr gesprochen. Wir fuhren seit mehr als zwei Tagen. Man kann ja nicht immer sprechen. Das Bild, das sich mir bot, glich im wesentlichen dem anderer Mittelmeerländer. Hätte man mir zu Hause Fotos gezeigt, von dem, was ich gerade sah, hätte ich nicht sagen können, ob sie in Griechenland, der Türkei oder in Spanien gemacht wurden. Es war heiß, und man sah die Spuren der Sonne überall. Sie schien auf Menschen, Tiere, Pflanzen und Gebäude gleichermaßen zu drücken und sie zu trocknen. Alles bewegte sich langsam und in dem Rahmen, den diese starke Sonne vorgab und zuließ. Ein Biologe könnte die Vegetation sicher detaillierter beschreiben, wie sich die verschiedenen Pflänzchen in Gattung und Art von denen in Deutschland unterschieden. Im einzelnen konnte ich das gar nicht so genau sagen. Es sah eben alles irgendwie bräunlich und strohig und vertrocknet aus. Ein saftiges Grün gab es selten. Wie in allen südländischen Regionen zirpten die Grillen. Ich mochte dieses Geräusch. Die Straße, auf der wir fuhren, wirbelte ununterbrochen Staub auf. Die Felsen am Straßenrand mit ihren stacheligen Sträuchern dazwischen sahen so aus, als ob ganze Großfamilien von Schlangen dort gerade Siesta hielten, und darauf warteten, mich zu beißen, falls ich mal aufs Klo mußte. Das heißt, Klo gab es ja nicht. Es gab Steine mit Schlangen oder alternativ staubige Straße. Ich vermisse jetzt schon mein Badezimmer, und ich befürchtete, daß ich es die nächsten drei

Wochen vermissen würde, bis ich es wieder hatte. Von den zwei Tagen im Auto fühlte ich mich verschwitzt und klebrig und staubig wie die Straße. Ich konnte nicht mehr sitzen, und schlafen ging auch nicht mehr. Anfangs hatte ich noch gebannt aus dem Fenster geschaut und die fremden Eindrücke aufgesogen. Jetzt wollte ich endlich irgendwo ankommen. Als wir durch Istanbul gefahren waren, diese schnelle, lebhaftige Stadt, schaute ich nur noch und staunte und schaute, und hätte tausend Augen gebraucht um alles zu sehen, was um mich herum geschah, obwohl ich ja nur einen Bruchteil dieser riesigen Stadt erlebte. Wenn die Welt ein Herz hatte, mußte es hier sein, weil man das Gefühl hatte, sich direkt an der Pumpe zu befinden, von wo aus das Blut mit dem größten Druck durch die Venen geschleudert wurde. Man spürte das Leben in jedem Winkel, es pulsierte im dicht gedrängten Lachen und Reden, Singen und Schreien, es floß durch die bunten Massen von sich bewegenden Menschen und hupenden Autos, nichts schwieg hier. In gewisser Weise schien die Stadt mit ihren Bewohnern zu verschmelzen, als ob die alten und neuen Häuser ebenso in Bewegung waren wie die Kinder, die vor ihnen spielten.

Nachdem wir Istanbul verlassen hatten, waren wir auf direktem Weg nach Ankara gefahren. Die Fahrt ging zügig voran, die Verkehrswege zwischen Istanbul und der Hauptstadt waren gut ausgebaut und zeitweise setzte ich mich auch selbst ans Steuer, was ich mich in Istanbul nicht getraut hätte. Hinter Ankara begann die Umgebung nach und nach an Farbe zu verlieren. Die Anzahl der großen bunten Esso-Tankstellen, die mit Cola und Schöller-Eis Autofahrer von der glühenden Straße lockten, nahm ab, sowie alle anderen Zeichen des Westens. Die Gegend wurde ländlich und zunehmend ärmerlicher. Die Menschen hier schienen ausschließlich von Landwirtschaft zu leben. Industrie oder Tourismus gab es nicht. Die Straßen wurden schlechter, und sie waren weitaus weniger befahren. Die wenigen Autos, die man noch sah, waren meist älteren Baujahres. Von den glänzenden, neuen Limousinen, die in Istanbul mit einer Normalität spazieren fuhren, als wären es Fahrräder, war hier nichts mehr zu sehen. In Istanbul hatte ich deutsche Autos gesehen, die ich auf keiner Straße in Deutschland je gesehen hatte, die ich nur aus dem Fernsehen kannte. Deutsche Politiker fuhren solche Autos teilweise, oder andere Persönlichkeiten, die wichtig waren oder wichtig sein wollten. Einen möglichen Grundgedanken, daß es sich nicht gehört, so mit Geld zu protzen, schien es in der Türkei nicht zu geben, und wenn es ihn gab, mußte er mir entgangen sein. Die aktuellsten Modelle von Mercedes, BMW und Audi sahen so aus, als wären sie vom Fließband aus den deutschen Werken direkt nach Istanbul gerollt und der Lack gerade noch unterwegs trocken geworden. Hinter Ankara sah man diese Schlitten nicht mehr, hier traf man auf Kühe und Esel und mochte kaum glauben, daß man sich noch im selben Land befand. Doch die Türkei hatte in vielerlei Hinsicht zwei Gesichter. Auch wenn Armut sicherlich ein weltweites Problem war, so wurde sie durch diese direkte Nähe zu den verschwenderischsten Formen des Reichtums, Luxus und Überflusses in ihrer vollen Dimension deutlich und in ihrer Absurdität unerträglich.

Als wir in die erste größere kurdische Stadt kamen, wurde ich mit der Präsenz des türkischen Militärs konfrontiert. Polizei gab es hier

nicht, oder zumindest hatte sie nichts zu sagen. Hier regierte das Militär. Die Panzer rollten die Straßen rauf und runter. Autos aus Deutschland. Panzer aus Deutschland. Das nennt sich Wirtschaftsbeziehungen. Es war befremdlich für mich, Panzer auf der Straße fahren zu sehen. Ich hatte noch nie einen Panzer aus der Nähe gesehen. In Deutschland war man so weit weg von allem. Als gäbe es keinen Krieg. Hier war Krieg. Mal mehr und mal weniger. Ich beobachtete die Panzer und fragte mich, wo sie hinfuhren. Sie erweckten den Eindruck, als könne nichts sie aufhalten, wie sie sich unerbittlich vorwärts walzten. Aber die Berge, die konnten sie nicht zerquetschen.

Es war dunkel, als wir den ersten der vier Militärkontrollpunkte erreichten, die wir passieren mußten, um in das Dorf zu gelangen. Sobald man die Städte verließ, um in die Berge zu gelangen, mußte man an diesen Kontrollpunkten vorbei. Sie waren unter anderem dazu da, die Lebensmitteleinkäufe der Dorfbewohner zu überwachen. Kauften sie mehr ein, als sie für den eigenen Bedarf benötigten, zogen sie den Verdacht auf sich, die Guerillakämpfer, die in den Bergen wohnten, mit Essen zu versorgen. Ein junger Mann in Uniform forderte uns auf Türkisch auf, unsere Pässe zu zeigen. Sein wesentlich älterer Kollege umkreiste unser Auto und leuchtete mit einer Taschenlampe hinein. Wortlos nahm der Jüngere unsere Pässe und verschwand. Ich sah, wie er in ein kleines Häuschen ging. »Was macht er?« fragte ich. »Nichts«, sagte Serwan. »Er läßt uns warten. Vielleicht eine Stunde. Vielleicht zwei. Manchmal lassen sie die alten Leute, die in die Stadt kommen, um Lebensmittel zu kaufen, sechs Stunden in der Hitze warten. Das tun sie, um die Alten zum Aufgeben zu bringen. Sie wollen ihnen das Leben schwer machen, um sie von den Dörfern in die Städte zu vertreiben.« Er grinste. »Aber die gehen nicht.«

Nach einer Stunde kam der junge Mann zurück. Er sah aus, als wäre er höchstens 18. Der Gedanke, daß ein 18jähriger alte Männer und Frauen stundenlang in der Hitze warten ließ, machte mich wütend. Er fragte uns, wohin wir gehen, woher wir kommen, was wir machen, wie lange wir bleiben. Wir hatten deutsche Pässe. Das beschleunigte die Kontrolle erheblich.

Nach dem vierten Kontrollpunkt dachte ich zunächst, die Straße sei zu Ende. Was jetzt? Turnschuhe anziehen und klettern. Doch Serwan fuhr weiter. Es war wohl doch eine Straße. Wir bewegten uns in Schrittgeschwindigkeit voran. Der Weg war zu schmal, um den Schlaglöchern auszuweichen. Ich rechnete jeden Moment damit, daß wir nicht mehr weiterkommen würden. »Wir sind gleich da«, sagte Serwan. Er konnte sein Glück nicht verbergen. Es umgab ihn so offensichtlich, als schwirrten leuchtende Glühwürmchen um ihn herum.

Wir hielten an und stiegen aus. »Da ist mein Dorf«, sagte Serwan und zeigte in die Nacht. Angestrengt suchte ich die Dunkelheit ab. Dann sah ich in einiger Entfernung schwache Lichter. Helle Straßentaternen gab es hier natürlich nicht. Aber vor jedem Haus brannte abends ein Feuer, hatte Serwan mir erzählt.

Ich schaute nach oben, weil ich das Gefühl hatte, daß etwas direkt über mir war. Und es war auch etwas direkt über mir: Sterne. Ich er-

innerte mich daran, daß Serwan einmal gesagt hatte, daß in Kurdistan die Sterne zum Greifen nah waren. Ich lächelte damals in mich hinein und verkniff mir mit Mühe eine sarkastische Bemerkung, die sich mir angesichts dieser abgedroschenen Floskel förmlich aufzwang. Jetzt sah ich aber nach oben und war mir sicher, daß dieser Satz hier erfunden wurde. Die Sterne waren so nah, daß es mir unwirklich vorkam. Lag es daran, daß die Nacht so schwarz war, und die Sterne durch den Kontrast so sehr hervortraten? Weil die Nacht hier wirklich Nacht war, sowie Sommer wirklich Sommer und Winter wirklich Winter? Vielleicht hatte sich Eva im Paradies nicht einen Apfel gepflückt, sondern einen Stern. Ich würde mich auch nicht vertreiben lassen, wenn ich unter so einem Himmel wohnen würde, dachte ich. Dann fielen mir all die Superlative und Metaphern ein, die Serwan in seinen Erzählungen über Kurdistan je angewandt hatte. Wie das Gras war, das Wasser und die Luft und alles andere. Ich atmete tief ein und lächelte.

ARMIN BERNHARD

Bildung als Ware – Die Biopiraterie in der Bildung und ihr gesellschaftlicher Preis

Armin Bernhard – Jg. 1957;
Prof. Dr., Dipl.-Päd.,
Professor für Allgemeine
Pädagogik am FB Bildungswissenschaften der
Universität Duisburg-Essen;
Arbeitsschwerpunkte:
Allgemeine Pädagogik,
kritische Erziehungs- und
Bildungstheorie, historische
Reformpädagogik, Fach-
didaktik Pädagogik; zuletzt
in UTOPIE kreativ: Antonio
Gramscis Verständnis von
Bildung und Erziehung,
Heft 183 (Januar 2006).

Der Text folgt einem Vortrag
auf der Tagung des Freien
Zusammenschlusses der
StudentInnenschaft »Was
für eine Schule wollen wir?«,
gehalten an der Universität
Frankfurt am Main am
18. November 2006. Den
Studentinnen und Studen-
ten, die sich mit viel Enga-
gement an Organisation und
Durchführung dieser Tagung
beteiligt haben, widme ich
diesen Beitrag.

1 Es ist nicht übertrieben,
von der »geistigen Selbst-
kolonialisierung« der Hoch-
schulen zu sprechen (Liess-
mann 2007, S. 28), die sich
ohne größere Widerstände
in die neoliberale Gesamt-
strategie einbinden lassen
und damit Forschung und
Lehre von den Opportunitä-
ten des Marktes abhängig
machen.

Um emanzipatorische Vorschläge in der bildungspolitischen Diskus-
sion unterbreiten zu können, muss zunächst geklärt werden, was mit
Bildung in unserer Gesellschaft geschieht, und vor allem muss der
Frage nachgegangen werden, warum Bildung nur als ein Torso existi-
ert, als ein Schatten dessen, was Bildung einmal hätte sein sollen:
ein Instrumentarium des Menschen, das ihn zur Mündigkeit führt,
das ihn zu selbstbestimmtem Handeln und zur eigenständigen Mit-
gestaltung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse durch Verwirk-
lichung seines Vernunftvermögens befähigt.

Wir leben in einer neoliberalen Gesellschaft, und das heißt: alle
gesellschaftlichen Bereiche sollen den so genannten freien, besser
gesagt: den ungezügelten Kräften des Marktes in einem enthemmten
Kapitalismus ausgesetzt werden. Tragende Säulen des Neoliberalis-
mus sind die Liberalisierung des Handels und der Finanzgeschäfte,
die Privatisierung öffentlicher Bereiche, die Deregulierung und der
systematische Abbau sozialer Leistungen (Haug 1999; Chomsky
2004). Die Semantik des Wortes Privatisierung sollte dabei stets ge-
genwärtig sein. Das lateinische Wort »privare« heißt berauben: Et-
was, das privatisiert wird, wird demzufolge der öffentlichen Kon-
trolle beraubt, es soll nicht mehr der gesellschaftlichen Regulierung
und Kontrolle unterstellt sein. Was wir in den letzten zwei Jahrzehn-
ten erleben, folgt dieser Logik: Alle gesellschaftlichen Sektoren wer-
den zunehmend den Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Marktes
ausgeliefert. Nicht mehr die Gesellschaft kontrolliert den Markt,
vielmehr bestimmt der Markt die »Geschicke« der Gesellschaft.

Dass Bildung von diesem Sog nicht ausgenommen bleibt, dürfte
selbstverständlich sein. In der bestehenden Gesellschaft wächst der
gesellschaftliche Druck auf eine Bildung, die in effizienterem Maße
und in immer schnelleren Zyklen die gewünschten Subjekteigen-
schaften hervorbringen soll. Kein Sektor, der für die Herstellung des
benötigten gesellschaftlichen Arbeitsvermögens potenziell in Frage
kommt, bleibt von diesem Sog unberührt. Die Indizien dieses Drucks
sind erdrückend: so genannte Elite- und Hochbegabtenförderung
(»Exzellenzinitiative«), Vorschläge zur Einführung von »Bildungs-
standards« im Kindergarten, die Verkürzung von Schulzeiten, frühere
Einschulung, Überspringen von Klassen, Modularisierung und Ba-
chelorisierung von Ausbildungsgängen,¹ nicht zuletzt die Versuche
der Privatisierung der Bildung durch Schaffung eines Bildungs-
marktes für Bildungskonzerne (GATS) sprechen eine deutliche
Sprache. Alle diese Tendenzen dokumentieren den Versuch einer

umfassenden Einbindung von Bildung in die ökonomische Logik neoliberaler Politik. Die in allen gesellschaftlichen Sektoren betriebene, als *Kommodifizierung* charakterisierte Strategie, die »Transformation der natürlichen und menschlichen Substanz der Gesellschaft in Waren« (Polanyi 1978, S. 70),² ergreift notwendigerweise auch die Bildung: Ihrer Auslieferung an die Logik des Marktes korrespondiert der paradigmatische Wechsel von einem zumindest in Restbeständen noch an Mündigkeit orientierten Bildungsverständnis hin zu einer vulgärökonomischen Auffassung menschlicher Bildung als purer Qualifikation.

Der Mensch als Rohstoff und die Bildung

Der reformsozialistische Pädagoge Otto Rühle skizziert in kritischer Absicht die sich bereits Anfangs des 20. Jahrhunderts herausformende bildungsökonomische Sicht auf die kindliche Entwicklung. In einer Neuauflage seines Buches »Das proletarische Kind« von 1922 weist der Pädagoge darauf hin, dass die »kapitalistische Wirtschaft« in der Schule »geistige Qualität in bares Geld verwandelt sehen will« (Rühle 1922, S. 263).

Mit dieser Formulierung nimmt Rühle den Versuch der totalen Inbesitznahme der Bildung durch die Ökonomie vorweg, wie wir ihn heute deutlich erkennen können. Die geistigen Potenzen des Menschen sollen über die Arbeit in den Bildungseinrichtungen in wirtschaftlichen Reichtum überführt werden. Schon im Geiste des neoliberalen Paradigmas formulierte Altbundeskanzler Helmut Kohl in den 1980er Jahren: »Intelligente Kinder sind der wahre Rohstoff in einem rohstoffarmen Land.« In einem Land, in dem Mangel an natürlichen Rohstoffen herrscht, muss dieser durch Konzentration auf die Heranbildung der zerebral-geistigen Fähigkeiten des Menschen kompensiert werden. Die rot-grüne Bundesregierung stand dieser Aussage aus dem Kontext der schwarz-gelben Koalitionsregierung in nichts nach, wenn sie die Metapher des Rohstoffs zur Kennzeichnung menschlicher Fähigkeiten übernahm: »Die Kreativität und die Kompetenzen der Menschen« seien »der wichtigste Rohstoff Deutschlands« (Bundesregierung 2000, S. 34), denn die »Innovationen von morgen fangen in den Köpfen der jungen Menschen von heute an« (Schröder 2000, S. 49).

Eine neue Qualität erhält die affirmative Bildungsökonomie ab den 1990er Jahren durch die Versuche, auch die informellen Lern- und Bildungsprozesse in ökonomische und bildungsökonomische Betrachtungen einzubeziehen und damit den Zugriff auf die Humanressourcen über den gesamten Lebenslauf zu sichern. Eine mit Blick auf diese Ausweitung bildungsökonomischen Denkens interessante Aussage stammt aus dem Einleitungsreferat des Berliner Soziologen Wolf Lepenies zu einem Kongress der Unternehmensberatung McKinsey&Company, einer neoliberalen Denkfabrik, die seit 2000 sogenannte »Bildungsinitiativen« veranstaltet, um eine »innovative« Bildungs- und Gesellschaftspolitik durchzusetzen: »Wir müssen Bildung nicht länger nur als eine Sozialleistung, sondern auch als eine wirtschaftliche Investition ansehen. Es wird Zeit, Folgerungen aus der Tatsache zu ziehen, dass zwei Drittel des Humankapitals nicht an der Schule und an der Universität, sondern durch

2 Der ungarische Wirtschaftshistoriker Polanyi sieht in seiner 1944 zum ersten Mal veröffentlichten Studie »Die große Transformation« die Problematik der so genannten freien Marktwirtschaft in dem Umstand begründet, dass in diesem kapitalistischen Wirtschaftsmodell nicht wie in »integrierten« Gesellschaften die Ökonomie der Gesellschaft und ihrer Lebensweise untergeordnet ist, sondern eine Umkehrung dieses Verhältnisses stattfindet: Die Gesellschaft wird zunehmend zur Funktion der Wirtschaft. In diesem Vorgang werden die »Faktoren« Arbeit, Boden und Geld in Waren zu transformieren versucht (Polanyi 1978, S. 111), ein Vorgang, der wider die menschliche Natur läuft.

die Eltern und im Erwachsenenlernen gebildet werden. Wir müssen dieser Form der Wertschöpfung einen angemessenen Platz in unserer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zuweisen. Unsere Ausnutzung des Humankapitals ist suboptimal« (Lepenies 2003, S. 24).

Das heißt, dass auch die außerhalb der Bildungsinstitutionen ablaufenden, informellen Entwicklungs-, Lern- und Bildungsprozesse wirtschaftlicher verfügbar gemacht werden sollen. Auch die von der OECD in Auftrag gegebene PISA-Studie geht über diese Grundauffassung, Bildung habe Humankapital zu schaffen, nicht hinaus.

Die PISA-Studie ist nicht bezogen auf formale Schulabschlüsse und ihre Verteilung, sondern untersucht, in welcher Weise bestimmte Basiskompetenzen durch das Bildungswesen erzeugt werden, sie geht insofern über bisherigen Studien hinaus, als sie zumindest dem Anspruch nach mehr Dimensionen und Faktoren in ihren Forschungshorizont einbezieht als bloß auf formale Qualifikationen bezogene Untersuchungen. Doch bleibt auch sie auf das Ziel der Herstellung von Humankapital begrenzt: »Beurteilungen der Qualifikationsbasis des Humankapitalstocks tendierten bestenfalls dazu, aus ›Stellvertreterindikatoren‹ wie ›Schulabschluss‹ gewonnen zu werden. Sobald das Interesse an Humankapital ausgeweitet wird auf Eigenschaften, die es den Menschen erlauben, ›lebenslang Lernende‹ zu werden, wird die Unangemessenheit deutlich (...) OECD/PISA überprüft das Ausmaß der Fähigkeiten junger Menschen, sich dem Erwachsenenleben zu stellen« (OECD, zit. nach: Klausenitzer 2002, S. 48).³

3 Bezeichnenderweise wird die PISA-Studie nicht federführend von den öffentlichen Bildungsverwaltungen, sondern von privaten Bildungsanbietern, dem Australian Council for Educational Research (ACER) und dem US-amerikanischen Educational Testing Service (ETS), organisiert (siehe: Heine-mann 2006).

Das neoliberal-bildungsökonomische Arsenal von Wörtern, die mit Bildung in Zusammenhang gebracht werden, ist unmissverständlich: Bildung als Bearbeitung des Rohstoffes Mensch, Bildung als Wertschöpfung, Bildung als wirtschaftliche Investition, Bildung als Humankapital. Bildung wird in der gegenwärtigen Gesellschaftspolitik von der ursprünglichen komplexen Bedeutung ihres Begriffs abgekoppelt und funktionalistisch auf die Erfordernisse des gesellschaftlichen Arbeitslebens abgestellt. Dass Bildung in einem Zusammenhang mit einer vernünftigen Subjektentwicklung steht, gilt fast schon als antiquierte Vorstellung. In den hegemonialen Diskursen gilt es fast schon als banale Selbstverständlichkeit, dass Bildung nur noch der Qualifikation des Menschen für eine Gesellschaft dient, in der der Markt die entscheidenden Direktiven bestimmt. Die Arbeit in den Bildungseinrichtungen ist auf die Schaffung und die optimale Ausschöpfung so genannter Humanressourcen angelegt (siehe: Bernhard 2003).⁴

4 In den 1960er Jahren war diesbezüglich in Folge des Sputnik-Schocks von 1957 von der Ausschöpfung der Begabungsreserven die Rede. Analog hierzu spricht der Berliner Erziehungswissenschaftler Dieter Lenzen von der Notwendigkeit der »Mobilisierung aller Bildungsreserven« (zit. nach Spiewak 2003).

Damit wird Bildung zur Qualifikation degradiert, die Bildungseinrichtungen werden in reine Ausbildungsinstitutionen umdefiniert, in denen Arbeitskraftvermögen hergestellt wird. Bildung wird zur Ware. Ziel dieser Strategien ist es, den dominanten Gesellschaftsgruppen den Zugriff auf die Humanressourcen langfristig zu sichern.

Die Liberalisierung von Bildung im Sinne einer »Dienstleistung« wird von einem Netzwerk von Organisationen, Forschungszentren und privaten Instituten vorangetrieben. Die 1995 gegründete WTO etwa, die zuständig ist für die allgemeinen Regeln des Welthandels, allerdings unter der Dominanz von nordamerikanischen, europäischen und japanischen Unternehmen (Ziegler 2003, S. 141), forciert

die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen, zu denen auch die Bildung gezählt wird. Das für Bildung relevante Abkommen ist die so genannte GATS-Vereinbarung, das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services; zu den Hintergründen: Fritz/Scherrer 2002, S. 55 ff.).

Worauf zielt GATS? Bislang noch ist zumindest die allgemeine Bildung zu einem großen Teil im Rahmen eines öffentlichen Bildungswesens organisiert, für dessen Verwaltung und Durchführung Staat und Gesellschaft zuständig sind. Bis heute ist vor allem das allgemeinbildende Schulwesen durch Vorbehalte der EU vor dem Zugriff privater Konzerne geschützt. Wenn dieser Vorbehalt fällt, wird es einen »freien« Marktzugang zu sämtlichen Bildungssektoren einer Gesellschaft geben. Alle Bildungsbereiche von der Grundschule bis zur Erwachsenenbildung könnten dann der öffentlichen Kontrolle entrissen und privaten Bildungskonzernen überantwortet werden. Die Folge wäre eine noch stärkere Degradierung von Bildung zu einer Ware, die sich dann nur noch diejenigen leisten können, die die Herstellung dieser Ware bezahlen können. Die ohnehin schon skandalös ungleiche Verteilung von Bildung würde einen weiteren Schub an Ungerechtigkeit erfahren, durch die das System gesellschaftlicher Ungleichheit insgesamt verschärft würde.

Gleichzeitig kann davon ausgegangen werden, dass Bildung noch stärker als bisher auf den Aspekt der Ausbildung, dass Bildung also auf bloße berufliche Qualifikation reduziert würde. Die Folgen für eine demokratische Entwicklung der Gesellschaft wären unabsehbar: Denn eine allgemeine Bildung ist die Grundlage für individuelle wie kollektive Mündigkeit und diese wiederum ein Grundbaustein von Demokratie, ohne den sie auf tönernen Füßen steht. Diesbezüglich gesamtgesellschaftliche Verantwortung von privaten Bildungskonzernen erwarten zu wollen, obgleich die mündige Regelung und Bewältigung gesellschaftlicher Probleme auch für den globalen Kapitalismus objektiv erforderlich ist, käme einer naiven Illusion gleich. Wer diese auf erschreckend niedrigem Niveau existierende allgemeine Bildung nicht zu erhalten imstande oder willens ist, gefährdet die Basis einer demokratischen Zivilgesellschaft insgesamt.

Auch die OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) ist in diesen Kontext zu stellen. Noam Chomsky, der berühmte US-amerikanische Sprachtheoretiker, nennt die OECD bezeichnenderweise den »Klub der Reichen« (Chomsky 2004, S. 39). Die Ziele dieses Klubs der Reichen liegen in der Erarbeitung von Prinzipien einer optimalen Wirtschaftsentwicklung, der Förderung von Wirtschaftswachstum, der Steigerung des Welthandels. Mit ihren vergleichenden Bildungsstudien fördert die OECD die Untersuchung derjenigen subjektbezogenen Voraussetzungen und Kompetenzen, die als Humankapital diese ökonomischen Ziele fördern können.

In der BRD selbst sind die 1977 gegründete Bertelsmann-Stiftung und die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) zu nennen, die sich mit bildungs- und hochschulpolitischen Fragen beschäftigen mit dem Ziel, eine Gesellschaftspolitik anzustoßen, die auf den Prinzipien unternehmerischen Handelns beruht. Die Schaffung einer sogenannten »Bildungselite« ist ein zentrales Anliegen der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

Eine weitere Organisation ist das Deutsche Büro der bereits genannten Unternehmensberatung McKinsey, die aus unternehmerischer Perspektive Vorschläge für die Verbesserung des deutschen Bildungswesens entwickelt – in Kooperation mit bekannten Persönlichkeiten aus Kultur, Journalismus, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Das so genannte *Manifest zur Bildung*, das der Leiter dieser Organisation, Jürgen Kluge, präsentiert hat, trägt alle Merkmale einer neoliberalen Funktionalisierung von Bildung:

(1) Die Ausschöpfung der Begabungsreserven soll durch eine möglichst frühe Investition in kindliche Bildung optimiert werden, da das kindliche Entwicklungspotenzial nicht hinreichend ausgeschöpft wird.⁵

(2) Flächendeckende Messungen von Schülerleistungen sollen ebenso zur Qualitätssicherung beitragen wie regelmäßige Schulinspektionen. Bildung wird demgemäß als messbare Größe angesehen, die empirisch überprüft werden kann.

(3) Es sollen mehr Freiräume für die einzelnen Bildungseinrichtungen geschaffen werden. Die »Überregulierung« von Bildungsinstitutionen muss abgeschafft und durch mehr »Autonomie« und Wettbewerb ersetzt werden.

(4) Bildung muss als wirtschaftliche Investition begriffen werden (Kluge 2003, S. 324 ff.), sie darf offensichtlich nicht mehr primär als ein Mittel der Persönlichkeitsentwicklung und des Erwerbs von Mündigkeit angesehen werden: eine paradigmatische Abkehr von jeder Form einer humanistischen Bildung.

Die neoliberale Sicht auf den Menschen und die Biopiraterie

Wie sieht das Menschenbild aus, das in den gegenwärtigen bildungspolitischen Diskussionen um die Verwertbarkeit von Wissen und die Kompetenzen zum Ausdruck kommt?

Der Philosoph Günther Anders hat in einem anderen Zusammenhang den Begriff des *homo materia*, des »Stoffmenschen«, entwickelt (1987, S. 21 ff.), der das Menschenbild neoliberaler Bildungspolitik recht gut verdeutlicht. *Homo materia* meint eine Einstellung, die den Menschen als eine »wertvolle Rohstoffquelle« auffasst. Rohstoffquelle ist der Mensch im Hinblick auf seine Organe, auf seine biophysische Ausstattung, Rohstoffquelle ist er aber auch im Hinblick auf das Potenzial, das durch Bildung in verwertbare Kompetenzen transformiert werden kann. In unserem Fall bezieht sich der *homo materia*, der stofflich ausbeutbare Mensch, auf die Vorstellung, man könne den Rohstoff Mensch so formen, dass er für die wirtschaftlichen Prozesse optimal vernutzt werden kann.

Diese Einstellung kommt in der Verwendung von Begriffen unmissverständlich zum Ausdruck: »geistiger Rohstoff«, »Humanressource«, »Humankapital«, »Bildungsinvestition«. Die Bezeichnung »Humanressourcen« ist in diesem Zusammenhang aufschlussreich: Sie fasst nichts anderes als eine »natürliche« Reichtumsquelle, die durch Bildung so bearbeitet werden soll, dass wirtschaftlich kreative, innovative und flexible Menschen durch sie produziert werden.

Das »Schicksal« von Rohstoffen ist bekannt: Sie werden geplündert, bearbeitet und in eine gesellschaftlich profitable Form gebracht. Das Kind als Rohling ist diejenige Quelle, aus der nach seiner schu-

5 Der gegenwärtige Boom der »Frühpädagogik«, auch große Teile der Resilienzforschung, in der es darum geht, das psychosoziale Belastungspotenzial von Kindern zu erhöhen, anstatt menschenwürdige Sozialisationsbedingungen für Kinder zu schaffen (siehe hierzu kritisch: Borst 2006), sind in diesem Zusammenhang um die Ausbeutung menschlicher Humanressourcen zu sehen. So begreift die Robert-Bosch-Stiftung, die sich auf diesem Gebiet engagiert, den Kindergarten nunmehr als »erste Etappe einer lebenslangen Bildungsbiografie« (Lütke-Entrup 2006, S. 5). Ideologiekritisch gesehen, geht es in dieser Formulierung nicht darum, endlich zu erkennen, dass auch im frühen Kindesalter bereits Bildungsprozesse stattfinden, sondern diese Entwicklungsphase für den bildungsökonomischen Zugriff zu öffnen.

lischen Umarbeitung in Humankapital die verwertbaren Innovationen entspringen sollen. *Der Mensch ist ein Rohstofflager: Dies ist die Kernaussage des neoliberalen Menschenbildes.* Die menschliche Natur läßt sich beliebig für gesellschaftliche Erfordernisse nutzen. Die Menschen sollen mit denjenigen Wissensbeständen und Kompetenzen ausgestattet werden, die sie zum Humankapital werden lässt.

Es handelt sich um eine *Biopiraterie* der besonderen Form. Biopiraterie bedeutet ja, dass Konzerne sich bestimmte genetische oder biologische Ressourcen patentieren (etwa Pharmakonzerne bestimmte Heilpflanzen aus den Ländern der »Dritten Welt«), also das alleinige Recht zu deren Nutzung und Verwertung zusprechen lassen, während diejenigen lokalen Menschengruppen, die diese Reichtümer der Natur züchteten und pflegten, leer ausgehen (siehe hierzu: Ribeiro 2005).

Biopiraterie ist also ein gigantischer Diebstahl natürlicher Ressourcen. Im Kontext von Bildung richtet sich Biopiraterie auf den Menschen selbst, seine Entwicklungskräfte, sein Subjektvermögen, seine Fähigkeiten, seine Kompetenzen, die zum Gegenstand des Kampfes um Marktvorteile und Hegemonie werden. Die Sicherung eines umfassenden Zugriffs auf die menschliche Entwicklung, auf ihre institutionelle wie auf ihre informelle Seite, steht im Zentrum neoliberaler Biopiraterie im Bildungswesen. Es geht in diesen Auseinandersetzungen in erster Linie um den Kampf um die Bearbeitung und Nutzung der zerebral-geistigen Ressourcen des Menschen. In der Kommodifizierung von Bildung von einem öffentlichen Gut zu einer Ware wird der Mensch der Möglichkeit der Entfaltung seiner vielseitigen »Wesenskräfte« (Marx) beraubt. Biopiraterie in diesem Kontext korrespondiert mit dem Versuch der kulturellen Enteignung des Menschen, der Enteignung seiner menschlichen Möglichkeiten – ein Versuch allerdings, der nicht zwangsläufig gelingen muss.

Diesem Menschenbild entspricht ein neues Persönlichkeitsideal, eine neue Auffassung, wie der Mensch der Zukunft aussehen soll. Der neoliberale Mensch, das ist die mobile, flexible, wandlungsfähige Persönlichkeit, eine Persönlichkeit, die kreativ ist, Ideen produziert, inspiriert, ihr gesamtes Persönlichkeitsrepertoire in den Dienst des Unternehmens, der Firma, des Betriebs stellt, eine Persönlichkeit, die sich »autonom« bewegt, allerdings nur in den Grenzen, die ihr vom System gesetzt sind. In der Wunschvorstellung ist der neoliberale Mensch eine modularisierte Persönlichkeit, ein zusammenhangloser Komplex in sich funktionsfähiger Teilchen, die in den verschiedensten Segmenten gesellschaftlicher Praxis reibungslos eingesetzt werden können (siehe hierzu: Bernhard 2003).

Die Verwarenformung von Bildung und ihr gesamtgesellschaftlicher Preis

Der gesellschaftliche, volkswirtschaftliche und individuelle Preis der Verwarenformung von Bildung ist bislang nicht kalkuliert worden – kein Wunder, ist doch der Blick getrübt von den Segnungen eines völlig liberalisierten Marktes, in dem die gigantischen Schattenseiten des Neoliberalismus ignoriert werden müssen. Welche Auswirkungen aber kann die rücksichtslose Ökonomisierung von

Bildung haben? Auf den Menschen, auf die Gesellschaft, auf die Bildung selbst?

Wenn an dieser Stelle von Kosten oder Preis gesprochen wird, ist dies nicht in einem ökonomisch verengten Verständnis. Gemeint sind damit in erster Linie die sozialen Folgeprobleme, die infolge einer Ökonomisierung der Bildung zu erwarten sind. Das heißt: In die Abschätzung der Folgekosten neoliberaler Strategien in der Bearbeitung von Humanressourcen müssen diejenigen Auswirkungen eingehen, die eine humane Gesellschaftsentwicklung belasten, aber in den neoliberalen Ideologien überhaupt keine Rolle spielen. Dass die möglichen Kosten hier nicht in Zahlen ausgewiesen werden können, liegt auf der Hand, aber es lassen sich doch einige Schlussfolgerungen für die Subjektentwicklung des Menschen ziehen.

Sieben Punkte scheinen mir zentral:

Erstens: Die Verwarenformung von Bildung verschärft die ohnehin schon bestehende soziale Ungleichheit, indem sie genau denjenigen Bildung verweigert, die ihrer so dringend bedürfen. Die so genannten »bildungsfernen« Sozialgruppen, im verhamlosenden Neudeutsch nicht Unterschicht, sondern Prekariat genannt, werden in dem Maße von der höheren Bildung segregiert, wie freie Schulpflicht, Konkurrenz zwischen Schulen, Rückgriff auf Sponsoring installiert werden. Die Muster schichtenspezifischer Sozialisation in der bundesrepublikanischen Gesellschaft sind seit Jahrzehnten durch unzählige Untersuchungen belegt. Unterschiedliche klassen- und schichtenspezifische Muster der Sozialisation in den Feldern der Sprache, der Intelligenzentwicklung, der Motivation, der Lerninstellungen, der Erziehungsstile usw. programmieren die Bildungsgesellschaft und damit die Lebenschancen vor. Sie können nur durch massive gesellschaftspolitische Eingriffe und pädagogische Maßnahmen dergestalt verändert werden, dass sie gerechtere Ausgangsbedingungen für alle Kinder herstellen (Stichworte Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit). Wer aber Bildung dem »freien Markt« ausliefert, befestigt diese Muster auf Dauer, weil keine pädagogische Gegenwirkung mehr erfolgen kann. Die, die unten sind, werden unten gehalten, die die oben sind, bleiben dort. Die Eliteförderung wird diesen Effekt noch verstärken. Die Folge ist jetzt schon eine Spaltung der Gesellschaft, die Desintegration nach sich ziehen wird. Aber auch die systematische Ausgrenzung von Menschengruppen kostet Geld.

Zweitens: Die Verwarenformung der Bildung schränkt die Vielfalt der kindlichen Subjektvermögen gravierend ein. All diejenigen Momente, die sich von der Position der Erwachsenen als zweckfreie Tätigkeiten im Leben von Kindern ausmachen lassen, werden von selbsternannten Bildungsreformerinnen und -reformern als nutzlos eingestuft. In einer ontogenetischen Zeitspanne – so die Argumentation –, in der eine ungeheure Offenheit der menschlichen Subjektvermögen gegeben ist, lässt man diese unbearbeitet und verschwendet in der Folge wertvolles Humankapital. Gerade deshalb, weil die Ausnutzung von Humankapital in den verschiedenen Kindheitsphasen in der Bundesrepublik »suboptimal« (Lepenies) ist, sollen in Zukunft auch die *informellen Lernprozesse* von Kindern stärker in die Humankapitalbildung einbezogen werden. Was, so müssen wir uns

fragen, bedeutet die schnelle Wissensproduktion für das Bewusstsein, für das In-der-Welt-Sein, für die Lebenseinstellung der Heranwachsenden? Was geschieht mit ihnen, wenn wir ihnen diese zweckfreien Tätigkeiten verwehren? Welcher gesellschaftliche und individuelle Verlust ist zu erwarten, wenn Phantasie, Imagination, Tagträume, Spiel, experimentierende Erfahrung von Kindern in der Bildung immer weiter ausgedünnt werden? Welche Entzivilisierungstendenzen werden in der Sozialisation durch die Blockierung der in diesen Formen zum Ausdruck kommenden Subjektvermögen der menschlichen Wesenskräfte freigesetzt?

Drittens: Die Verwarenformung von Bildung unterbindet die zeitliche Logik kindlicher Bildungsprozesse: Arbeitgeber und etablierte Politik versuchen, den kindlichen Bildungsprozess nach wirtschaftlichen Regeln und zeitökonomischen Aspekten zu gestalten. Die immensen zeitlichen Aufwendungen für Bildung – so lautet die Argumentation – unterlaufen die internationale Konkurrenzfähigkeit des Standortes Deutschland. Empfohlen werden daher eine drastische Verkürzung der Bildungszeit und der Abbau so genannter »Kunstpauzen« in der Bildung. In dieser »Wirtschaftsphilosophie« wird Bildung mit einer möglichst raschen Vermittlung von Wissen, Informationen und Kompetenzen verwechselt. Alle Prozesse, in denen sich Kinder auf produktive, auf kreative Weise und oftmals auf Umwegen mit Problemen und deren Lösungen beschäftigen, gelten als pure Zeitverschwendung. Dabei bleibt die Logik kindlicher Bildungsprozesse völlig auf der Strecke (Neumann 1999, S. 237): eine Logik, die sich eben nicht nach der Logik ökonomischer Effizienz entfaltet, sondern von der Eigensinnigkeit von Kindern her bestimmt wird. Wer diese Logik kindlicher Bildungsprozesse außer Kraft setzt, gefährdet die Grundlage für eine sich entfaltende Persönlichkeit und macht Bildung selbst zu einem gewaltförmigen Vorgang, in dem menschliche Individualität auf der Strecke bleibt. Max Horkheimer hat in seinen Ausführungen zum Begriff der Bildung diesen Sachverhalt treffend formuliert: »Der Prozess der Bildung ist in den der Verarbeitung umgeschlagen (also in die bloß oberflächliche Aneignung von Wissen und Kompetenzen – A. B.). Die Verarbeitung (...) lässt dem Gegenstand keine Zeit, die Zeit wird reduziert. Zeit aber steht für Liebe; der Sache, der ich Zeit schenke, schenke ich Liebe; die Gewalt ist rasch« (Horkheimer 1981, S. 166). In Umkehrung der bildungsökonomischen Grundthese des Neoliberalismus können wir formulieren, dass die Gesellschaft gerade in ihrem Bemühen, Bildung zu beschleunigen und »effizient« zu gestalten, systematisch denjenigen Reichtum verschwendet, der über eine Bildung erst zu Tage gefördert werden könnte, ein Reichtum an menschlichen Wesenskräften allerdings, der von einem ökonomischen Reichtumsbegriff nicht abgedeckt wird.

Viertens: Die Verwarenformung von Bildung verschärft die Konkurrenz- und Wettbewerbsprinzipien schon im frühen Kindes- und Grundschulalter. Sie leitet Kinder zu Einstellungen und Haltungen an, die entzivilisierende Elemente für das gesellschaftliche Zusammenleben produzieren. Konkurrenz, Wettbewerb, Rivalität, Kampf ums Dasein sind schon heute Gewalt produzierende Verhaltensweisen in Kindergärten und Schulen. Vorschläge des Berliner

Literatur

Anders, Günter: Die Antiquiertheit des Menschen 2. Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution, München 1987 (4. Auflage).

Bernhard, Armin: Bildung als Bearbeitung von Humanressourcen. Die menschlichen Wesenskräfte in einer sich globalisierenden Gesellschaft, in: UTOPIE kreativ, Heft 156 (Oktober 2003).

Borst, Eva: Bildung im Prozess des lebenslangen Lernens, in: Griese, B. (Hrsg.): Theoretische und empirische Perspektiven auf Lern- und Bildungsprozesse, Mainz 2006, S. 8-24.

Bundesregierung: Deutschland erneuern Geschäftsbericht der Bundesregierung, Berlin 2000.

Chomsky, Noam: Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung, Hamburg 2004 (9. Auflage).

Fritz, Thomas; Scherrer, Christoph: GATS – Zu wessen Diensten?,

Hamburg 2002.

Haug, Wolfgang Fritz: Politisch richtig oder richtig politisch. Linke Politik im transnationalen High-Tech-Kapitalismus, Hamburg 1999.

Heinemann, Karl-Heinz: Profit im Vordergrund?, in: Erziehung und Wissenschaft, 9/2006, S. 27.

Horkheimer, Max: Begriff der Bildung, in: Ders.: Sozialphilosophische Studien. Aufsätze, Reden und Vorträge 1930-1972, Frankfurt/M. 1981 (2. Auflage), S. 163-172.

Klausenitzer, Jürgen: Investitionen in das »Humankapital«. PISA und die Bildungspolitik der OECD, in: Forum Wissenschaft, Jg. 19, 2002, H. 3, S. 47-49.

Kluge, Jürgen: Manifest zur Bildung, in: Killius, Nelson; Kluge, Jürgen; Reisch, Linda (Hrsg.): Die Bildung der Zukunft, Frankfurt/M. 2003, S. 321-335.

Lenzen, Dieter: Veränderung als Pflicht, in: Erziehung und Wissenschaft, 3/2001, S. 2.

Lepenius, Wolf: Bildungs-pathos und Erziehungswirksamkeit, in: Killius, Nelson; Kluge, Jürgen; Reisch, Linda, a. a. O., S. 13-31.

Liessmann, Konrad Paul: Geistige Selbstkolonialisierung. Die Universitäten in der Wissensgesellschaft, in: Forschung & Lehre, Jg. 14, 2007, H. 1, S. 28-29.

Lütke-Entrup, Monika: Warum engagiert sich die Robert Bosch Stiftung für die Reform der frühkindlichen Bildung in Deutschland?, in: Forum Frühpädagogik für Ausbildung, Hochschule und Beruf, 1/2006, S. 5.

Erziehungswissenschaftlers und Präsidenten der Freien Universität Berlin, Dieter Lenzen, Mitglied des Fördervereins der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, sind vor dem Hintergrund dieser Tendenzen zweifelsohne irritierend, fordert er doch für die Grundschule ein Ende der »Kuschelpädagogik« und eine systematische Unterwerfung der Grundschulkinder unter harte Qualifikationsbedingungen, unter »Arbeit«, »ökonomischen Druck« und »soziale Erwartungen« (Lenzen 2001, S. 2), wobei er mit sozialen Erwartungen offensichtlich nicht das Erlernen der sozialen Regeln menschlicher Kooperation meint. Es geht ihm vielmehr darum, Menschen hervorzubringen, die »nicht eine der vielen Opfernischen bewohnen (...) wollen, die unsere Gesellschaft bietet« (ebd.). Wenn Schule den ohnehin schon übermächtigen Druck zur Selektion noch verschärft, bringt sie massenhaft jenes egozentrische Denken hervor, das die »Bindekräfte der Menschen« zerstört und in der Folge den sozialen Zusammenhalt einer zivilen Gesellschaft gefährdet (Negt 2004).

Fünftens: Die Verwarenformung von Bildung zerstört den Charakter einer allgemeinen Bildung, denn sie eliminiert all diejenigen Momente, die für einen gelingenden Bildungsprozess die unhintergehbaren Bedingungen sind: Muße, Zeit, Hingabe, Gelassenheit und Liebe, grundlegende Elemente, die den Menschen zur Bildung erst befähigen. Humanistische Perspektiven in der Bildung werden kurzfristigen Qualifikationserfordernissen geopfert. Statt umfassender Menschenbildung im Sinne Humboldts ist gegenwärtig »allseitige Verfügbarkeit« des Menschen (Negt 2004) angesagt. Schule hätte aber zunächst die Aufgabe, den Heranwachsenden ein Höchstmaß an sozialer und intellektueller Grundausstattung zur Verfügung zu stellen, also ein Fundament, das sie dazu befähigt, selbstbestimmt handeln und aktiv die eigenen Lebensverhältnisse gestalten zu können. Wenngleich die neuhumanistische Bildungstheorie in ihren reformerischen Aspekten nicht auf die Bildungssituation von heute übertragen werden kann, so ist ihr Grundgedanke doch gegen die zentrifugalen gesellschaftspolitischen Konzepte des Neoliberalismus aufzubieten: Durch eine qualitativ auf hohem Niveau angesetzte Bildung für die Kinder aller Gesellschaftsschichten sollen die allgemeinen Fähigkeiten der Heranwachsenden freigesetzt werden. Denn erst eine allgemeine Bildung stellt den Kindern diejenigen Fähigkeiten zur Verfügung, die eine selbstverantwortliche Lebensgestaltung ermöglichen. Wer dieses Ziel der Ermöglichung einer allgemeinen Bildung für alle, die keineswegs nur als angehäuftes Wissen misszuverstehen ist, aus den gesellschaftspolitischen Perspektiven verdrängt, Humboldt für tot erklärt, verabschiedet sich nicht nur vom Gedanken der Mündigkeit, sondern stellt auch die Grundlagen zivilen Zusammenlebens in Frage.

Sechstens: Die Verwarenformung von Bildung führt den demokratischen Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule ad absurdum: Während einerseits die Ökonomisierung und zeitliche Beschleunigung von Bildung betrieben werden, soll Schule andererseits immer mehr Aufgaben übernehmen, die ihren klassischen Bildungsauftrag übersteigen: Sie soll die Defizite der familialen Erziehung kompensieren, sie soll den veränderten Bedingungen des Aufwachsens von Kindern Rechnung tragen, sie soll interkulturelles Lernen ermögli-

chen und zum Abbau von Gewaltpotenzialen beitragen. Schule soll den Bedürfnissen der Kinder gerecht werden und alternative Unterrichtsmethoden erproben. Mit anderen Worten: Die *pädagogischen* Anforderungen an Schule steigen durch die Umwälzungen in der kindlichen Lebenswelt; während zugleich ihre Aufgaben immer stärker auf Humankapitalbildung beschränkt werden. Dabei wäre die Berücksichtigung dieser Veränderungen in der schulischen Arbeit die Grundlage dafür, dass sich die psychischen und psychosozialen Probleme von Kindern nicht potenzieren, sondern dass sie bearbeitet werden können, dass Bildung überhaupt als humanisierende Kraft wirken kann. Dazu ist Schule entgegen dem Engagement vieler Lehrerinnen und Lehrer aus strukturellen Gründen nicht in der Lage, der Ökonomisierungsdruck setzt ihre pädagogischen Aufgaben zunehmend außer Kraft.

Siebtens: Die Verwarenformung von Bildung ist aber auch volkswirtschaftlich kontraproduktiv. Denn es wird lediglich danach gefragt, wie möglichst rasch rentables Arbeitsvermögen, also: Humankapital, hergestellt werden kann. Diese blinde Produktivitätsgläubigkeit ignoriert die ökonomischen Kosten, die in Zukunft auf die Gesellschaft zurückfallen werden: Kosten, verursacht durch die Ausgrenzung von Kindern aus so genannten bildungsfernen Schichten, Kosten für erforderliche außerschulische Lern- und Hausaufgabenhilfen (Sozialhilfe-, Jugendhilfeträger), Kosten, die durch die Phänomene des »Schulversagens« bzw. des Schulabbruchs anfallen, Kosten, die durch Vandalismus und Gewalt an Schulen erzeugt werden, Kosten, die infolge fehlender Bildungsabschlüsse und durch Aufwendungen spezieller berufsbildender Maßnahmen (»Bildungswarteschleifen«) hervorgerufen werden usw. usf.

Entscheidend sind jedoch die nicht in Zahlen zu beziffernden gesellschaftlichen Kosten, die durch eine gefährdete Identitätsfindung und Subjektwerdung von Kindern durch eine Degradierung von Bildung zu Ware verursacht werden. Der eigentliche Skandal liegt in dem Versuch, den Menschen um seine menschlichen Möglichkeiten zu betrügen, ihn in das Korsett einer verkäuflichen Ware zu pressen.

Resümierend können wir sagen, dass diejenigen Kosten nicht in die neoliberalen Vorstellungen eingehen, die als Folgewirkungen gründlich missglückter Bildung auf die Gesellschaft zurückschlagen. Versuche der Ökonomisierung von Bildung blockieren Alternativen, die zur Bewältigung globaler Problemlagen, zur Verarbeitung neuer Sozialisationsbedingungen und zur emanzipativen Selbstfindung von Kindern und Jugendlichen dringend benötigt werden. Den Preis dafür werden nicht die *global player* bezahlen, sondern diejenigen, denen die Rechte auf eigenständige Lebensgestaltung verweigert werden.

Negt, Oskar: Private Lösungen sind nur Kostenverschiebungen, in: Erziehung und Wissenschaft 5/2004.

Neumann, Karl: Zur Restitution und Rekonstruktion des Bildungsbegriffs, in: Neue Sammlung, Jg. 39, 1999, H. 2, S. 227-241.

Polanyi, Karl: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt/Main 1978.

Ribeiro, Silvia: Biopiraterie – die Privatisierung von gemeinschaftlichen Gütern; BUKO – Bundeskoordination Internationalismus, Biopiraterie-Kampagne <http://www.biopiraterie.de/texte/basics/silviaprivatisierung.php?print> (Stand: 20. 4. 2005)

Rühle, Otto: Das proletarische Kind, München 1922.

Schröder, Gerhard: In der Bildung liegt die Zukunft: Auf dem Wege in eine lernende Gesellschaft, in: Zukunftswerkstatt Schule 10 (2000) 2, S. 47-54.

Spiewak, Martin: Mit vier Jahren in die Schule, in: Die Zeit, 2003, Nr. 46.

Ziegler, Jean: Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher, München 2003, (9). Auflage.

WOLFGANG BITTNER

Lese-Kultur gegen Gewalt

Kinder- und Jugendliteratur als Prophylaxe

»Ich glaube, dass dies das gewalttätigste Jahrhundert der Menschheitsgeschichte war«, sagt der britische Schriftsteller und Nobelpreisträger William Golding über das 20. Jahrhundert. Der französische Ökologe René Dumont sieht es »nur als ein Jahrhundert der Massaker und Kriege«. Der britische Philosoph Isaiah Berlin hält es für »das schrecklichste Jahrhundert in der Geschichte des Westens«. Und der Historiker Eberhard Jäckel nennt es unter Hinweis auf die beiden Weltkriege, den Faschismus und die Vernichtungsverbrechen sogar »das deutsche Jahrhundert«.

Sicher, man hat nach Aufklärung, industriellem und technischem Fortschritt kaum mehr mit diesem Rückfall in eine Barbarei, die mit dem Phänomen »Auschwitz« nicht hinreichend zu beschreiben ist, rechnen können. Aber das 20. Jahrhundert als besonders herausragend zu bezeichnen, was die Gewalt betrifft, erscheint mir doch etwas weitgehend. Wir stehen unserer unmittelbaren extremen Vergangenheit nur näher als den länger zurückliegenden Epochen, die absolut nicht friedlicher waren. Denken wir an Leibeigenschaft, Inquisition, Sklaverei und Kolonisation, an die zahlreichen Kriege, von denen die Geschichtsschreibung berichtet: Unterdrückungs-, Freiheits-, Napoleonische Kriege, Unabhängigkeitskriege, Sezessionskrieg, Dreißigjähriger Krieg, Türken-, Ungarn-, Hunneneinfälle, Kreuzzüge, römische Imperialpolitik, Eroberungsfeldzüge der Perser, Mazedonier, Assyrer usw.

Jede Zeit hatte ihre Gräueltaten, und ich bin zutiefst davon überzeugt, daß die Summe allen Leidens auf dieser Welt über die Jahrhunderte gleich geblieben ist. Zwar hege ich die Hoffnung, daß es besser werde, gewaltfreier, friedvoller, humaner; aber ich sehe dafür momentan keine Anzeichen. Wir brauchen gar nicht nach Afrika, Südamerika, Afghanistan oder in den Irak zu schauen; seit dem Terroranschlag vom 11. September 2001 in New York und Washington, aber auch seit den Morden in Erfurt vom 26. April 2002, als ein 19jähriger Schüler vierzehn Menschen (und schließlich sich selbst) erschoss, wissen wir, daß Gewalt ständig und überall gegenwärtig ist, daß sie – immer noch – jederzeit auch uns treffen kann. Nur die Formen der Gewalt verändern sich von Zeit zu Zeit.

Dennoch sind wir aufgefordert, ihr zu begegnen, wo es nur geht. Das ist eine unserer Aufgaben, die uns als Menschen, als sich entwickelnden geistigen Wesen, gestellt sind. Es ist sozusagen der Stein des Sisyphos, den wir immer wieder bergauf zu wälzen haben, so schwer es auch fällt. Diese Erkenntnis hat hier und da auch Eingang in die Literatur gefunden.

Wolfgang Bittner – Jg. 1941, Dr. jur.; lebt als freier Schriftsteller in Köln und ist Mitarbeiter bei Zeitungen, Zeitschriften, Hörfunk und Fernsehen. Er hat mehrere Literaturpreise erhalten, ist Mitglied im PEN und hat über fünfzig Bücher für Erwachsene, Kinder und Jugendliche veröffentlicht. Dieser Essay beruht auf einem Vortrag vom 4. Oktober 1998 anlässlich einer Jugendbuchtagung der Bödecker-Kreise in Hannover, aktualisiert im Südwestrundfunk am 25. Mai 2003 gesendet.

Die Gewaltproblematik in der Literatur

Seit jeher beschäftigen sich Schriftsteller – mehr oder weniger zentral – mit der Gewaltproblematik. Als Beispiele aus der Antike mögen Homers »Odyssee« und »Ilias« sowie Sophokles' »Antigone« genügen. Im mitteleuropäischen Raum angesiedelt sind später das Nibelungenlied oder der *Simplicissimus*. Auch bei den Klassikern spielt die Gewaltproblematik eine wesentliche Rolle. Zu nennen sind beispielshalber Schillers »Räuber« und »Wilhelm Tell«, Goethes »Egmont« und »Götz von Berlichingen«, Kleists »Michael Kohlhaas«, Lessings »Nathan der Weise«, Shakespeares Königsdramen. Die Liste lässt sich – freilich sehr unvollständig – weiterführen mit Büchners »Woyzeck« und »Dantons Tod«, Dostojewskis »Schuld und Sühne«, Fontanes »Effi Briest«, Hauptmanns »Weber«, Kafkas »Prozess«, Werfels »Musa Dagh«, Brechts »Mutter Courage«, Orwells »1984«, Hemingways »Wem die Stunde schlägt«, Dürrenmatts »Versprechen« und »Besuch der alten Dame«, Bölls »Ansichten eines Clowns«, Grass' »Im Krebsgang«.

In diesen Werken geht es häufig um absolute, unverhüllte Gewalt, nicht selten aber auch um Formen indirekter, nicht gleich als solcher erkennbarer Gewalt. Mit struktureller Gewalt haben wir es dagegen bei Fontanes »Effi Briest« oder Dürrenmatts »Besuch der Alten Dame« zu tun, mit institutioneller Gewalt in Kleists »Kohlhaas«, Hauptmanns »Weber« oder Kafkas »Prozess«.

Auch in der gegenwärtigen Kinder- und Jugendliteratur finden wir zahlreiche Beispiele von Jorge Amado bis Arnulf Zitelmann. Ganz abgesehen von den immer noch lesenswerten und aktuellen Klassikern auf diesem Gebiet: Friedrich Gerstäcker, B. Traven, Jack London oder Robert Louis Stevenson. Natürlich gibt es auch viel Schund, Kitsch und Kram. Aber der ist rasch herausgefunden und aussortiert.

Gewaltbegriff und Ursachen der Gewalt

Im täglichen Leben werden wir ständig mit den unterschiedlichsten Formen direkter und indirekter Gewalt konfrontiert. Ob auf der Straße, beim Autofahren, im Betrieb, auf dem Schulhof, in der Bahn oder sogar in der Familie: überall begegnet uns – mehr oder weniger – Gewalt. Ein Betrunkener pöbelt Passanten an, im Park ist jemand überfallen worden, der Vorgesetzte schikaniert die Sekretärin, zwei Schüler nehmen einem anderen die Mütze weg, ein Vater prügelt ... Jeder hat ein Gefühl dafür, was Gewalt ist. Sofort fallen uns hundert weitere Beispiele dafür ein. Aber eine Definition zu geben, ist nicht einfach. Liegt denn Gewalt vor, wenn jemand ein Auto zerkratzt oder seine Aggressionen an einer Straßenlaterne ausläßt? Ist das Gewalt, wenn jemand Schutzgelder kassiert oder wenn sich Kinder auf dem Schulhof ansucken?

Im Strafrecht ist Gewalt ein Zwangsmittel zur Einwirkung auf das Verhalten anderer. Es wird also auf die Willensfreiheit eines anderen Menschen Einfluß genommen. Das kann sowohl durch physische Kraft geschehen, als auch durch Betäubung beispielsweise mit Narkotika, durch Hypnose oder durch psychische Einwirkung. Darunter fallen Straftatbestände wie Raub, Entführung, Erpressung und Nötigung. Jemand schlägt einen anderen, bemächtigt sich seiner oder droht ihm, um ihn zu einer bestimmten Handlung beziehungsweise

Schwarze Milch der Frühe
wir trinken dich nachts / wir
trinken dich
mittags der Tod ist ein Meister
aus Deutschland / wir
trinken dich abends und
morgens wir trinken und
trinken / der Tod ist ein
Meister aus Deutschland
sein Auge ist blau // er trifft
dich mit bleierner Kugel er
trifft dich genau / ein Mann
wohnt im Haus dein goldenes
Haar Margarete / er
hetzt seine Rüden auf uns
er schenkt uns ein Grab in
der Luft / er spielt mit den
Schlangen und träumt der
Tod ist ein Meister aus
Deutschland // dein goldenes
Haar Margarete / dein
aschfarbenes Haar Sulamith
Paul Celan: »Todesfuge«

Nach dem Erfurter Amoklauf
haben Politiker, Vertreter der
Kirchen und anderer Ver-
bände am Wochenende
eine weitere Verschärfung
des Waffenrechts und die
stärkere Vermittlung von
Werten an Heranwachsende
gefordert.
Frankfurter Rundschau,
29. April 2002

»Wenn du fühlst, dass mir,
falls ich mein Gewerbe fort-
treiben soll, Recht werden
muss, so gönne mir auch
die Freiheit, die mir nötig ist,
es mir zu verschaffe« ... Als
der Morgen anbrach, war
das ganze Schloss bis auf
die Mauern niedergebrannt,
und niemand befand sich
mehr darin als Kohlhaas
und seine sieben Knechte.
Heinrich von Kleist:
Michael Kohlhaas

Arkansas, von den Vereinigten Staaten erst seit 1836 in die Union aufgenommen, hatte sich in früheren Jahren denselben Ruf erworben, den jetzt Kalifornien genießt: dass nämlich alles Gesindel aus dem Osten und Süden in seinen bahnlosen Wäldern und Sümpfen einen Zufluchtsort gegen den strafenden Arm der Gerechtigkeit gefunden habe, und dort auf eigene, freie Hand sein Unwesen treibe.

Wolfgang Bittner,

»Wo die Berge namenlos sind«: Steve sprang zu einem Baum, legte an und sah über das Visier hinweg den breiten Rücken des Trappers, das rot-schwarze Muster seines Flanellhemdes. Jetzt musst du abdrücken, sagte er sich, sonst ist es vorbei, in wenigen Sekunden ist er außer Reichweite. Aber er konnte nicht schießen, er vermochte den Abzug nicht durchzuziehen.

Friedrich Gerstäcker: Die Regulatoren in Arkansas

Während der Mittagspause berichtete Pierre, dass sich in Atlin eine Bürgerinitiative gegen den Uranabbau am Surprise Lake gebildet habe ...

»Wem nützt das alles, wenn man hier krank wird?«

Walter schüttelte den Kopf.

»Das sind doch nur Gerüchte« ... »Und was ist am Großen Bärensee passiert?«, fragte Pierre, der immer ärgerlicher wurde.

»Dort haben sie riesige Gebiete abgesperrt, weil sie total verseucht sind!«

Wolfgang Bittner: Narren-gold

Unterlassung zu zwingen. Dagegen geht das Strafrecht bei Delikten wie Mord, Körperverletzung und Sachbeschädigung vom Ergebnis aus; das heißt, jemand wird getötet, verletzt oder eine Sache wird beschädigt beziehungsweise zerstört.

Suchen wir nun nach einer allgemein gültigen Definition für Gewalt, müssen wir den Begriff über das Strafrecht hinaus vom Sprachgebrauch im täglichen Leben her entwickeln. Danach ist Gewalt jede Kraft- oder Machteinwirkung auf Menschen oder Sachen, und zwar in negativer Weise. Es ist ein Unterschied, ob ein Schüler einen Gleichaltrigen unflätig beschimpft (Beleidigung, Zankerei) oder der Lehrer einen Schüler (Gewalt in Form negativer Machteinwirkung). Es ist auch nicht dasselbe, ob ein Mitschüler einem anderen die Mütze wegnimmt (Rangelei, Schabernack) oder ob das ein aggressiver älterer Schüler tut (Gewalt). Ganz eindeutig liegt natürlich Gewalt vor, wenn einer den anderen erpresst oder zusammenschlägt oder jemand das Mobiliar demoliert.

Glaubt man der Statistik, hat eine so definierte Gewalt unter Kindern und Jugendlichen in den letzten Jahren stetig zugenommen. Das trifft nicht nur auf die USA oder Rußland zu, sondern auch auf mitteleuropäische Länder wie Deutschland oder Österreich. Wir fragen uns natürlich, woran das liegt. Ausgehend von der Annahme, daß der Mensch a priori weder gut noch böse ist, vielmehr unterschiedliche Anlagen in sich trägt, gewinnen die gesellschaftlichen Bedingungen für seine Entwicklung ausschlaggebende Bedeutung und Erziehung stellt ein unerläßliches Regulativ dar. Unter diesen Voraussetzungen sind vor allem vier Faktoren für das Anwachsen von Gewalt festzustellen: Erstens die zunehmende Polarisierung in der Gesellschaft, zweitens die Einengung gesellschaftlichen Bewußtseins auf materielle Werte und damit einhergehend eine deutliche Ignoranz gegenüber Kultur, drittens die negativen Vorbilder in den Medien, viertens ein nicht befriedigter Abenteuerdrang.

Polarisierung in der Gesellschaft

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. In Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, gibt es zurzeit etwa zehn Millionen Menschen, die arbeitslos sind, Sozialhilfe erhalten oder nur über ein Einkommen am Rande des Existenzminimums verfügen. Die Bedingungen in anderen Ländern sind zumeist noch schlechter (über eine Milliarde Menschen leben heute in absoluter Armut, Millionen verhungern). Mitbetroffene sind die Kinder. Sie sehen auf der einen Seite diesen immensen Reichtum, daß manche Leute sich alles, aber auch alles, leisten können. Das Fernsehen spiegelt ihnen Scheinwelten vor, in denen gesunde, attraktive Menschen in geräumigen und bestens eingerichteten Wohnungen leben, womöglich bedient von Personal, in der Tasche die unerschöpfliche Kreditkarte und in der Garage den Sportflitzer oder Straßenkreuzer. Auf der anderen Seite fehlt ihnen das Geld, ihre einfachsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Wen wundert es, daß solche Kinder und Jugendlichen nach Wegen suchen, ihre Defizite auszugleichen – und sei es mit Gewalt und durch kriminelle Handlungen. Oft ist ihnen anfangs gar nicht bewusst, auf was sie sich da einlassen. Hinzu kommt, daß ihnen Bezugspersonen fehlen, Vorbilder in Familie und Gesellschaft.

Wenn sie sich einmal auf der schiefen Bahn der Kriminalität und moralischen Verwilderung befinden, rutschen sie leicht tiefer hinein.

Ähnlich ist es mit dem Rassismus. Wer mittellos ist, keine Orientierung hat, nichts, worauf er stolz sein kann, ist wenigstens Deutscher, Italiener, Franzose oder Brite, Weißer, Arier oder Rechtgläubiger ... Er hält seine Anschauungen für die einzig richtigen und bekämpft jeden Andersdenkenden. Fremde, vor allem Ausländer, sind unerwünscht. Sie passen nicht ins Bild, sind anders, nehmen angeblich den Arbeitsplatz weg, die Freundin und die Wohnung; sie werden als minderwertige Eindringlinge und gefährliche Konkurrenten angesehen, als Kanaken, Nigger, Ungläubige usw., die es im Extremfall zu eliminieren, auszumerzen gilt.

Gewalt, Kriminalität, Rassismus ... – das sind immer wieder behandelte Themen in der Literatur. Und die Lektüre solcher Bücher kann dazu beitragen, aufzuklären, Bewußtsein zu schaffen; sowohl bei den Benachteiligten – soweit sie zum Lesen gebracht werden können – als auch bei den Bevorzugten. Man kann über die Geschichten nachdenken, über Handlungsweisen, Wertvorstellungen, Lebensentwürfe, lernt andere Biographien, andere gesellschaftliche Bereiche kennen, womöglich positive Ansätze, kann darüber diskutieren. Oft gibt es eine Identifikation des Lesenden mit dem Protagonisten, und auch das kann für die Persönlichkeitsentwicklung gerade von Kindern und Jugendlichen förderlich sein.

Übrigens brauchen es nicht unbedingt sogenannte Problembücher zu sein, die sich einem einzigen Thema widmen, wie es in der Kinder- und Jugendliteratur häufig vorkommt. Sie sind nicht selten arg konstruiert (eine typische Schullektüre, für die es dann sogar Unterrichtseinheiten gibt) und werden dann nur als Pflichtlektüre hingenommen, jedenfalls weniger aus Interesse und mit Vergnügen gelesen. Es können ebenso und manchmal noch besser Gesellschafts-, Abenteuer-, Fantasy-, Adoleszenz-, Kriminal-, Sciencefiction- oder historische Romane sein, die im Rahmen einer vielfältigen Geschichte das Verhältnis der handelnden Personen zur Gewalt, Kriminalität, zu Intoleranz und Fanatismus, zum Rassismus oder Rechtsradikalismus eher beiläufig, darum aber nicht weniger wirkungsvoll klären. Gute Bücher können prägend sein, sie können Menschen sogar verändern. Denn sie erzeugen innere Bilder, und zwar im Gegensatz zum Fernsehen, das äußere Bilder vermittelt und dem Zuschauer selbst bei akzeptablen Filmen durch die Aneinanderreihung zumeist kurzer, aktionsreicher Sequenzen keinen Raum für unmittelbare Reflexionen lässt.

Die Reduktion auf materielle Werte

Was heute zählt, sind überwiegend materielle Werte. »Immer mehr und am meisten für mich«, heißt das Prinzip, nach dem gelebt wird. Es muß etwas bringen, Spaß machen, es soll möglichst nicht anstrengen. Wozu Kultur? Die haben wir doch sowieso, meint man. Sie ist allerdings auch nicht meßbar. Also bemüht man sich erst gar nicht darum. Übersehen wird dabei, daß die Materie lediglich die Basis bieten kann, auf der sich ein menschenwürdiges Leben entwickelt. Diese nicht neue Erkenntnis ist in den letzten Jahren mehr und mehr in Vergessenheit geraten.

Wer mit Gewalt gegen eine Person oder unter Anwendung von Drohungen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben eine fremde bewegliche Sache einem anderen in der Absicht wegnimmt, sich dieselbe rechtswidrig zuzueignen, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft.

Strafgesetzbuch, § 211, Mord: Mörder ist, wer aus Mordlust, zur Befriedigung des Geschlechtstriebes, aus Habgier oder sonst aus niedrigen Beweggründen, heimtückisch oder grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln oder um eine andere Straftat zu ermöglichen oder zu verdecken, einen Menschen tötet.
Strafgesetzbuch, § 249, Raub

Wer rechtswidrig eine fremde Sache beschädigt oder zerstört, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Strafgesetzbuch, § 303, Sachbeschädigung

Er wurde auf eine Baustelle in der Nähe des Heimes gebracht. Dort stand eine Baubude ... »Will der Kerl einfach 'ne Biege machen«, sagte Hammer. »Das hättest du dir so gedacht, du Schwanz! Mobiles Einsatzkommando«, grinste Andi. Sie rauchten und tranken den Schnaps. Aus ihren Reden ging hervor, dass sie noch nicht wussten, was sie mit Werner machen wollten.
Wolfgang Bittner: Weg vom

Fenster

Einmal sagte Schnulli, und Werner hatte Mühe, den Sinn zu begreifen: »Uns schieben sie ab ins Jugendheim, die Alten ins Altersheim, die Behinderten ins Behindertenheim, die kleinen Kinder in den Kindergarten oder ins Waisenhaus, die Knackis in den Knast. Dann ist alles sauber und ordentlich, nichts steht dem Geldverdienen im Wege.«
Wolfgang Bittner: Weg vom Fenster

»Die Indianer spielen hier großartig die Besitzer und rühren keinen Finger!«, rief Jockel wütend ... »Die sind faul wie die Sünde, halten nur die Hand auf. Wenn es nach mir ginge, bekämen die keinen Cent, sage ich euch. Weg mit dem Gesindel, an die Wand stellen und abknallen! Das ist meine Meinung und damit stehe ich weiß Gott nicht allein.«
Wolfgang Bittner: Die Fährte des Grauen Bären
»Da wurde Gold auch in der Nähe unserer Dörfer gefunden«, erzählte der Graue Bär. »Fast über Nacht kamen tausende von weißen Männern – unsere Leute hatten nie gedacht, dass es so viele geben könnte. Sie bauten eine Stadt aus Holz, rodeten den Wald und wühlten in der Erde, schlimmer als die Schweine ... Wer sich wehrte wurde misshandelt oder erschossen.«
Wolfgang Bittner: Die Fährte des Grauen Bären

Wenn in den öffentlichen Haushalten gestrichen wird, trifft das zuerst die Kultur. Da merkt man es angeblich am wenigsten. Zugleich beklagt man allerorten die Zunahme von Vandalismus, Intoleranz, Gewalt und Kriminalität. Man wundert sich darüber, daß die Patentanmeldungen und Erfindungen zurückgehen, die Kreativität in der Wirtschaft nachläßt. Als ob Verzicht auf Kultur ohne Wirkung bliebe. Die 2001 veröffentlichte PISA-Studie hat belegt, daß es vielen Jugendlichen nicht nur an der Technik des Lesens ermangelt, sondern daß auch die Lesekompetenz fehlt, das heißt verstehendes, reflektierendes Lesen. Ein erschütterndes Ergebnis, noch dazu für den Kulturstaat Deutschland, der peinlicherweise in der internationalen Gesamtbewertung einen der hinteren Plätze einnimmt.

In einer derart unkulturellen Atmosphäre können sich Eigenschaften wie Toleranz, Friedfertigkeit, Mitgefühl, Hilfsbereitschaft, Mitmenschlichkeit nur schwer entwickeln. Stattdessen gedeihen neben Gewalt und Kriminalität auf dem Boden der Unwissenheit, Borniertheit und Intoleranz besonders der Nationalismus und Rassismus. Da helfen auch weltweite Vernetzung und Globalisierung nicht. Denn der rund um den Globus via Internet stattfindende Informationsaustausch hat keine individuell-moralische Qualität. Und Globalisierung dient den westlichen Industrienationen dazu, ihre Einflußgebiete und Absatzmärkte weltweit auszudehnen, aber leider nicht dazu, Armut, Hunger und Not zu beseitigen und global Humanität zu verbreiten, Bildung, einen wenigstens minimalen Wohlstand und Frieden. Eine zunehmende Verrohung weiter Teile der Weltbevölkerung ist die Folge.

Die negativen Vorbilder in den Medien

Kinder werden ständig mit einer Vielzahl von unsäglich schlechten Filmen berieselt. Es ist eine Illusion anzunehmen, daß dies bei einem Fernsehkonsum von bis zu vier Stunden am Tag keine Wirkung habe. Zum Teil sehen die Kinder die Erwachsenenprogramme mit Sex und Crime, Kitsch und Schund. Konfliktlösungen in diesen Trivialstreifen erfolgen fast immer durch Gewalt. Hauen, Stechen, Schießen ist angesagt. Es muß knallen und krachen, brüllen und kreischen. Emotionen sind gefordert. Wenn du nicht so willst wie ich, schlage ich zu oder ziehe die Pistole. Und diese Vorbilder sollen keine Auswirkungen haben?

Das trifft auch auf Computerspiele und Videos zu. Schon bei den Zeichentrickfilmen fängt es häufig an, daß Gewalt bagatellisiert wird; die Opfer werden mißhandelt, erschossen, plattgemacht, und sie stehen danach wieder auf und agieren mit der ihnen eigenen Hektik weiter. In den Vorabendfilmen begleiten Beschimpfungen, Ruppigkeiten und sogar Tötlichkeiten die ansonsten inhaltlich dürrtigen Dialoge und banalen Handlungen, selbst in den »Lovestories«. Man ist hinterhältig, hämisch, zynisch, verlogen, gewaltbereit, man schreit und fetzt sich – das bringt Spaß und Tempo und kommt an. Als ich mich vor einigen Jahren fragte, warum meine Kinder plötzlich so rüde miteinander umgingen, stieß ich darauf, daß sie regelmäßig Filme sahen, in denen ihnen das vorgelebt wurde.

Den Produzenten solcher Produkte geht es nur um ihren Gewinn. Sie haben ihr Gewissen – falls sie je eines hatten – ausgeschaltet. Ein

aggressives Marketing sorgt dafür, daß selbst die peinlichsten, schamlosesten und kitschigsten Erzeugnisse noch auf den Bildschirm kommen. Wenn damit mehr zu verdienen ist, wird auch noch Schlimmeres produziert. Wir wissen von den Horror- und Zombie-Filmen, in denen zum Zeitvertreib eines fragwürdigen Publikums gefoltert, gemordet und zerstückelt wird. Nicht wenige Unterhaltungsfilme gehen heute in diese Richtung; die Grenzen verschieben sich immer mehr ins Extreme. Wir brauchen uns unter solchen Umständen nicht zu wundern, daß die Gewaltbereitschaft statistisch meßbar unter Kindern und Jugendlichen gestiegen ist.

Und in einer durch die Medien zunehmend sexualisierten Gesellschaft findet natürlich auch mehr sexueller Mißbrauch von Kindern statt; abgesehen davon, daß die Wachsamkeit demgegenüber in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat.

Immer wieder ist zu hören, der Einfluß der audiovisuellen Medien, insbesondere des Fernsehens, auf die Kinder werde überbewertet, sie wüßten zwischen Fiktion und Realität zu unterscheiden. Aber Kinder sind aufnahmebereit, sie orientieren sich an Vorbildern, und das von ihnen Aufgenommene hat prägende Kraft. Die Beispiele sprechen für sich. Lehrer berichten von schweren Verletzungen nach Schlägereien auf dem Schulhof und daß die Schüler sich bewaffnen. Einem Siebzehnjährigen Nachbarsjungen ist kürzlich bei einer Auseinandersetzung in der Schule von einem Mitschüler, einem sogenannten Kickboxer, das Nasenbein zertrümmert worden; ein Fünfzehnjähriger wurde so zusammengeschlagen und -getreten, daß er halbtot ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte; Halbwüchsige nahmen einem Mädchen vor dem Supermarkt das Einkaufsgeld weg. Bedrohungen des Lehrpersonals mit Messern oder sogar Pistolen sind in den Großstadtsschulen keine Ausnahmeerscheinung mehr. Blutdaten wie in Erfurt sind nur die Spitze des Eisbergs.

Der US-Militärpsychologe und Gewaltforscher Dave Grossmann, Autor des Buches »Wer hat unseren Kindern das Töten beigebracht?«, wirft den Medien vor, das Töten zu trainieren. Er war über zwanzig Jahre Ausbilder von Elitesoldaten unter anderem an der Militärakademie West Point und konstatiert Parallelen zwischen den von Jugendlichen konsumierten Gewaltfilmen und solchen, die beim Militär zur Herabsetzung der Tötungshemmungen eingesetzt werden.

Nun kann man das Fernsehen nicht isoliert betrachten. Es ist ein Spiegel unserer Gesellschaft, in der offenbar am weitesten kommt, wer am geschicktesten lügt und betrügt, wer sich, koste es was es wolle, durchsetzt. Friedfertigkeit, Toleranz und Vernunft haben unter diesen Bedingungen keinen besonders hohen Stellenwert. Das zeichnet sich natürlich in den Medien ab, die wiederum prägend sind – eine verhängnisvolle Wechselwirkung. Viele Medien haben sich zu einem reinen Wirtschaftszweig entwickelt, in dem es kaum noch moralische oder ästhetische Maßstäbe gibt, wo in erster Linie Einschaltquoten und Auflagenhöhen zählen, für die sogenannten Macher Karriere und Verdienst. Erst recht trifft das auf die Videoindustrie zu. In einem »Spiegel«-Interview sagte Grossmann: »Wir müssen uns endlich der Größe dieses weltweiten Phänomens bewußt werden. Es ist eine ganze Kultur der Gewalt entstanden – ein neues, medial vermitteltes Produkt. Nur daß es sich hier um ein giftiges und abhängig

»Da wurde Gold auch in der Nähe unserer Dörfer gefunden«, erzählte der Graue Bär. »Fast über Nacht kamen tausende von weißen Männern – unsere Leute hatten nie gedacht, dass es so viele geben könnte. Sie bauten eine Stadt aus Holz, rodeten den Wald und wühlten in der Erde, schlimmer als die Schweine ... Wer sich wehrte wurde misshandelt oder erschossen.«
Wolfgang Bittner: Die Fährte des Grauen Bären

»Es geht nur ums Geld«, meinte Schnulli. »Wenn du unabhängig sein willst, musst du möglichst viel Geld haben.« Das war seine Philosophie und danach handelte er ... »Das Geld liegt auf der Straße. Du brauchst bloß Schmiere stehen.«
Wolfgang Bittner: Weg vom Fenster

Stellen Sie sich vor, was es bedeutet, wenn immer mehr Menschen ihr Gehirn nicht mehr in erster Linie dazu einsetzen, um sich in der realen Welt, in lebendigen Beziehungen mit anderen Menschen zurechtzufinden.
Wolfgang Bergmann, Gerald Hüther: Computersüchtig. Kinder im Sog der modernen Medien

Wenn ich über ganz grundlegende Eigenschaften der Welt etwas wissen will, dann lerne ich das von Bildschirmen eher schlecht. Die mögen noch so bunt und der Klang noch so toll sein, letztlich kommt aus dem Bildschirm eine Bild-

sauce und aus dem Lautsprecher eine Klangsauce ... Manfred Spitzer: Vorsicht Bildschirm! Elektronische Medien, Gehirnentwicklung, Gesundheit und Gesellschaft, in: Südwestrundfunk, SWR2 AULA, 27. Februar 2005

Die Erfahrungen, die ein Mensch im Lauf seines Lebens gemacht hat, sind fest in seinem Gehirn verankert, sie bestimmen seine Erwartungen, sie lenken seine Aufmerksamkeit in eine ganz bestimmte Richtung, sie legen fest, wie er das, was er erlebt, bewertet, und wie er auf das reagiert, was ihn umgibt und auf ihn einströmt ... Unser Gehirn ist demnach weniger ein Denk- als vielmehr ein Sozialorgan. Gerald Hüther: Bedienungsanleitung für ein menschliches Gehirn

Man muss eine Person dafür trainieren, dass sie tötet. Sie muss den Akt einüben. Und dafür hat das Militär vier außerordentlich effektive Mechanismen entwickelt ... Der erste Schritt ist Brutalisierung und Desensibilisierung ... Wir setzen Teenager und Kinder genau denselben Mechanismen aus, die Berufssoldaten zum Töten konditionieren ... Die Aufgabe von Eltern ist, ihr Kind vor den Schlachtfesten mit Computer und Video zu schützen... Dave Grossmann: Wer hat unseren Kindern das Töten beigebracht?, in: Die Zeit, 23. September 1999

machendes Produkt handelt, das von der Medienindustrie bewußt an Kinder vermarktet wird ... Aber wenn die Gesellschaft sich nicht dagegen wehrt, wird es weitere Tragödien wie Erfurt geben. Da wächst eine ganze Generation von Kindern heran, die gefährdet ist.«

Grossmann schlägt deswegen eine gesetzliche Regulierung vor: »Mediale Gewalt sollte wie Pornographie gehandhabt werden: ein Produkt, das Erwachsene haben können, vor dem Kinder aber geschützt werden. Wer Kindern trotzdem Zugang verschafft, macht sich strafbar.« In der Tat dürfte freiwillige Selbstkontrolle kaum nützen, denn Gewalt ist gefragt und bringt viel Geld ein. Wirkungsvolle Gesetzesregelungen sind nicht in Sicht. Die Vermarkter wehren sich vehement gegen Beschränkungen, so daß Kinder und Jugendliche auf absehbare Zeit Konsumenten von Gewaltdarstellungen bleiben und somit den Einflüssen solcher Gehirnwäsche ausgesetzt sein werden.

Da kann die Kinder- und Jugendliteratur einen Gegenpol bilden. Es gibt immer noch genügend Autorinnen und Autoren, die – ohne pädagogischen oder moralisierenden Impetus – ein humanes Anliegen haben und nicht in erster Linie eines hohen Gewinnes wegen schreiben; die auf gutem literarischem Niveau phantasievolle, anregende, unterhaltsame, vielleicht auch lehrreiche, provokative oder sonstwie interessante Geschichten erzählen. Und die Menschen, besonders Kinder, lieben Geschichten. Wir brauchen Verlage und Medien, die diese Art Literatur fördern; und wir brauchen Pädagogen, Bibliothekare und Buchhändler, die diese Art Literatur propagieren. Uns steht hier ein Schatz zur Verfügung, der heutzutage großenteils brach liegt. Da genügt es allerdings nicht, Bücher wie die »Rote Zora« trivial zu verfilmen, um sie hinterher als »Buch zum Film« um zwei Drittel gekürzt neu herauszubringen.

Defizite an Abenteuer

Ein weiterer wesentlicher Faktor für die Zunahme von Gewalt unter Kindern und Jugendlichen ist offensichtlich ein nicht befriedigter und nicht zu kompensierender Abenteuerdrang. Sowohl die städtische als auch die ländliche Umgebung bietet kaum noch Freiräume; der Abenteuerspielplatz ist ohne Reiz, alles ist durchforstet, asphaltiert, betoniert und reglementiert. Aber Kinder und Jugendliche wollen etwas erleben, sie sind wißbegierig und neugierig, sie langweilen sich, wenn nichts los ist. Und in unserer immer steriler werdenden Erwachsenen-Umwelt ist kein Platz mehr für außergewöhnliche Erlebnisse und Abenteuer. Die schafft man sich dann, indem man Randalen macht oder verbotene Wege geht. S-Bahn-Surfen, Crashrennen, Alkohol- und Drogenmißbrauch, Automatenglücksspiele, unterschiedlichste Formen von Vandalismus oder die vielen Graffiti, sogar Jugendkriminalität, sind ein Symptom dafür, wie auch für ein immenses Reservoir an brachliegender kreativer Potenz.

Nicht selten ist dieser unerfüllte Abenteuerdrang mit ein Grund für rechtsextreme Aktivitäten. Jugendliche suchen nach Orientierung, nach Perspektiven. Sie lassen sich leicht begeistern, und Lagerfeuerromantik, Naturverbundenheit, Körperertüchtigung, Kameradschaft, auch Mystizismus und das vermittelte Zugehörigkeitsgefühl, ziehen sie schnell in ihren Bann. Ideologen und Fanatiker haben dann leichtes Spiel.

Die virtuellen Welten der Computerspiele, nach denen manche süchtig sind, oder die Chatting-Ecken des Internets, in denen Realität beliebig manipuliert wird, bieten hier keinen akzeptablen Ersatz. Der Psychologe Wolfgang Bergmann, Autor des Buches »Computer-kids«, schreibt zum Phänomen einer technologisch-medial geprägten Kindheit: »Diese Kinder lehnen sich nicht gegen ... Autoritäten auf. Sie weichen ihnen vielmehr aus, schieben sie beiseite und haben damit – anders als die Generationen vor ihnen – offenbar kaum Probleme. In Computerspielen wie ›Mortal Kombat‹ oder ›doom‹ wird mit ungeheurer destruktiver Kraft gespielt und abgeschossen, schnell und glatt und beiläufig ...«

Hier stoßen wir also wieder auf das Phänomen prägender Gewalt in den Medien. Bergmann fährt dann fort: »Zwar werden noch die Helden und die Bösen unterschieden, aber nicht nach moralischen Kategorien, sondern nach Zweckmäßigkeit der dramaturgischen Ökonomie. Töter sind sie alle, und sie töten ohne Zögern und Konflikte. In den guten alten Gary-Cooper-Western wie ›Zwölf Uhr mittags‹ gab es diesen Gewissenseinspruch durchaus noch – die Frage: Darf ich überhaupt töten? Was ist Notwehr, was Mord? Gewalt mußte immer erst die Gewissensinstanz passieren, bevor sie legitimiert und akzeptiert (und genossen) werden konnte. All das mögen die modernen Produzenten dem Publikum nicht mehr zumuten. Sie wissen: Die Ängste und Bedenken der Stimme des Gewissens versetzen nicht in Spannung, sondern langweilen. Sie finden keine emotionale Resonanz. Diese neue Medienwelt ist grandios und destruktiv, allmächtig und grausam.«

Nun wird gesagt, daß der private Austausch im Internet, die Vernetzung im intimen Kontakt, positive Auswirkungen auf unser gesellschaftliches Leben habe. Menschen aus allen Ländern der Welt kommunizieren miteinander, sie schreiben sich E-Mails, sprechen sich aus, sogar Kinder nutzen diese Möglichkeiten digitaler Technik. Schön und gut. Aber wenn es um die Entlastungs-Kommunikation im Internet geht, ist auch ein kritischer Blick angezeigt. Sie schafft lediglich eine Pseudonähe, Intimität ohne wirkliche menschliche Begegnung, im Zweifel ohne Identität. Dagegen ist das Buch – wenn es etwas taugt – ein ernstzunehmendes, substantielles Gegenüber. Es verbindet Menschen, Autor und Leser überall auf der Welt, auf geheimnisvolle, unaufdringliche Weise in ihrem innersten Wesen.

Perspektiven

Lesen kann Ventil und Katalysator sein. Literatur bietet Zuflucht und Anregungen, sie kann das Leben farbiger machen, den Horizont erweitern. Sie schafft Bewegung im Kopf. Und der Leser ist bei sich. Während die Computerbilder »der Zeit enthoben, vom Räumlichen befreit, in übermenschliche Geschwindigkeiten und andere Potentialitäten eingebunden« sind, »ohne Widerhall in der Erfahrung des Zuschauers oder Spielers«, ist das Betrachten eines Bildes im alten Sinn immer auch »Reflexion aufs eigene Selbst und auf das in ihm enthaltene, oft ungewußte, oft entstellte Humane an sich« (so Bergmann). Das gleiche gilt für das Lesen.

Der Fernsehjournalist Roger Willemsen hat in diesem Zusammenhang davon gesprochen, »daß sich lauter Menschen, die nichts von

Die Uskokken waren die berühmtesten Ritter, Kapitäne und Seefahrer an der ganzen Adria ... Sie haben die Venetianer besiegt und die Türken, sie sind gegen die Ungarn ins Feld gezogen und auch gegen das Deutsche Reich, und unter ihnen war auch ein junges Fräulein, das zog mit den Männern ins Feld, und es war genauso tapfer wie sie...Zora glühte richtig, als sie das sagte.
Kurt Held: Die rote Zora

Sie hatten sich auf Auto-diebstahl verlegt. Schnulli war darin Experte. Er suchte das passende Auto gründlich aus und knackte es innerhalb weniger Minuten ...
Wolfgang Bittner: Weg vom Fenster

Dort gab es einige Zielscheiben, die von Einschlägen völlig durchlöchert waren. Offensichtlich wurde hier Schießen geübt. An den Wänden stand: KANAKEN RAUS! DEUTSCHLAND DEN DEUTSCHEN! HITLER LEBT! Dazwischen waren Hakenkreuze und SS-Runen geschmiert. »Sind das etwa Neonazis?«, erkundigte sich Tommy leise. »Keine Ahnung«, brummte Beule und setzte hinzu: »Ich glaube, sie sind alles und nichts: Neonazis, Indianer, Gangster, Piraten, Vampire, Söldner, Räuber, Doofbacken...«
Wolfgang Bittner: Tommy und Beule

Zugleich sind diese Spiel-Erlebnisse von hoher einprägsamer Bildkraft. Sie spielen oder »arbeiten« mit

den tiefsten, ursprünglichsten Mythen und Motiven, die wir in unserer Geistesgeschichte kennen. Sie arbeiten und spielen zugleich mit Triebimpulsen unter Umgehung aller kontrollierenden inneren Instanzen. Und wir haben – aus diesen Spielen gleichsam unerledigt übriggeblieben – Omnipotenzbilder, die von der Alltagsrealität eines Kindes abgespalten sind. Wolfgang Bergmann: Computerkids. Die neue Generation verstehen lernen

Hat das Gehirn so etwas wie eine »Antenne« für zwischenmenschliches Zusammenleben? ... Wir müssen unser Menschenbild korrigieren, denn unser Gehirn ist in erster Linie ein »social brain«, es ist auf Kommunikation mit dem Anderen angewiesen und quasi darauf geeicht.

Joachim Bauer: Prinzip Menschlichkeit. Warum wir von Natur aus kooperieren, in: Südwestrundfunk, SWR2 AULA, 21. Januar 2007

einander wissen, in einer Solidargemeinschaft über einer Welt zusammenschließen und kraft ihrer gemeinschaftlichen Erfahrung vielleicht davon träumen, wie Kant sagte, »es könne künftig besser werden, und zwar mit uneigennützigem Wohlwollen, wenn wir selbst nicht mehr sind, und die Früchte, die wir aussäen halfen, nicht einernten werden.«

Das klingt schwärmerisch. Aber gäbe es statistische Untersuchungen darüber, würde man sicherlich zu dem Ergebnis kommen, daß sich Kinder, die lesen, weniger gewalttätig und überhaupt aufgeschlossener, toleranter und sozialer verhalten. Jedenfalls ist das meine Beobachtung über Jahre hinweg. Da ersetzt das Buch – und das ist ein weiterer Aspekt in diesem Spektrum – vielleicht auch ein wenig den familiären Austausch, der vielfach nicht mehr stattfindet und den kein Computerspiel zu simulieren vermag.

Die Auswüchse der Zivilisation, in der wir leben, nehmen weiter zu. Es bedarf heute keines Atomschlages mehr, um die Menschheit zu vernichten. Keiner kann sich mehr entziehen – das ist neu. Ziel müßte sein, vernünftiger, natürlicher, humaner, auch liebevoller und bescheidener zu leben. Dazu kann Literatur – gerade die Kinder- und Jugendliteratur – einen wesentlichen Beitrag leisten, sensibler machen, aufgeschlossener für Fragen des Zusammenlebens und der menschlichen Existenz. Dazu könnten auch die audiovisuellen Medien beitragen, aber das Gegenteil ist leider häufig der Fall.

Insofern ist Leseförderung, wie auch ein Netz von Bibliotheken mit fachkundiger Beratung und von Jugendzentren, eine unabdingbare zivilisatorische Notwendigkeit. Das ist in unserer Zeit für ein funktionierendes Gemeinwesen, für eine demokratisch organisierte Gesellschaft, die den Anspruch erhebt, ein Kulturvolk zu sein, lebenswichtig und allemal billiger als die Behandlung von Verletzten, von Straftätern und Drogenabhängigen. Darauf kann nicht oft genug hingewiesen werden, denn die Entwicklung geht zur Zeit in die entgegengesetzte Richtung. Wir sollten das nicht hinnehmen.

HARALD WERNER

Fünf Fragen an ein zeitgemäßes Curriculum zur Politischen Ökonomie

Der Ruf nach einer ökonomischen Alphabetisierungskampagne (Bourdieu) wird zwar immer lauter, aber er findet wenig Antwort. Wahrscheinlich auch deshalb, weil das Alphabet gerade überarbeitet wird. Niemandem wäre wirklich damit geholfen, den gegenwärtigen Kapitalismus mit den alten Curricula erklärt zu bekommen, auf deren Grundlage Generationen Marx' Kritik der Politischen Ökonomie begreifen lernten. Das liegt weniger daran, dass seine Analyse hin-fällig geworden wäre, als an der simplen Tatsache, dass Kapitalis-muskritik eine konkrete Angelegenheit ist, die ihren Gegenstand ständig neu begreifen muss.¹ Viele Linke meinen, dass es sich immer noch um Kapitalismus handelt, was sich heute Medien-, Informa-tions- oder Wissensgesellschaft nennt, und leiten daraus gleich blei-bende ökonomische Gesetze ab, wie etwa seine Mehrwertproduk-tion. Das aber ist ein großer Irrtum, weil zwar immer noch Mehrwert aus Lohnarbeit gewonnen wird, aber die Akkumulation ebenso an-deren Gesetzen folgt, wie die Regulation der Produktionsweise und der kapitalistischen Ökonomie neue Formen der Enteignung und Entfremdung produziert. Die neuen sozialen und globalen Probleme sind keine neuen und schlimmeren Folgen des alten Kapitalismus, sondern das Ergebnis einer grundlegend erneuerten Ökonomie.

Als erstes drängt sich deshalb der Eindruck auf, ein Curriculum müsse heute mit dem beginnen, was uns aktuell am meisten be-schäftigt, nämlich dem Neoliberalismus oder der Globalisierung. Doch bevor man sich allzu schnell auf die neuen Inhalte einer Kapi-talismuskritik stürzt, sollte man vielleicht als erstes fragen, was überhaupt ein Curriculum ist und wozu man es braucht.² Die Ent-wicklung eines Curriculums setzt wesentlich mehr voraus als eine fachsystematische oder aktuelle Themenliste. Es geht um die genaue Bestimmung des Lerngegenstandes, die Methoden seiner Erforschung und Darstellung, die Hierarchie seiner Lernziele, aber vor allem um die aktuelle und künftige Praxis der Lernenden. Der folgende Arti-kel will und kann die sich in diesem Zusammenhang stellenden Fra-gen nicht beantworten. Er stellt selber Fragen und deutet die Rich-tung der konkreten Beantwortung an – mehr nicht.

Erste Frage: Was ist der Gegenstand einer Kritik der Politischen Ökonomie?

In einer Zeit, in der Lehrstühle für Volkswirtschaftslehre zu Gunsten der Betriebswirtschaft abgewickelt werden und das betriebswirt-schaftliche Denken selbst den Kanon der Wirtschaftspolitik domi-

Harald Werner – Jg. 1940; Sozialwissenschaftler mit Forschungs- und Publika-tionsschwerpunkten in den Bereichen Industriosozio-logie, Sozialpsychologie und Subjektwissenschaft; gewerkschaftspolitischer Sprecher des Parteivorstan-des der Linkspartei.PDS; zuletzt in UTOPIE kreativ: Reales Sein und neoliberal-es Bewusstsein, Heft 137 (März 2002), S. 197-205.

1 »Die politische Ökono-mie kann also nicht dieselbe sein für alle Länder und für alle geschichtlichen Epo-chen.« Friedrich Engels: Anti-Dühring, in: MEW, Bd. 20, S. 136.

2 Die aktuelle Bildungs-debatte ist so sehr von em-pirischen Methoden wie der PISA-Studie geprägt, dass die Curriculumtheorie als eine Methode zur Erfor-schung der inneren Zusam-

menhänge des Wissens in den Hintergrund gedrängt wurde. Das permanente Ranking von Schul- und Hochschulabschlüssen führt in der Lehrplanentwicklung zu einer betriebswirtschaftlichen Denkweise, in der der Output formaler Wissensstandards gemessen wird, ohne sich weiter um die Struktur und Anwendungsmöglichkeit des Gelernten zu kümmern.

3 Friedrich Engels, a. a. O., S. 139.

niert, ist es zunächst einmal wichtig, die ökonomischen Prozesse als eine sozial strukturierte und politisch regulierte Wirklichkeit zu begreifen. Die klassische Politische Ökonomie beginnt nämlich im Gegensatz zur heutigen Makroökonomie mit den realen Lebensverhältnissen, also der gesellschaftlichen Produktion des Lebens, der Aneignung der Natur und der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit etc., ehe sie in die Welt der ökonomischen Abstraktionen aufsteigt.³ Die erste und wichtigste Anforderung wäre also, nicht mit der Kritik der herrschenden ökonomischen Lehrmeinungen zu beginnen, auch nicht mit ihren ideologischen Eckpfeilern wie Wettbewerb oder Markt, sondern mit den alltäglichen Produktions-, Reproduktions- und Austauschverhältnissen. Denn die Loslösung der Ökonomie von den sozialen Austauschprozessen, Klassen, Herrschaftsformen und Eigentumsverhältnissen ist die Hauptvoraussetzung für ihre Ideologisierung. Damit ist noch nicht beantwortet, mit genau welchen Lebensverhältnissen wir in die ökonomische Analyse einsteigen sollten – zu dieser Frage werden wir weiter unten zurückkommen: Sicher ist jetzt nur einmal, dass wir vom wirklichen Leben und nicht von irgendwelchen Theorien oder Ideologien ausgehen sollten.

Es geht uns aber nicht nur um den Gegenstand Politische Ökonomie, sondern um seine Kritik. Kritik meint aber nicht in erster Linie die Darstellung schrecklicher Tatsachen, etwa durch eine Auflistung der durch den Neoliberalismus begangenen sozialen Untaten, sondern es geht um eine kritische Methode. In der Regel kennen die Teilnehmer linker Bildungsveranstaltungen die Folgen neoliberaler Politik, aber sie sind seltener in der Lage, seine Ideologie zu widerlegen. Deshalb kommt es darauf an, dass die Lernenden die Politische Ökonomie ihrer Zeit begreifen, indem sie ihre vordergründige Wirklichkeit widerlegen lernen. Wobei der Lerngegenstand und die Methode seiner gedanklichen Aneignung nicht voneinander zu trennen sind, weil die Methode eine besondere Sicht auf den Gegenstand voraussetzt. Es reicht nicht aus, den Gegenstand möglichst lebensnah in Augenschein zu nehmen, sondern man muss für die Analyse solche Gegenstandsbereiche auswählen, die das Wesen der ökonomischen Prozesse erkennbar machen.

Zweite Frage: Wie entwickeln wir theoretisches Denken

Das Wichtigste: Kritik der Politischen Ökonomie ist letztlich die Durchdringung des alltäglichen Scheins, in den sich das wirtschaftliche Geschehen hüllt. Das Aneinanderreihen von Tatsachen erklärt nämlich gar nichts, so lange man nicht versteht, wie sie zustande gekommen sind. Jemand kann eine Fülle von ökonomischen Fakten aus der Welt des Neoliberalismus im Kopf haben, von der fallenden Lohnquote bis zur Explosion des privaten Reichtums, und ihn trotzdem nicht verstehen. Wie aber soll man etwas verändern, wenn man es nicht versteht? Wichtig für unsere Überlegungen ist deshalb die Unterscheidung der Lerntheoretiker zwischen empirischer und theoretischer Verallgemeinerung.⁴ Zwar strebt das menschliche Denken grundsätzlich zur Verallgemeinerung seiner Erfahrungen, aber dieses zusammenfassende Denken vollzieht sich im Alltag anders als in der Wissenschaft. Der Alltagsverstand versucht die von ihm erfahrenen oder bekannt gewordenen Tatsachen zu verallgemeinern, indem

4 Zum Problem der theoretischen Verallgemeinerung vgl. Wassili Dawydow: Arten der Verallgemeinerung im Unterricht, Berlin 1977.

er diese sinnlich konkreten Daten zu einem Weltbild vereint. Der Theoretiker interpretiert die ihm zugänglichen Daten auf der Grundlage theoretischer Modelle, die ihm das gedankliche Zusammensetzen eines dem Augenschein verborgenen Weltbildes ermöglichen. Marx verwendet dafür ein praktisches Beispiel, das wie kein anderes geeignet ist, den Unterschied zwischen Alltagsverstand und Wissenschaft zu demonstrieren und gleichzeitig exemplarisch für die menscheitsgeschichtliche Entwicklung theoretischen Denkens ist. Dem »Augenschein« nach kreist zum Beispiel die Sonne um die Erde, und so lange sich die Menschen allein auf diese sinnliche Erfahrung stützten, haben sie die Erde für eine Scheibe gehalten. Doch die kritische Wissenschaft hat über Jahrhunderte zahlreiche dem Augenschein widersprechende Beobachtungen gesammelt, bis der Zweifel so stark war, dass in den theoretischen Köpfen ein neues Modell entstand, mit dem diese Tatsachen verstehbar wurden. Kein Lehrer würde heute mit seinen Kindern auf den Schulhof gehen, um durch Beobachtung des wahrnehmbaren Sonnenlaufs das Planetensystem zu erläutern. Er bleibt im Klassenzimmer und verwendet ein Modell oder eine Tafelzeichnung, um den tatsächlichen, nur theoretisch demonstrierbaren Sachverhalt darzustellen.

Diese Methode ist für die Naturwissenschaft allgemein akzeptiert, doch in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens dominiert immer noch das anschauliche Lernen: das Anschauen von Bildern, Nachlesen von Beschreibungen oder das Zusammentragen individueller Erfahrungen. Selbstverständlich ist es möglich, in den Köpfen der Lernenden durch die pädagogische Auswahl sinnlich nachvollziehbarer Tatsachen oder persönlicher Erfahrungen eine theoretische Verallgemeinerung entstehen zu lassen. Was in der Regel auch geschieht. Doch diese theoretische Einsicht ist äußerst fragil, weil sie sich auf ganz bestimmte konkrete Beispiele stützt. Verändert sich die Welt oder wird das Bewusstsein mit entgegen gesetzten Tatsachen konfrontiert, verblasst das theoretische Modell und wird durch ein anderes, meistens durch die herrschende Ideologie verbreitetes Deutungsmuster ersetzt. Soll die Vermittlung politisch ökonomischer Deutungsmuster aber nicht nur zu »Überzeugungen« oder im schlechten Sinne zu »Weltanschauungen« führen, dann muss es in erster Linie um die Aneignung gedanklicher Werkzeuge gehen, die ihre Gültigkeit in unterschiedlichen Situationen und sich wandelnden Verhältnissen bewahren.⁵

Dritte Frage: Wie soll gelernt werden?

Hier scheint sich ein Widerspruch zum anfangs Gesagten aufzutun. Einerseits sollen wir mit dem wirklichen Leben beginnen, also auch mit den alltäglichen Tatsachen, die die Menschen erfahren, und andererseits soll man gerade diese Tatsachen nicht verstehen können, ohne sich zuvor die dafür notwendigen gedanklichen Werkzeuge anzueignen, also zum Beispiel Begriffe und Definitionen zu lernen. Doch der Widerspruch ist kein Gegensatz, sondern man kann und muss beides tun.⁶ Nur wenn man die Methode des Unterrichtens als eine vom Lerngegenstand getrennte Frage behandelt und solche Methoden wie Wandzeitungsarbeit oder Rollenspiel bereits für Didaktik hält, kann man das Lernen von Begriffen und Definitionen für eine

5 Die nur empirische Verallgemeinerung gesellschaftlicher Tatsachen und Prozesse ist wahrscheinlich ein Grundproblem linker Politik, weil sie sowohl linksradikale als auch opportunistische Haltungen produziert. Nur durch die Fähigkeit zur theoretischen Verallgemeinerung kann man ideologischen Sackgassen entgehen.

6 Die Frage, ob man beim Studium der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie von den Erfahrungen der Lernenden oder von der Theorie ausgeht, hat im Streit um die gewerkschaftliche Arbeiterbildung in der alten Bundesrepublik nur deshalb eine so große Rolle gespielt, weil man das zu einer Frage der Teilnehmerorientierung und der Motivation gemacht hat, statt als erstes nach den kognitiven Anforderungen zu fragen. Vgl. dazu Oskar Negt: Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen, Frankfurt/M. 1971, und Harald Werner: Erfahrung, Erkenntnis und Motivation in der Arbeiterbildung, Studien zur Kritischen Psychologie, Band 29, Köln 1981.

7 Wolfgang Fritz Haug hat in seinen bekannten »Vorlesungen zur Einführung ins Kapital« (Köln 1974) im Grunde genommen nicht ins Kapital eingeführt, sondern hauptsächlich die Methode der Erforschung und Darstellung behandelt und damit einen entscheidenden Schritt zur Entwicklung einer Didaktik der Kritik der Politischen Ökonomie getan.

8 Karl Marx: Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13, S. 631-639.

9 Ebenda, S. 631 f.

trockene Angelegenheit halten. Der Vorzug der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie besteht gerade darin, dass sie nicht nur ein inhaltlicher, sondern auch ein methodischer Fundus für ein zeitgemäßes Curriculum ist.⁷ Marx' »Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie« stellt nicht nur den historischen Forschungsprozess der ökonomischen Wissenschaft dar, sondern auch die »Reproduktion des Konkreten im Wege des Denkens«.⁸ Marx schreibt zunächst, »Es scheint das Richtige zu sein, mit dem Realen und Konkreten (...) zu beginnen«, stellt dann aber fest, dass es sich dabei um »eine chaotische Vorstellung des Ganzen« handelt. Historisch sei die Ökonomie, wie auch andere Wissenschaften, durchaus so entstanden, dass man von diesem »vorgestellten Konkreten« ausgehend immer tiefer in den Gegenstand eingedrungen sei, um ihn in immer »dünnere Abstrakta« zu zerlegen. Anschließend aber habe man »die Reise wieder rückwärts anzutreten«, um wieder beim sinnlich Konkreten anzukommen, »diesmal aber nicht (...) bei einer chaotischen Vorstellung«, sondern bei einem begriffenen Ganzen. »Im ersten Weg wurde die volle Vorstellung zu abstrakter Bestimmung verflüchtigt; im zweiten führen die abstrakten Bestimmungen zur Reproduktion des Konkreten im Wege des Denkens.«⁹

Der erste Weg ist also nur die historische Entwicklung der Wissenschaft, während der aktuelle Forschungs- und auch Lernprozess, also das eigentliche Denken, immer vom Abstrakten zum Konkreten aufsteigt. Wobei – um einem entscheidenden Missverständnis vorzubeugen – das von Marx gemeinte Abstrakte kein theoretischer Begriff, ein Gesetz oder eine Formel ist. Im Gegenteil, er hat an den Anfang des ersten Kapitalbandes keine Definitionen oder andere Abstraktionen gesetzt, sondern beginnt mit der Anschauung konkreter Dinge und Tätigkeiten, um aus ihnen so genannte Ausgangsabstraktionen abzuleiten und mit ihnen zum »begriffenen Konkreten« aufzusteigen. Diese Vorgehensweise deckt sich sogar mit der Alltagserfahrung. Immer wenn wir mit einem komplexen Ausschnitt der Wirklichkeit konfrontiert werden, versuchen wir ihn mit bestimmten Abstraktionen zu deuten.

Das Problem ist nur, dass wir uns dabei meistens von Vorurteilen, oberflächlichen Verallgemeinerungen oder Ideologien leiten lassen. Das muss nicht grundsätzlich zu falschen Interpretationen führen, tut es aber meistens, wenn es sich um einen Wirklichkeitsausschnitt handelt, der durch bloßes Hinschauen nicht zu entschlüsseln ist oder dem Augenschein ein Trugbild vorspiegelt. Letztes gilt mit Sicherheit für die kapitalistische Ökonomie, die uns allerlei Mythen vorgaukelt, wie etwa, dass Kapital arbeitet oder der Lohn nach der Arbeitsleistung bemessen wird.

Die Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten ist sicherlich ein wichtiger Baustein für eine Didaktik der politischen Ökonomie, der dann immer noch durch lernpsychologische und pädagogisch methodische Prinzipien erweitert werden kann.¹⁰

Aber wir wissen dann noch lange nicht, was gelernt werden muss. Das heißt, welche Themen in das Curriculum gehören und in welcher Reihenfolge sie zu folgen haben, um für das Denken ein bruchloses Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten zu gewährleisten.

10 Vgl. dazu Harald Werner: Alternatives Lernen, Frankfurt/M. 1984.

Vierte Frage: Womit beginnen?

Der von Marx im ersten Band des Kapitals gewählte Anfang ist die Ware, weil sie einerseits für jedermann konkret ist und kein theoretisches Vorwissen voraussetzt, aber gleichzeitig den Zellkern der kapitalistischen Ökonomie, nämlich den Wert, widerspiegelt. Heißt das nun, dass jedes Curriculum der politischen Ökonomie mit der Warenanalyse beginnen muss? Darüber kann man streiten, ich halte es nicht für notwendig. Für ein systematisches Studium der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie mag daran kein Weg vorbeiführen, aber es wäre dogmatisch und obendrein zeitraubend, die Behandlung einer jeden ökonomischen Betrachtung mit der Warenanalyse zu beginnen. Vielmehr kommt es darauf an, die Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten als lerntheoretisches Prinzip zu behandeln und für jedes Thema einen der Marxschen Herangehensweise entsprechenden Anfang zu finden. Dawydow und andere Autoren sprechen in diesem Zusammenhang von einer »Ausgangsabstraktion« oder einer »inhaltlich realen Abstraktion«, an die sie bestimmte Anforderungen stellen.¹¹

Bei Haug werden für einen solchen sowohl konkreten als auch abstrakten Anfang zwei Anforderungen formuliert. »Erste Anforderung: Es muss ein Gemeinplatz sein, mit dem angefangen wird, voraussetzungslos, mit nichts als dem, was jeder weiß, auch wenn er sonst nichts weiß. Zweite Anforderung: Es muss verbindlich von dem Gemeinplatz aus weitergehen, er muss entwicklungsfähig sein.«¹²

Für den Einstieg in ein ökonomisches Thema einen Gemeinplatz zu finden, der jedem bekannt ist und den zu behandeln keinerlei Vorwissen verlangt, dürfte relativ leicht sein. Doch er muss auch exemplarisch sein, damit sich aus ihm ein grundlegender theoretischer Zusammenhang ableiten lässt, und er muss in dem Sinne entwicklungsfähig sein, dass man von ihm bruchlos zu den weiter führenden theoretischen Kategorien gelangen kann. Für die Didaktik der Naturwissenschaften und der Mathematik gibt es zahllose gute Einstiegsabstraktionen. Marx erwähnt zum Beispiel die Zelle als grundlegende Abstraktion der Biologie, Dawydow bezieht sich häufig auf die Arithmetik oder Geometrie, die jeweils mit einfachsten Tatsachen beginnt, ehe sie daraus Formeln gewinnt. Doch in den gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen ist die Auswahl einer Ausgangsabstraktion aus zwei Gründen ungleich schwerer. Erstens hat uns Marx hinsichtlich einer Ausgangsabstraktion zum Erkennen gesellschaftlicher Zusammenhänge nur das eine gute Beispiel aus dem ersten Band des Kapitals hinterlassen, und zweitens ist die soziale Wirklichkeit sehr viel mehrdeutiger als etwa die Natur oder gar die Mathematik. Schwierigkeiten bereitet vor allem die Tatsache, dass uns das Soziale selbstverständlich ist, das heißt, dass es sich scheinbar von selbst versteht.¹³

Mit diesem Problem hat sich besonders intensiv auch Bertolt Brecht auseinander gesetzt und eine eigene Lösungsmethode entwickelt. Brechts Methode der Verfremdung verzichtet zum Beispiel auf jedes Beiwerk und jeden aktuellen Bezug, um das Denken seiner Zuschauer auf das Wesentliche zu konzentrieren. Auch er inszeniert eine Abstraktion, die zugleich konkret ist und dazu verführen soll, das eigene Erleben neu zu durchdenken. Auf ähnliche Weise wären

11 Wassili Dawydow, a. a. O., S. 284-302.

12 Wolfgang Fritz Haug, a. a. O., S. 33.

13 Haug spricht in dem Zusammenhang von »Naturformen unseres Denkens«, die uns »so selbstverständlich sind, dass wir nicht einmal ohne weiteres über sie nachdenken und sie in den Griff bekommen können, weil es unser Griff selber ist, den wir greifen wollen.« A. a. O., S. 35.

auch die Ausgangsabstraktionen eines auf die Politische Ökonomie bezogenen Curriculums zu konstruieren: Die Ausgangsabstraktionen müssen allgemein verständlich sein, aber auch modellhaft, verfremdet und so einfach, dass man an ihnen das Wesentliche erkennen kann und sie gleichzeitig das bruchlose Fortschreiten zu den nächsten Kategorien ermöglichen. Natürlich ist damit nicht die Frage beantwortet, womit man eine konkrete Bildungseinheit wirklich beginnt. Dieser komplizierten Aufgabe wird man sich für jeden Wirklichkeitsausschnitt der realen kapitalistischen Ökonomie neu zu stellen haben.

Fünfte Frage: Was soll gelernt werden?

Vielleicht sollte man eher fragen, was wir weglassen können, weil die gewollte ökonomische Alphabetisierungskampagne mit zwei Mängeln zu kämpfen hat. Erstens mit einem Mangel an Zeit und zweitens mit der Unabgeschlossenheit des Themas. Letzteres galt zwar schon für das Kapitalstudium, konnte aber gut verdrängt werden, so lange man sich die Etappen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft als die Wiederkehr des bereits Bekannten im neuen Gewand vorstellte. Dieser Illusion kann sich heute nur hingeben, wer besonders intensiv wegschaut. Der Kapitalismus hat mit seiner neo-liberalen Offensive einen Erdbeben ausgelöst, der nicht nur den Sozialismus und seine Theorie verschüttete, sondern auch ihn selbst entwurzelte.¹⁴ Denn den »reinen« Kapitalismus, wie ihn die orthodoxe Lesart der Kritik der Politischen Ökonomie lehrte, hat es nie wirklich gegeben, weil er sich stets auf vorkapitalistische Momente stützen musste und die Freiheit des Marktes ebenso wie das Privateigentum begrenzte, weil er nur mit der Krücke der Politik gehfähig war.

Und trotzdem hatte Marx recht, als er den Kapitalismus als Kraft der permanenten, alles umwälzenden Revolution kennzeichnete. Nur hat er nie angenommen, dass er so lange überleben werde. Folglich haben wir es heute mit einem Kapitalismus zu tun, den Marx nie für möglich gehalten hat. Einen Kapitalismus, den – zumindest gegenwärtig – keine Revolution bedroht, außer der eigenen. »Früher oder später«, schreibt Eric Hobsbawm, »musste er mindestens einen der Äste absägen, auf denen er selbst saß. Eben das geschah seit der Mitte des (zwanzigsten – H. W.) Jahrhunderts.«¹⁵ Es gibt mehr als einen Grund, bei der Entwicklung eines zeitgemäßen Ökonomie-Curriculums nicht nur und auch nicht als erstes bei Marx nachzulesen. Schon wenn man mit Marx die Entwicklung der Produktivkräfte für die wichtigste Triebfeder der Geschichte und der Ökonomie hält, steht mehr auf dem Programm als eine Verlängerung des bereits Bekannten. Die auf dieser Grundlage und der Globalisierung entstandene »Hegemonie des Neoliberalismus« hält deshalb Deppe »für einen Ausdruck des Übergangs zu einer neuen Formation des Kapitalismus«.¹⁶ Was letztlich dazu zwingt, sich insbesondere mit jener linken Ökonomiekritik zu beschäftigen, die nicht das Neue im Alten sucht, sondern von einer realen Revolution im Akkumulationsregime, der Produktionsweise und der Regulation des Kapitalismus ausgeht. Natürlich ergibt sich daraus eine methodische Schwierigkeit für die Curriculum-Entwicklung, die hier nicht gelöst werden

14 »... die Grundfesten des Kapitalismus (sind) ins Wanken geraten. Es geht ihm buchstäblich wie dem chinesischen Fisch, der hin- und herzappelt, weil er in einen Strom zurück will, der längst weiter geflossen ist.« Lester C. Thurow: Die Zukunft des Kapitalismus, Düsseldorf/München 1996, S. 11.

15 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme, München/Wien 1995, S. 32.

16 Frank Deppe: Kapitalismus Reloaded, in: Sozialismus 1/2006, S. 21.

kann. Wie soll diese neue Formation begriffen werden, wie soll man ihre Entwicklung verstehen, ohne Marx zu kennen? Hätte Marx die politische Ökonomie des Kapitalismus ohne Adam Smith und Ricardo kritisieren können?

Wenn man die alten Curricula zur Politischen Ökonomie studiert, dann konzentrieren sie sich vor allem auf den Wertbegriff, den Wert der Ware Arbeitskraft und auf ihre Fähigkeit, sowohl ihren eigenen Wert als auch den Mehrwert zu produzieren. Der Diebstahl an fremder Arbeitszeit ist das zentrale Moment sowohl zur Enthüllung der Ausbeutung als auch zur Beschreibung der verschiedenen Methoden, die das Kapital anwendet, um seinen Mehrwert zu erhöhen. Sofern man das begriffen hatte, ließen sich die meisten Strategien des Kapitals plausibel entschlüsseln. Heute sieht das anders aus. Zwar dreht sich in den unmittelbaren Konflikten zwischen Arbeit und Kapital immer noch alles um die Verringerung der notwendigen Arbeitszeit und die Vermehrung der Mehrarbeit, aber die Betroffenen leiden mehr noch darunter, wie sich die Kapitalisten untereinander den erzeugten Mehrwert abjagen oder sich gegenseitig enteignen, als unter der gewohnten Enteignung ihrer Arbeitsergebnisse. Die gewöhnliche, aber zumindest eine gewisse Sicherheit bietende Ausbeutung der lebendigen Arbeit ist eine relativ harmlose Form der Enteignung gegenüber der globalen Enteignungsstrategie, mit der sich der durch die Vermögensbesitzer und Finanzmärkte getriebene Kapitalismus hauptsächlich den Mehrwert anderer Kapitalisten aneignet, die Gratiskräfte des Gemeinwesens ausbeutet, aber vor allem die natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen zerstört. David Harvey nennt das »Akkumulation durch Enteignung«¹⁷

Dementsprechend ist auch die heutige Kapitalismuserfahrung weniger von den Ausbeutungsstrategien in den Betrieben geprägt als von der Vernichtung produktiver Betriebe, der Unberechenbarkeit der Börsen und Finanzmärkte sowie der Vernichtung des Sozialstaates zu Gunsten des globalen Standortkrieges. Der Irrsinn der dabei angewendeten Methoden ist schwer zu verstehen, wenn man nur das Wertgesetz verstanden hat.

Schon die Kapitalismuskritik am Anfang des 20. Jahrhunderts kam nicht ohne Fortschreibung von Marx und prägte den Begriff der imperialistischen Epoche, um nach der Ausbeutung der lebendigen Arbeit auch die neuen und weltweiten Kriege zu erklären. Nun ist der Imperialismus ebenso wenig verschwunden wie die Ausbeutung, aber die aktuellen Analysen sprechen nicht umsonst von einem »neuen Imperialismus«.¹⁸ Neu ist dabei nicht nur die globale Realität des Kapitalismus, sondern vor allem die oben erwähnte »Akkumulation durch Enteignung«, die sich nicht mehr allein auf die Ausplünderung fremder Länder stützt, sondern ein allgemeines System der Enteignung errichtet hat. Es gibt kein Innen und Außen mehr, sondern ein allumfassendes Imperium (Hardt, Negri), das seine Selbsterstörung betreibt. Der neue Imperialismus hat die kapitalistische Konkurrenz in einen globalen Kampf verwandelt, bei dem es weniger um die Ausweitung und Verteilung der Extraprofite geht als um die Abwälzung der aus der gewaltigen Überakkumulation entstehenden Abwrackverluste auf die schwächeren Konkurrenten. Gleichzeitig dringt das überakkumulierte Kapital in die bislang

17 David Harvey: Der neue Imperialismus, Hamburg 2005.

18 Die Debatte über den neuen Imperialismus wurde insbesondere durch Michael Hardt und Antonio Negri in die breite Öffentlichkeit getragen (Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt/M. 2002), die sich allerdings mehr im Diskurs der Postmoderne als in der Kritik der Politischen Ökonomie bewegen.

staatlich regulierte Sphäre der öffentlichen Daseinsvorsorge ein, betreibt Enteignung durch Privatisierung und zerstört die Fundamente des Sozialstaates. Für das Alltagsbewusstsein sind die daraus entstehenden Bedrohungen und Verluste hauptsächlich auf die Politik, die Vernichtung der moralischen und kulturellen Werte oder die Grenzen des Wachstums und der Naturaneignung zurückzuführen.

Die neuen Erfahrungen der Menschen verbinden sich im Alltagsbewusstsein mit den Begriffen Globalisierung, Terror, Rassismus oder ökologische Bedrohung. Dieses Bedrohungsszenario wird nicht mehr als Ausdruck des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit begriffen, sondern als Ergebnis einer allgemeinen Entgrenzung und Entwurzelung der Zivilisation. Sofern damit ökonomische Prozesse verbunden werden, handelt es sich bei den Verursachern um abstrakte Mächte wie die Finanzmärkte oder spekulative Fonds, die kaum mehr mit sozialen Interessen und Klassen in Verbindung gebracht werden und getrost Heuschrecken genannt werden können, als wäre eine außerirdische Plage über die Menschheit gekommen. Diese Mystifizierung ökonomischer Prozesse ist der eigentliche Grund, eine ökonomische Alphabetisierung zu propagieren. Aber nicht als eine von den subjektiven Bedrohungserfahrungen abgehobene Kampagne, sondern als ein Versuch, diese Bedrohungen zu entschlüsseln und sie als Ausgangspunkt für ökonomisches Begreifen zu nehmen.

WILHELM ERSIL

Die EU am 50. Jahrestag der Römischen Verträge

Vor 50 Jahren – am 25. März 1957 – wurden in Rom von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden die [Römischen Verträge] unterzeichnet: der Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Vertrag über die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM). Damit war der Grundstein für die spätere Europäische Union (EU) gelegt.

Am 50. Jahrestag dieser Verträge befindet sich die EU in einer tiefen Krise. Und dies, obwohl sie sich für die Völker der beteiligten Staaten lange als vorteilhaft erwiesen hat. Sie trug zur Friedenssicherung und durch den gemeinsamen Binnenmarkt zur Wohlstandsmehrung bei. Aus der EWG der 6 ist eine EU der 27 geworden – ein historisch einmaliges Gebilde, weder Staatenbund noch Bundesstaat, sondern Staatenvereinigung mit supranationalen Institutionen und einer Reihe gemeinsamer Politiken. Sie hat 490 Millionen Einwohner und verfügt über den weltweit größten Binnenmarkt. 13 Mitgliedstaaten mit 315 Millionen Einwohnern haben eine gemeinsame Währung, die eine der bedeutendsten im internationalen Währungssystem ist. Aber: Der bisherige Weg der EU wurde vornehmlich von Wirtschaftsinteressen und einem neoliberalen Kurs bestimmt. Das transnationale Kapital verfügt über eine gewaltige ökonomische und finanzielle Macht und übt in der Union mittels seiner Lobbys den entscheidenden Einfluss aus. Zugleich nehmen Auseinandersetzungen um die Perspektive der Union zu.

Wilhelm Ersil – Jg. 1928, Prof. Dr. habil., Potsdam; Fachgebiet: Europäische Integration, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland; zuletzt in UTOPIE kreativ: Kern-europa: Drohungen und Tendenzen, Heft 162 (April 2004).

Mehr als »nur« eine Verfassungskrise

Die Ergebnisse der Referenden in Frankreich und den Niederlanden im Jahre 2005 zum Europäischen Verfassungsvertrag (EVV) waren ein geschichtlicher Einschnitt und führten die tiefgehende Krise der EU unübersehbar vor Augen. Die Einschätzungen über den Charakter dieser Krise freilich divergieren.

Viele der heute hervortretenden Konflikte gären bereits seit langem. Allerdings hatte dieses Gären oft eine die Integration vorantreibende Wirkung. Schon die Gründung der EWG 1957 war in wesentlichen Teilen ein Überbrücken von Widersprüchen. Schon 1961/62 brachte Frankreich mit den Fouchet-Plänen die Idee einer konföderalen Union ins Spiel, scheiterte damit aber noch. Erst 1992 gab es mit dem Maastrichter Vertrag eine Rückkehr zum Projekt einer Politischen Union; eine engere Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wurde vereinbart. Französischer Widerstand gegen den Übergang zu Mehrheitsentscheidungen im Ge-

meinsamen Markt hatte 1966 zum Luxemburger Kompromiss geführt, nach dem ein Mitgliedstaat in einer national wichtigen Frage nicht überstimmt werden dürfe. Das galt bis zur Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) von 1987, die den Übergang zum einheitlichen Binnenmarkt vorsah und die Mitgliedstaaten zu einem rigorosen neoliberalen Kurs verpflichtete. 1971 hatten sich die EWG-Länder mit dem Werner-Plan für eine Währungsunion ausgesprochen. Aber erst mit dem Maastrichter Vertrag wurde die Konstituierung einer Währungsunion vertraglich vereinbart. Mit der »Osterweiterung« kam die Perspektive einer gesamteuropäischen Politischen Union wieder ins Blickfeld.

Die jetzige Krise der EU ist aber eine qualitativ andere als die vormalige. Sie ist viel komplexer, und sie geht tiefer. Sie berührt sowohl den sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen, bürgerrechtlichen und institutionellen Bereich als auch das Handeln der EU in den Außenbeziehungen und ihre globale Rolle. Für die Europäische Linkspartei sind um sich greifende Prekarisierung, soziale Unsicherheit und verstärkte Ungleichheit der Kern dieser Krise, die zugleich eine umfassende Vertrauenskrise ist.¹ Die Bürgerinnen und Bürger sehen ihre Erwartungen enttäuscht, denn sie mussten zur Kenntnis nehmen, dass die EU als Instrument zum Abbau sozialer Errungenschaften dient. Bürgerrechte werden begrenzt. Der Einfluss rechtspopulistischer Kräfte nimmt zu. Ausländerfeindlichkeit und offener Rassismus grassieren. In mehreren Ländern gibt es Parteien, die an den demokratischen Fundamenten rütteln. Innerhalb der EU erlangen zudem die Auseinandersetzungen um Einfluss und Machtverteilung neue Dimensionen. Die Staatenbeziehungen werden komplizierter. Unterschiedliche Interessen werden intensiver vertreten. Verschiedenartige Koalitionen zeichnen sich ab. Insbesondere in den Beitrittsländern nimmt die Sorge um Verlust an Souveränität zu. Tendenzen einer Renationalisierung von Integration zeichnen ab. Die Wechselbeziehungen zwischen Vertiefung der EU einerseits und ihrer erneuten Erweiterung andererseits sind umstritten und entzünden sich insbesondere an der Frage des Beitritts der Türkei. Auch das internationale Agieren der EU ist ein Konfliktfeld, nur scheinbar sind die Gegensätze zwischen »altem« und »neuem« Europa aus der Zeit des Beginns des Irak-Krieges 2003 überbrückt. Die Militarisierung der EU findet nicht geringe Unterstützung, ruft aber andererseits auch mannigfache Besorgnisse weit über die Friedensbewegungen hinaus hervor.

Insgesamt verstärkten sich in den letzten Jahren Kritik und Ablehnung der negativen Aspekte der Integration. Der Widerstand gegen den neoliberal dominierten Kurs wurde breiter. Das französische und niederländische »Nein« zum Verfassungsvertrag führte zu einer qualitativ neuen Situation. Die Verfassungskrise verdeutlicht, wie weit die Union von politischer Identität entfernt ist, wie tiefgreifend die Divergenzen zwischen weitreichenden Visionen einerseits und der Wirklichkeit andererseits sind. Der Integrationsprozess stockt. Die Potenzen des bisherigen Weges erschöpfen sich.

»Die Europäische Union ist in zentralen Bereichen das Gegenteil der positiven Visionen geworden, die die Menschen in den 1950er Jahren bewegten: Statt zu einer gesamteuropäischen Friedensunion

1 Vgl. Appell der Führungsgremien der Europäischen Linkspartei, www.sozialisten.de, Nachrichten, 13. 1. 2006 (Stand 23. 1. 2007)

befindet sich die EU auf dem Wege zu einem aggressiven globalen Machtblock, der zur Sicherung von Ressourcen und Handelswegen mit militärischer Gewalt weltweit rüstet«, heißt es in einer Erklärung des Wissenschaftlichen Beirats von Attac zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft.²

Die heutigen Herausforderungen können für die EU und ihre Währungsunion existenzielle Bedeutung annehmen. Selbst maßgebliche politische und wirtschaftliche Eliten befürworten angesichts dieser Situation eine öffentliche Debatte über die Zukunft der Union, um ein neues Engagement für das »europäische Projekt« zu erreichen. Das freilich hat für manchen unter diesen Entscheidungsträgern nur Alibifunktion. Insgesamt suchen die maßgeblichen wirtschaftlichen und politischen Eliten die Gesamtentwicklung der EU noch weiter als bisher in eine antisoziale, repressive und militärische Richtung zu drängen.

2 www.attac.de/eu-ag/neu/readarticle.php?article_id=48 (Stand 23. 1. 2007).

Linke Positionen

Die Linke hat eine besondere Verantwortung, die Union aus der Sackgasse zu führen. Eine Vielzahl von Fragen muss beantwortet werden. Konsens gibt es in der Einschätzung, dass die EU vom großen Kapital und neoliberaler Politik dominiert wird. Verschieden aber sind die Ansichten über die verteidigungswerten Aspekte der Integration. Das betrifft solidarische Gesichtspunkte, den vieljährigen zivilen Charakter der EU sowie den Charakter der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten. Linke Kritik zielt nicht auf den Zerfall der EU in ein nationalstaatliches Europa, sondern auf eine qualitativ andere Integration.

Die Union ist Rahmen demokratischer und sozialer Auseinandersetzungen. Eine Perspektive gesellschaftlicher Veränderungen muss die Existenz und Wirkungsweise der EU in Rechnung stellen. Grundlegende sozialpolitische Ziele können nicht mehr nur nationalstaatlich erreicht werden. Linke Kräfte engagieren sich daher für eine »neue EU« als einen demokratischen, sozialen, ökologisch agierenden, bürgerrechtlichen, zivilen und weltoffenen Staatenverbund. Zentrale Aufmerksamkeit gilt hierbei der Verteidigung und dem Ausbau des europäischen Gesellschafts- und Sozialmodells sowie den mit dem konstitutionellen Prozess verbundenen demokratischen Fragen. Der Bürgerbeteiligung wird erstrangige Bedeutung beigemessen. Entscheidende Bausteine einer neuen EU müssen die Abkehr vom marktradikalen Fundamentalismus nach innen und von der Absicht sein, im Bündnis mit den USA weltweit eigene Interessen notfalls auch militärisch durchzusetzen.

Über eine EU-Verfassung gibt es in den Reihen der Linken unterschiedliche Ansichten. Sie reichen vom generellen »Nein« über den Standpunkt, die Union funktioniere auch ohne Verfassung und der mit dem Nizza-Vertrag bestehende Status quo reiche aus, bis hin zu der Auffassung, das »Nein« zum jetzigen Verfassungsvertrag könne unter bestimmten Bedingungen zur Zustimmung führen. Dominierend ist allerdings die Position, die Union benötige für einen Neugründungsprozess einen gemeinsamen Rahmen.

Dazu wird ein demokratischer konstitutioneller Prozess befürwortet, wobei mit Recht unterstrichen wird: Ein Verfassungsvertrag darf

gesellschaftliche und demokratische Veränderungen nicht ausschließen. Er muss wirtschaftspolitisch neutral und gegenüber einer gemischt-wirtschaftlichen Ordnung mit einem bedeutenden öffentlichen Sektor sowie künftigen politischen Entwicklungen offen sein.

Alternative Projekte zum gescheiterten Verfassungsvertrag sind für demokratische Verfassungsbewegungen unverzichtbar. Dazu zählen die von der Sozialforumsbewegung vorgelegte »Charta der Grundsätze für ein anderes Europa«.³ Wichtige Aspekte enthalten die Erklärung des Wissenschaftlichen Beirats von Attac zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft vom Dezember 2006⁴ sowie der Entschließungsantrag der Bundestagsfraktion »Die Linke zur deutschen Ratspräsidentschaft«.⁵

Ein bedeutender Schritt nach vorn ist das von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine vorgelegte Memorandum für einen Verfassungsvertrag, in dem es heißt: »Wir legen Ecksteine für einen demokratischen, freiheitlichen, sozialen und Frieden sichernden Verfassungsvertrag als Diskussionsentwurf vor. (...) Die Linke will die Europäische Union als einen politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Verbund von staatlich organisierten Völkern. Der Verbund folgt demokratischen Prinzipien. Er ist gerichtet auf Frieden und Wohlergehen der Völker, der europäischen wie aller anderen. Zu den verfassungsrechtlich verankerten Werten und Zielen der EU gehört untrennbar die Sozialstaatlichkeit und die Schaffung einer Sozialunion, in der hohe Standards gelten. Die EU wird nach den Grundsätzen der Subsidiarität tätig. Die Mitgliedstaaten behalten einen Grundbestand souveräner Rechte.«⁶ Mit dieser Initiative werden in der Bundesrepublik alternative Vorstellungen zur Verfasstheit der EU sowohl generell als auch hinsichtlich der zentralen Integrationsrichtungen stärker publik. Damit in Zusammenhang sollten die demokratisch-sozialistischen wie antifaschistischen Traditionen und Werte mehr in das Blickfeld gerückt werden. Wenn immer wieder betont wird, Europa müsse sich seiner gemeinsamen Werte bewusst werden, dann betrifft das auch die sozialistischen.

Zukunftsdebatte

Antworten auf die Frage, welche Zukunft die EU haben wird und welche Ziele mit der EU und durch sie erreicht werden sollen, sind vielfältig. Die einen befürworten nach wie vor Entwicklungen zu einer föderalen Staatenunion. Der belgische Premier Guy Verhofstadt möchte die gegenwärtige Krise der EU nutzen, um ein noch größeres Projekt als eine EU-Verfassung in Angriff zu nehmen, das »Europa« einen gewaltigen Schritt nach vorn bringen soll. Er plädierte in der Bertelsmann-Stiftung für »Vereinigte Staaten von Europa« mit einer gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik, einem gemeinsamen Sicherheits- und Rechtsraum und einer gemeinsamen europäischen Armee.⁷ Andere befürworten zwischenstaatlich bestimmte Konstruktionen für eine Politische Union. Das wäre eine Konföderation von EU-Staaten, in der auch föderale/supranationale Strukturen und Elemente wirksam sind. Wieder andere halten nur eine lose politische Vereinigung für möglich oder akzeptabel, sähen am liebsten eine Perspektive der EU als eine bloße Freihandelszone und können sich mit einem »politischen Europa« wenig anfreunden.

3 Vgl. DIE LINKE.PDS. international, Nr. 2/2006, S. 84-94.

4 Vgl. Anm. 2.

5 Deutscher Bundestag, Drucksache 16/3796.

6 Memorandum für eine demokratische, freiheitliche, soziale und Frieden sichernde Europäische Union. Fraktion DIE LINKE im Bundestag. www.linksfraktion.de/nachricht.php?artikel=1469907099 (Stand 23. 1. 2007).

7 www.cap-lmu.de/aktuell/events/2006/ibf.php (Stand 23. 1. 2007).

Auch in den Reihen der Linken divergieren die Standpunkte. Äußerungen zu politischen Projekten sind zurückhaltend. Gewiss sollte die Linke weder in die Falle föderaler Konstruktionen noch eines Staatenverbundes als vornehmlich zwischenstaatlicher Kooperation tappen. Mehr Eindeutigkeit hinsichtlich einer politischen Union wäre geboten.

Eine Politische Union liegt in der Logik der Integration. Sie kann aber nicht nach bundesstaatlichen Blaupausen konstruiert werden. Die EU ist ein Gebilde, das sich auf Nationalstaaten gründet. Die Mitgliedstaaten spielen trotz Abgabe wichtiger Souveränitätsrechte weiterhin die zentrale Rolle. Die Völker wenden sich mehrheitlich gegen deren Verwandlung in Gliedstaaten einer föderalen Union. Die Menschen sind noch immer vor allem mit Nationalstaaten und nicht mit »Europa« verbunden. Die Nationalstaaten bleiben tragende Pfeiler der unionsweiten Ordnung. Die Bürgerinnen und Bürger machen vor allem ihre Regierungen für ihr Schicksal verantwortlich.

Trotzdem darf wiederum auch kein rein zwischenstaatlicher Ansatz verfolgt werden. Perspektive der EU dürfte eine Mischform aus zwischenstaatlicher Zusammenarbeit und supranationalem Souveränitätsverzicht sein. Aber Zuständigkeiten in der EU müssen übersichtlicher als im Verfassungsvertrag abgegrenzt werden – und zwar so, dass progressive Handlungsmöglichkeiten nicht in Frage gestellt werden und maximale Bedingungen für direktdemokratische Teilnahme geschaffen werden.

Die Verfasstheit der Union berührt grundlegende Fragen der Machtverteilung zwischen den Mitgliedstaaten. Gleichberechtigte Beziehungen zwischen Staaten und Völkern sind für eine demokratische Entwicklung der EU unabdingbar und müssen gegen bedrohliche Dominanzpolitik verteidigt werden. Hegemonialansprüche der großen Mitgliedstaaten, sei es in Gestalt einer deutsch-französischen Achse oder etwaiger Direktorien, stoßen auf Widerstand. Kleinere und mittlere Mitgliedstaaten müssen im System der Union gleiche Mitentscheidungsrechte haben und gleichberechtigt an den Institutionen und der Tätigkeit der EU teilnehmen können.

Das institutionelle System der EU darf keine Machtpolitik begünstigen. Das aber verbirgt sich hinter dem Streit um den demographischen Faktor bei qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im EU-Ministerrat. Eine solche stärkere Berücksichtigung der Bevölkerungsgrößen entspricht vor allem deutschem Interesse. Einstimmigkeitsregeln bleiben weiterhin notwendig, um einzelstaatliche Interessen zu verteidigen. Nationales Vetorecht in der Sicherheitspolitik ist unverzichtbar. Entscheidungsverfahren müssen gewährleisten, dass nicht eine Gruppe von Mitgliedstaaten als Hegemon in der EU handeln kann.

Eine Verfassungsdebatte wird sich mit neuen Vorschlägen zur Machtverteilung befassen müssen, um die Integration auf gleichberechtigter, demokratischer und solidarischer Grundlage zu befördern. Im Bundestagsantrag der Fraktion DIE LINKE. heißt es hierzu: »Die qualifizierte Mehrheit, bestehend aus der Mehrheit der Bevölkerung der EU und der Mehrheit der Mitgliedstaaten, muss neu definiert werden. Sie soll den demographischen Faktor zwar beachten, aber nicht überbetonen und ausgewogene Regelungen zum Schutz von Minderheiten enthalten.«⁸

8 Deutscher Bundestag, Drucksache 16/3402. Siehe dazu auch Andres Wehr: Das Publikum verlässt den Saal. Nach dem Verfassungsvertrag: Die EU in der Krise, Köln 2006.

Es sind zudem neue Regelungen dringlich, die die Autonomie von Regionen und Kommunen fördern, ohne zugleich zu einem »Europa der Regionen« zu führen, das in den Mitgliedstaaten Partikularismus oder gar Separatismus fördern könnte.

Schlüsselfrage Sozialunion

Die Perspektive der EU ist untrennbar mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Orientierung verknüpft. Seit den 80er Jahren wird der Weg wirtschaftsliberaler Marktintegration verfolgt. Mit der Lissabon-Strategie, nach der die EU mittels eines rigorosen neoliberalen Kurses bis 2010 zum weltweit wachstumsstärksten Wirtschaftsraum werden soll, verfolgten Rat und Kommission noch intensiver eine Politik mit dem vorrangigen Ziel, durch Deregulierung und marktradikale Maßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken. Neuer Druck wird nunmehr zur weiteren Liberalisierung der Energie- und Postmärkte und zugunsten eines einheitlichen Finanzmarktes ausgeübt. Der rücksichtslose Standortwettbewerb wird vorangetrieben. Der Wissenschaftliche Beirat von Attac gelangte zu dem Schluss: »Die wirtschaftliche Entwicklung der EU zeigt jedoch, dass Marktradikalität nicht zu ökonomischer Stärke und sozialer Sicherheit, sondern zu Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit, sozialer Polarisierung und ökologischer Zerstörung führt. Die Zunahme von Armut und massenhafter Prekarisierung in den meisten Ländern der EU in den letzten Jahren ist eine äußerst alarmierende und völlig unakzeptable Entwicklung. Umgekehrt zeigt sich aber auch, dass die skandinavischen Länder, die sich dem allgemeinen Trend zur Deregulierung und Liberalisierung weitgehend entzogen haben, in jeder Hinsicht positivere Ergebnisse erzielen. Statt hieraus die Konsequenzen zu ziehen und den neoliberalen Kurs zu verlassen, will die EU ihn durch weitere Deregulierungen und Marktöffnungen fortsetzen und vertiefen.«⁹

9 Vgl. Anm. 2.

Die Akzeptanzkrise des Neoliberalismus widerspiegelt sich im französischen und niederländischen »Nein« zum Verfassungsvertrag. Das demonstrierten die vielfältigen Aktionen gegen die Dienstleistungsrichtlinie. Die Krise der EU veranlasst unterschiedlichste Kräfte zu mehr Engagement für die soziale Dimension der EU. Nicht nur linke Kritiker weisen warnend darauf hin, die EU müsse scheitern, wenn sie nur als eine gigantische Freihandelszone funktioniere, in der alle öffentlichen Güter privatisiert und den Konzernen einverleibt werden. Die Linke macht deutlich, dass die EU den politischen und sozialen Menschenrechten gleichermaßen verpflichtet sein muss. Eine Verfassung muss unionsweit das Recht auf menschenwürdige und Existenz sichernde Arbeit, das Recht auf soziale Sicherheit, auf Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung gewährleisten.

Die maßgeblichen Kräfte der EU-Eliten halten indes an der neoliberalen Fixierung von Wirtschafts-, Währungs- und Beschäftigungspolitik fest. Die neoliberale Grundorientierung des Verfassungsvertrages soll beibehalten werden – möglicherweise ergänzt durch diese oder jene Garnierung, wozu Erwägungen der Bundesregierung über eine Sozialcharta gehören.

Zentrale, nicht einhellig geteilte Standpunkte der Linken sind in diesem Zusammenhang:

Erstens: Das in einem langen Zeitraum erkämpfte »europäische Sozialmodell« muss gegen die übermächtigen Interessen der Wirtschaft behauptet werden. Wirtschaftspolitik muss nachhaltige Entwicklung und Vollbeschäftigung fördern. Aus der Sicht der internationalen Euro-Memorandum-Gruppe sind hierzu eine entwicklungsfreundliche Koordinierung der Konjunktur-, Wachstums- und Strukturpolitik in einem makroökonomischen Rahmen sowie der gezielte Einsatz eines deutlich höheren EU-Haushalts nötig. Abwehr der einseitigen Wirtschaftsorientierung der EU und Übergänge zu einer anderen Wirtschafts- und Sozialpolitik bleiben eine langfristige Aufgabe.¹⁰ Breiterer Widerstand gegen die von den Interessen des Kapitals und des Binnenmarktes dominierte Arbeitsmarktpolitik ist dringlich, um den Kurs auf Flexibilisierung der Arbeitsmärkte zu durchkreuzen. Es geht um menschenwürdige und Existenz sichernde Arbeitsplätze und eine Angleichung auskömmlicher sozialer Standards. Dem Wettlauf von Lohn- und Sozialdumping zwischen den Ländern und Regionen der EU muss Einhalt geboten werden. Es geht um Schutz und Weiterentwicklung von Arbeitnehmerrechten auf dem entstehenden EU-Arbeitsmarkt, darunter um Mitbestimmungsrechte in europäischen Unternehmen. Das ist schwierig, sind doch die gewerkschaftlichen Gegebenheiten in den einzelnen Mitgliedsländern sehr unterschiedlich. Unmittelbar geht es um die Einflussnahme auf die Revision der Richtlinie über Europäische Betriebsräte. Arbeitgeberverbände wenden sich energisch gegen neue Regelungen im Bereich der Beschäftigungs- und Sozialpolitik, selbst gegen bescheidene Vorschläge, wie sie im Grünbuch der EU-Kommission »Ein modernes Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts« zu sozialer Sicherheit unterbreitet werden.¹¹ In diesem Grünbuch betont die Kommission zwar, größere Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt müsse mit größtmöglicher Sicherheit für alle verbunden werden, in der Tat aber werden flexiblere Arbeitsformen mit einem Minimum an sozialen Rechten für die Beschäftigten befürwortet.

Zweitens: Im Binnenmarkt muss ein fairer Standortwettbewerb stattfinden. Ein Steuerwettlauf nach unten darf bei aller steuerpolitischen Autonomie der Mitgliedstaaten nicht zugelassen werden. Dem sozialen Abwärtswettlauf, dem Lohn- und Steuerdumping muss durch Steuerharmonisierung, schrittweise Angleichung sozialer Rechte und Standards sowie ökologische Mindeststandards nach oben begegnet werden. Unmittelbare Aufgaben sind eine unionsweite soziale Grundsicherung und ein Mindesteinkommen für alle Bürgerinnen und Bürger einschließlich von Migrantinnen und Migranten nach bestimmten Richtwerten. Jeder hat Anspruch auf ein Grundeinkommen. Dazu müssten strenge Regeln für eine Grundsicherung verabschiedet werden.

Drittens: Die Wirtschaftslobby macht Druck, um die Verfügbarkeit öffentlicher Güter weiter abzusenken. Dazu wird die widersprüchliche Dienstleistungsrichtlinie genutzt.¹² Ständige Aufgabe bleibt: Das »öffentliche Interesse« muss gegen den Deregulierungskurs von Regierungen und Kommission verteidigt werden. Die zentralen Bereiche der Daseinsvorsorge müssen dem Profitstreben privater Konkurrenz entzogen und demokratisch organisiert werden. Der Schutz des Gemeinwohls und sozialstaatlicher Regelungen der »Daseinsfür-

10 Siehe hierzu ausführlich: EuroMemorandum-Gruppe: Eine demokratische wirtschaftspolitische Alternative zum neoliberalen Umbau Europas, Dezember 2006; www.eu.dgb.de/article/articleview/4107/1/323/ (Stand 23. 1. 2007).

11 ec.europa.eu/employment_social/labour_law/docs/2006/green_paper_de.pdf (Stand 23. 1. 2007).

12 Vgl. dazu: Die öffentliche Daseinsfürsorge – eine Angelegenheit des Marktes?, in: la gauche 3, Brüssel 2006.

sorge« (Bildung, Gesundheit, Müllabfuhr, öffentlicher Nahverkehr, Energie- und Wasserversorgung) bleibt ein entscheidendes Aktionsfeld. Die Verantwortung der Kommunen muss gewahrt bleiben. Die Verteidigung des Systems öffentlicher Banken und Sparkassen bleibt insbesondere in der Bundesrepublik eine ständige Aufgabe.

Viertens: Die Wettbewerbspolitik muss dem Marktradikalismus begegnen und die Macht der Konzerne stützen. Demokratische Kontrolle der Wirtschaft, Begrenzung der Macht der internationalen Finanzmärkte, von Banken und Finanzinstituten müssen in und mittels der Union erkämpft werden. Dazu gehört demokratische Fusionskontrolle. Wie wichtig das ist, zeigen die Konflikte um die Fusion der Stahlkonzerne Mittal und Arcelor, der Energieerzeuger Eon und Endesa sowie um die Übernahme polnischer Banken.

Fünftens: Die Zukunft der EU wird umfassendere finanzielle Solidarität erfordern, insbesondere mit Blick auf die neuen Mitglieder. Die Struktur- und Regionalpolitik muss wirksamer zu einer ausgewogenen Wirtschaftsentwicklung beitragen und gewährleisten, dass weniger entwickelte Regionen auch künftig angemessene Unterstützung finden. Eine Renationalisierung dieser Politiken würde Ansätze einer sozialen Ausgleichspolitik torpedieren. Versuchen, durch Berufung auf das Subsidiaritätsprinzip partikularistische und antisolidarische Tendenzen zu legitimieren, muss begegnet werden. Das Eigenmittelsystem der Union sollte geändert und eine verlässliche Haushaltsautonomie der EU erreicht werden. Nur so kann die EU auch über die notwendigen Mittel verfügen, um in zukunftsweisende Projekte zu investieren.

Ein weites Feld bleibt die Währungsunion. Mit der einseitig monetaristischen Konstruktion muss gebrochen, der Stabilitätspakt, der den unterschiedlichen wirtschaftlichen, budgetären und sozialen Erfordernissen nicht gerecht wird, muss korrigiert werden. Die Europäische Zentralbank (EZB) muss demokratischer Kontrolle unterliegen. Die Geldpolitik darf sich nicht nur auf Preisstabilität und Fiskalpolitik, nicht nur auf Haushaltsausgleich in Euroland konzentrieren. Eine Wirtschaftsregierung könnte im Euroland bei entsprechenden Kräftekonstellationen zu einem Gegenpol zur EZB werden. Wichtige Aufgabe bleibt die Besteuerung der Finanzspekulation und spekulativer Steuergewinne, insbesondere die Einführung einer Tobinsteuer auf Devisenhandel. Das könnte zum Ansatz einer weltweiten Regelung der internationalen Finanzmärkte werden.

Gesellschaftliche und soziale Fortschritte sind engstens mit der Wirtschaftsordnung in der EU verknüpft. Ein Verfassungsvertrag darf sich nicht einseitig auf ein wirtschaftsliberales Politikkonzept festlegen. Auch der dritte Teil des Verfassungsentwurfes eröffnet keine politischen Spielräume und müsste daher gestrichen werden. Ein Verfassungsvertrag muss demokratische Entscheidungen über unterschiedliche Richtungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik ermöglichen – auch solche, die auf Zurückdrängung von Wirtschaftsmacht zielen. Für die Linksfraktion im Bundestag muss die nähere Bestimmung der Eigentumsordnung den Mitgliedstaaten überlassen bleiben. »Die Verfügung über das Eigentum und seine Nutzung muss auch sozialen Belangen, dem Umweltschutz und anderen Erfordernissen des Gemeinwohls entsprechen. (...) Keine Bestimmung

der Verfassung oder sonstigen Gemeinschaftsrechts darf so ausgelegt werden, als schließe sie eine begrenzte und entschädigungspflichtige Überführung einzelner Wirtschaftsbereiche in nationale Formen des Gemeineigentums aus oder als erzwingen sie die Privatisierung bestehenden Gemeineigentums, öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge.«¹³

Diese Thematik bedarf weitergehender Diskussionen und Folgerungen für eine etwaige Politische Union, die für demokratische gesellschaftliche Veränderungen in einzelnen oder in mehreren Mitgliedstaaten Gestaltungsräume öffnet.

Globale Rolle: zivil

Vieles spricht dafür, dass die Union ihre Rolle als internationaler Akteur mit globalem Einfluss trotz gravierender Interessenunterschiede festigen wird. Damit werden sehr unterschiedliche Ziele und Absichten verbunden. Maßgebliche Eliten träumen von einer militärischen Weltmachtrolle, fordern dazu den Ausbau militärischer Kapazitäten, drängen auf Interventionsstreitkräfte und entsprechen damit Wünschen des militärisch-rüstungswirtschaftlichen Komplexes.

Seit Maastricht militarisiert die EU im Geleitzug mit den USA die Außen- und Sicherheitspolitik. Die friedliche Kooperation in Westeuropa wird mit geostrategischen Überlegungen verknüpft. In Konkurrenz mit anderen Machtzentren setzt die EU nicht mehr nur auf wirtschaftlichen Wettbewerb, sondern in mittelfristiger Perspektive auch auf die militärische Sicherung von Interessensphären. Unser langfristiges Ziel sollte sein, so der SPD-Vorsitzende Kurt Beck im November 2006, im Rahmen einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion Einheiten mit integrierten Kräften unter einem einheitlichen Kommando zu schaffen. Dies sei notwendig, um Europa sicherheitspolitisch handlungsfähiger zu machen.¹⁴

Intensivere militärische Zusammenarbeit zielt in einer langfristigen Perspektive auf eine gemeinsame europäische Verteidigung. Dabei spielen der Zugang zu Energieressourcen und die Sicherung der Rohstoffversorgung eine zentrale Rolle. Vor diesem Hintergrund wächst die Bereitschaft, in »Friedensmissionen« militärisch zu intervenieren und die Gebiete militärischen Engagements auszuweiten. Die Fähigkeiten zu Militärinterventionen werden gestärkt. Die Verteidigungsagentur drängt auf ständige Verbesserung der militärischen Potenziale. »Zivil«-militärische Strukturen werden ausgebaut. Welche Gestalt der Verfassungsvertrag auch annehmen sollte – an der Aufrüstungspflicht der Mitgliedstaaten soll nach Auffassung der Machteliten unbedingt festgehalten werden.

Für friedensengagierte Kräfte zeichnet sich so eine besorgniserregende Entwicklung ab. Sie finden sich mit der Militarisierung der EU nicht ab. Politische Ziele müssen mit ausschließlich friedlichen und zivilen Mitteln verfolgt werden. Die Linke fordert eine Rückbesinnung auf die friedlichen Intentionen der Römischen Verträge. Die EU müsse ziviler Akteur für Frieden und Völkerverständigung bleiben. Dazu muss der zivile Charakter der gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Union festgeschrieben werden. Unverzichtbar bleibt hierbei die Verteidigung nationaler Souveränität. Beschlüsse zu essenziellen Fragen müssen einstimmig

13 Memorandum für eine demokratische, freie, soziale und Frieden sichernde Europäische Union, a. a. O.

14 Vgl. Europa-Konferenz der SPE- (Sozialdemokratische Partei Europas) Fraktion; SPD-Pressemitteilung 593/06 v. 6. 11. 2006; siehe auch: www.spd.de/menu/1695612/ (Stand 23. 1. 2007)

gefasst werden, sollten aber künftig der Zustimmung des Europäischen Parlaments (EP) unterliegen.

Zentrale Aspekte alternativer Positionen sind: deutliche Abrüstung von konventionellen und Massenvernichtungswaffen; Maßnahmen in Richtung struktureller Nichtangriffsfähigkeit; Orientierung der Streitkräfte ausschließlich auf europäische Territorialverteidigung; defensive Verteidigung der Union; Auflösung der Battle-Groups; Umwandlung der Verteidigungsagentur in eine Agentur für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Konversion; Beendigung der EU-Militäreinsätze. Das Gewicht der EU müsse der ausschließlich zivilen Regelung internationaler und innerstaatlicher Konflikte dienen. Ein Verfassungsvertrag, der Militarisierung und Rüstung für die ehemals friedensstiftend orientierte EU zum Gebot der Politik erklärt (Artikel 41 I), darf nicht in Kraft treten, denn das wäre eine verfassungspolitische Festlegung, die einem Politikwechsel entgegensteht.

Zentrale Aufgabe: Demokratisierung

Eine umfassende Demokratisierung der EU bleibt ein zentrales Problem ihrer Zukunft. Für die Linke kann die Union dauerhafte Stabilität nur durch demokratische Legitimation erlangen. Davon ist sie jedoch weit entfernt. Willensbildung und Entscheidungsfindung im Europäischen Rat und im Ministerrat, mit Unterschieden auch in der Kommission, sind weitgehend anonym. Der Verfassungsvertrag erweitert die begrenzten Rechte des EP, insbesondere durch Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens mit qualifizierter Mehrheit.

Demokratie kann in einem so komplexen Gebilde wie der Europäischen Union nur als »Mehrebenendemokratie« funktionieren, das heißt, alle ihre Ebenen bedürfen demokratischer Legitimation und Ausgestaltung und müssen zivilgesellschaftliche Beteiligung sicherstellen. Das betrifft sowohl die Tätigkeit des EP als auch der nationalen Parlamente, der regionalen und kommunalen Vertretungen. Die Notwendigkeit einer weiteren Stärkung des EP gegenüber den anderen Organen der EU wird kaum bestritten.

Forderungen sind: volle legislative Mitentscheidungsrechte; Recht zu Gesetzesinitiativen; volles Haushaltsrecht; Mitspracherecht in allen Tätigkeitsbereichen der Union; Kontrolle des Europäischen Rates und des Ministerrates; parlamentarische Verantwortlichkeit der Kommission sowie politische und juristische Kontrolle ihres bürokratischen Apparats; echte Wahl des Präsidenten und der Kommissare der EU-Kommission; Zustimmungsverfahren auch für die Grundzüge der GASP. Anregend ist der Vorschlag, das EP künftig nach einem EU-weit einheitlichen Gesetz nach dem Verhältniswahlrecht zu wählen.

»Erforderlich sind mutige Schritte in einer Europäischen Verfassung, die zentrale Gesetzgebungskompetenz vom Rat – als Vertreter nationaler Sonderinteressen – zum Parlament – als hypothetische Vertretung Europäischer Allgemeininteressen – zu verlagern«, meint der Wissenschaftliche Beirat von Attac.¹⁵ Damit ist die Frage nach einem parlamentarischen System aufgeworfen, in dem die Gewaltenteilung ähnlich wie in den Mitgliedstaaten organisiert wird. Dieses liberal-demokratische Prinzip kann in der Union aber aufgrund der autonomen nationalstaatlichen Demokratie nicht voll umgesetzt

15 Vgl. Anm. 2.

werden. Majoritative Formen taugen nicht zur Behebung des Demokratiedefizits der EU in ihrem jetzigen Zustand. Würde dieser Weg gegangen, dann wäre mannigfache Ablehnung der Überstimmten die Folge, nicht nur in der Bevölkerung kleinerer EU-Mitgliedstaaten. So müssen die Möglichkeiten des EP letztlich begrenzt bleiben.

EU-Demokratie erfordert für einen nicht absehbaren Zeitraum eine weitaus gewichtigere Rolle der nationalen Parlamente. Diese müssen enger kooperieren, auch mit dem EP, und die jeweilige Regierungspolitik wirksamer kontrollieren sowie deren Richtungen effektiver bestimmen. Veränderungen in den nationalen politischen Kräfteverhältnissen können die EU-Politik von Regierungen und damit die Tätigkeit des Rates unmittelbar beeinflussen. Weitergehende Mitsprachemöglichkeiten regionaler und kommunaler Körperschaften – gerade hier spielt Bürgerbeteiligung eine besondere Rolle – werden nötig sein, auch wenn ein »Europa der Regionen« unter Ausklammerung der Staaten nicht Ziel sein kann.

Zivilgesellschaftliche Beteiligung und Gegenmacht

Ohne zivilgesellschaftliche Beteiligung wird es keine demokratische Europapolitik geben. Die Deregulierungspolitik der Staaten hat den Konzernen eine Machtposition verschafft, gegen die demokratische Politik immer schwieriger durchzusetzen ist. Ohne unionsweite Anstrengungen gesellschaftlicher Bewegungen und breite Reformbündnisse gegen die Macht des multinationalen Kapitals und zur Einflussnahme auf die EU-Politik ist Demokratisierung nicht erreichbar. Europäische Öffentlichkeit ist eine entscheidende Konstitutionsbedingung transnationaler Demokratie.

Diese war lange Zeit nur in engen Grenzen sowohl organisierbar als auch institutionalisierbar. Das hat sich in jüngster Zeit verändert. Dazu tragen die Europäischen Sozialforen, Attac und andere sozialkritische Bewegungen, das Forum der europäischen Zivilgesellschaft sowie andere Netzwerke bei. Mit den Europäischen Sozialforen entstand ein öffentlicher Raum für Organisationen und soziale Bewegungen. Bislang hauptsächlich national geprägte Debatten bekommen einen europaweiten Bezug. Engagement für Bürgerbeteiligung an Entscheidungen der EU und deren Umsetzung wird vielfältiger. Dabei geht es *erstens* um partizipative Demokratie. *Zweitens* wären regelmäßige Konsultationen in den Mitgliedstaaten zu politischen Fragen von europäischem Belang, auch in Ad-hoc-Foren, ein Fortschritt. Wünschenswert wären *drittens* über das Europäische Sozialforum hinausgehende gesellschaftliche Repräsentationen. Der Vorschlag des französischen Soziologen Pierre Bourdieu für Generalstände der sozialen Bewegungen Europas bleibt eine wichtige Anregung. *Viertens* geht es um direktdemokratische Möglichkeiten, so um Volksbegehren und Volksabstimmungen über Grundfragen der EU-Politik. Sie müssen in allen EU-Ländern möglich werden.

Für die Einmischung der Völker gibt es nach dem französischen und niederländischen »Nein« zum Verfassungsvertrag ein »Fenster der Gelegenheit«. Zweifellos ist Gegenmacht nötig gegen Absichten, die Substanz des gescheiterten Verfassungsvertrages bis 2009 trotz aller Widerstände unter Dach und Fach zu bringen. Die Fortsetzung des alten Kurses ohne Beteiligung der Bürgerinnen und Bür-

ger führt aber in die Irre. Warnend wird geäußert: Wer dies versuche, verspiele noch mehr Vertrauen und könne die Union schwerlich aus der Sackgasse führen.

Daher ist es überaus wichtig, dass vielfältige Bewegungen und Kräfte in den EU-Staaten und darüber hinaus Konzepte und Projekte für den weiteren Weg der EU zur Diskussion stellen. Dabei dürfte die ›Prinzipiencharta für Europa‹ des Europäischen Sozialforums besonderes Gewicht haben.

Eine Verfassung muss letztlich von einer konstituierenden Versammlung verabschiedet werden. Das benötigt einen demokratischen konstitutionellen Prozess. Die Linke versichert, ein alternativer Verfassungsvertrag müsse demokratisch, unter Beachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der souveränen Gleichheit der Staaten zustande kommen. In den »Programmatischen Eckpunkten auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland« wird eine aus zwei Kammern bestehende verfassungsgebende Versammlung angeregt.¹⁶ Die eine Kammer könnte das 2009 zu wählende Europäische Parlament bilden. Die andere bestünde aus Vertretern der Regierungen und der Parlamente der Mitgliedstaaten nach dem Prinzip der Gleichheit der Staaten. Zudem müsse die breite Teilnahme der Öffentlichkeit gesichert werden.

Mit der Orientierung auf einen neuen Verfassungsvertrag zeichnet sich eine Hauptrichtung demokratischen Handelns ab. Es wird nicht leicht sein, diese Orientierung mit vielen anderen unionsweiten, nationalen, regionalen und kommunalen Aktionsfeldern in der Europäischen Union zu verknüpfen.

16 www.sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/protokolle/programm/view_html?zid=31907&bs=1&n=1 (Stand 23. 1. 2007)

ANDREAS HEYER

Ursprung und Gehalt des Utopie- begriffs von Karl Mannheim

1929 veröffentlichte Karl Mannheim seine Studie *Ideologie und Utopie*, deren mittlerweile achte deutsche Auflage vorliegt.¹ Er steht mit dieser Arbeit in der Tradition Peter Kropotkins und Gustav Landauers, wendete deren sozialistisches Anliegen jedoch ins Konservative. Ist Mannheims Annäherung an die Utopiethematik an zentralen Stellen von Landauers Theorien abhängig, so modifizierte er dennoch dessen entscheidende Prämisse: Er brach mit dem Soziologieverdikt Landauers. Dieser hatte noch ausgeführt, dass Soziologie als Wissenschaft nicht möglich sei und keinen analytischen Nutzen bei der Erklärung von Geschichte und historischen Prozessen besitze.² Mannheim selbst verstand sein Werk dagegen als Beitrag der Wissenschaftsdisziplin Soziologie zur Utopieforschung. Darüber hinaus ging es ihm gerade auch um die Begründung der Notwendigkeit soziologischer Forschung. Damit steht er am Anfang einer prominenten Reihe von soziologischen Utopieforschern, die von Hans Freyer³ über Arnheim Neusüss⁴ bis hin zu Lothar Bossle⁵ reicht.

I. Gustav Landauers Utopiebegriff zwischen Revolution und Sozialismus

Kropotkin und Landauer hatten, wie Martin Buber in seiner Darstellung des utopischen Sozialismus *Pfade in Utopie* thematisiert, aufbauend auf den sozialistischen Utopien des 18. und 19. Jahrhunderts und daneben auf den Werken Pierre-Joseph Proudhons die Konzeption eines Anarchismus entwickelt, der sich von den radikalen Ideen Max Stirners (*Der Einzige und sein Eigentum*) dadurch unterscheidet, dass er durch den Sozialismus gedrosselt werde. Dieser wiederum meine nicht den aus dem Kapitalismus durch Revolution hervorgehenden Sozialismus, oder metaphysischer: den »Sprung vom Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit« (Engels), sondern einen Sozialismus auf föderativer Grundlage.⁶ In letzter Konsequenz bedeutet dies, wie Landauer formulierte, eine »Gesellschaft der Gesellschaften«. Vereint durch gemeinsame Interessen und auf sozialistischer Grundlage sollten sich die Menschen zusammenschließen und Kommunen bzw. Genossenschaften gründen. Die kleinen sozialen Einheiten könnten einen solchen Grad an Kooperation erreichen, dass die oberste dieser Gesellschaften den Staat als hierarchische Struktureinheit zu ersetzen vermag.⁷

Von zentralem Einfluss auf das Werk Mannheims war vor allem Landauers 1907 erschienenes Buch *Die Revolution*. Im Rahmen der Annäherung an die Thematisierung der Revolution kam Landauer zu

Andreas Heyer – Jg. 1974, Dr. phil., Politikwissenschaftler am Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Publikationen u. a.: *Die Utopie steht links! Ein Essay* (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 26), Berlin 2006. Zuletzt in UTOPIE kreativ: *Die Last der Verschwörung – Gracchus Babeufs Theorie der Freiheit und Gleichheit*, Heft 195 (Januar 2007).

1 Zitiert wird nach Karl Mannheim: *Ideologie und Utopie*, 8. Auflage, Frankfurt am Main, 1995. Zu Mannheims Utopiebegriff vgl. auch ders.: *Utopia*, in: Arnheim Neusüss (Hrsg.): *Utopie, Begriff und Phänomen des Utopischen*, 3. überarbeitete und erweiterte Auflage, Frankfurt am Main u. a. 1986.

2 Gustav Landauer: *Die Revolution*, Berlin 1974, S. 7-9.

3 Hans Freyer: Das Problem der Utopie, in: Deutsche Rundschau, 46. Jg., Bd. 183, April-Juni 1920, S. 321-345; ders.: Die politische Insel. Eine Geschichte der Utopien von Platon bis zur Gegenwart, Leipzig 1936. Daneben sind für eine Rekonstruktion des Utopieverständnisses von Freyer dessen weitere Werke immer auch zu berücksichtigen.

4 Arnhelm Neusüss: Schwierigkeiten einer Soziologie des utopischen Denkens, in: ders.: Utopie, a. a. O., S. 13-119. Das Werk erschien zuerst 1968.

5 Lothar Bossle: Zur Soziologie utopischen Denkens in Europa. Von Thomas Morus zu Ernst Bloch, 2. Auflage, Paderborn 1993. Das Werk erschien zuerst 1987.

6 Martin Buber: Der utopische Sozialismus, Köln, 1967, S. 81-99, Harry Pross: Lob der Anarchie. Essays über Albert Camus, Gustav Landauer, Martin Buber, B. Traven, Erich Mühsam, Leo Tolstoi, Berlin 2003. Der Band bietet einen guten Einblick zu den genannten Persönlichkeiten.

7 Gustav Landauer: Die Revolution, a. a. O., S. 115-117.

8 Vgl. Richard Saage: Utopische Profile, Band IV: Widersprüche und Synthesen des 20. Jahrhunderts, Münster 2004, S. 388-411.

9 Gustav Landauer: Die Revolution, a. a. O., S. 13.

10 Arnhelm Neusüss: Schwierigkeiten, a. a. O., S. 14-33; Burghart Schmidt:

seinem Paradigma des »intentionalen Utopiebegriffs« (Saage), der die Geschichte der politischen Utopien und ihre Erforschung im 20. Jahrhundert an zentralen Stellen geprägt hat.⁸ Intentional ist Landauers Utopiebegriff, weil er von der individuellen Handlungsmotivation ausgeht, die vor allem die Phase der Revolution prägt. Die Utopie ist in diesem Sinne »ein Gemenge individueller Bestrebungen und Willenstendenzen«.⁹ Mannheim, Ernst Bloch, Martin Buber und Max Horkheimer übernahmen dieses intentionale Utopieverständnis Landauers und entwickelten es – jeweils unter anders akzentuierten Änderungen – weiter.¹⁰

Bei Landauer erscheint die Utopie als Teil der Revolution. Exakter meint dies, wie er in *Die Revolution* ausgeführt hat, dass der Zugriff auf Utopie und Revolution nur durch eine Beschäftigung mit der Geschichte erfolgen könne. Dafür sei es allerdings notwendig, »zunächst diese ganze blöde Einteilung der sogenannten Weltgeschichte in Altertum, Mittelalter und Neuzeit fortzuräumen«. Denn die Geschichte der Neuzeit dürfe gerade nicht so differenziert werden, dass sie bereits sprachlich einen teleologischen oder kausalen Zug erhalte. Erst durch eine Neudefinition der Begriffe könne sichergestellt werden, dass »jeder Blick in die Vergangenheit oder Gegenwart menschlicher Gruppierungen ein Tun und Bauen in die Zukunft hinein« wird.¹¹

Analog zu dieser Differenzierung führte Landauer dann die beiden Begriffe Topie und Utopie ein. Die Topie ist der »Zustand relativer Stabilität«, also jener Zustand, der tatsächlich existent ist und durch Autorität eben diese Stabilität herstellen kann. Die Topie bezeichnet daher das »Mitleben« der Menschen mit über ihnen stehenden Organisationsformen. »Dies allgemeine und umfassende Gemenge des Mitlebens im Zustand relativer Stabilität nennen wir: die Topie. Die Topie schafft allen Wohlstand, alle Sättigung und allen Hunger, alle Behausung und alle Obdachlosigkeit; die Topie ordnet alle Angelegenheiten des Miteinanderlebens der Menschen, führt Kriege nach Außen, exportiert und importiert, verschließt oder öffnet die Grenzen; die Topie bildet den Geist und die Dummheit aus, gewöhnt an Anstand und Lasterhaftigkeit, schafft Glück und Unglück, Zufriedenheit und Unzufriedenheit; die Topie greift auch mit starker Hand in die Gebiete ein, die ihr nicht angehören: das Privatleben des Individuums und die Familie. Die Grenzen zwischen Individualleben und Familiendasein einerseits, der Topie andererseits sind schwankend.«¹² Allerdings vermag die Topie die Stabilität, die sie autoritär und gleichsam von »oben« herab herstellt, nicht dauerhaft zu garantieren. Dadurch gerät sie über kurz oder lang mit der Freiheit und der Individualität der Menschen in Widerspruch (»Labiles Gleichgewicht«). Äußerung dieser Individualität ist die Utopie, die gegen die jeweilige Topie gerichtet ist. »Diese Änderungen der Bestandsicherheit der Topie werden erzeugt durch die Utopie. Die Utopie gehört von Haus aus nicht dem Bereich des Mitlebens, sondern des Individuallebens an. Unter Utopie verstehen wir ein Gemenge individueller Bestrebungen und Willenstendenzen, die immer heterogen und einzeln vorhanden sind, aber in einem Moment der Krise sich durch die Form des begeisterten Rausches zu einer Gesamtheit und zu einer Mitlebensform vereinigen und organisieren: zu der Tendenz

nämlich, eine tadellos funktionierende Topie zu gestalten, die keinerlei Schädlichkeiten und Ungerechtigkeiten mehr in sich schließt.«¹³

Die Utopie stellt sich den Anspruch, eine neue Topie zu gestalten, welche die Fehler der gegenwärtigen ausschließt und dadurch »keinerlei Schädlichkeiten und Ungerechtigkeiten« mehr enthält. Sie wird zur neuen Topie und ist dadurch der gleichen Entwicklung ausgesetzt wie die von ihr bekämpfte Topie: Sie wird ebenfalls früher oder später mit der menschlichen Individualität in Konflikt geraten und eine neue Utopie provozieren, die sie potentiell ablösen wird. »Die Utopie ist also die zu ihrer Reinheit destillierte Gesamtheit von Bestrebungen, die in keinem Fall zu ihrem Ziele führen, sondern immer zu einer neuen Topie.« Dieser Prozess wird von Landauer als »Erstes Gesetz« bezeichnet. Hinzu tritt noch der Doppelcharakter der Utopie, was ihren Ursprung angeht: Erstens ist sie immer Reaktion auf eine Topie (und damit Zeitkritik) und zweitens enthält sie die bisherigen Utopien zumindest partiell. Auch ist die Utopie nicht national oder staatlich gebunden,¹⁴ sondern immer universell orientiert: »sie will den idealen Zustand für die ganze Menschheit.«¹⁵

Topien und Utopien gehen aber nicht nahtlos ineinander über. Zwischen ihnen liegt eine Phase, »während der die alte Topie nicht mehr, die neue noch nicht besteht«. Dies ist nach Landauer die Revolution. Ihr kommt daher die Fähigkeit zu, die Utopie zur Topie zu transformieren und dabei die alte Topie zu zerstören. Im Zuge der Revolution werden entscheidende Elemente der Utopie in der neuen Topie aufgehoben. Hier ist meines Erachtens auch der Grund für die Differenzierung Landauers zwischen Topie und Utopie zu suchen: In der Rechtfertigung der Revolution, da diese durch ihre Transformationsfunktion enorm aufgewertet wird. Des Weiteren prägen auch die »praktischen Erfordernisse aus der Revolution« die neue Topie. Die Revolution selektiert und determiniert, was von der Utopie in die Topie überführt wird. Daher, so Landauer weiter, ist die Revolution keine Grenze, sondern vielmehr ein Prinzip (Francois Furet), welches über die Zeiträume und damit über die Topien hinaus immer wirksam bleibt.¹⁶

Erwähnt werden muss noch, dass das Topie-Utopie-Schema Landauers nicht auf die einzelnen Ereignisse der europäischen Geschichte (z. B. die französische Revolution) angewendet werden kann, da Landauer davon ausgeht, dass die ganze neuere europäische Geschichte als Zustand der Revolution zu erklären ist. Die letzte stabile Topie sei das genossenschaftlich geprägte Mittelalter gewesen, so Landauer in enger Anlehnung an Kropotkin. Die neuere Geschichte, wie er sie auch in der 1919 erschienenen überarbeiteten Fassung von *Aufruf zum Sozialismus* behandelte, ist der Übergang in eine neue Topie.¹⁷ 1907 sprach er von »einer kleinen Pause« dieser gewaltigen Revolution. Noch einmal wird damit die Offenheit der Geschichte bei Landauer deutlich: »Es gibt für uns nur Weg, nur Zukunft.« Die europäische Geschichte als permanente Revolution »ist Weg und will nichts anderes sein als Wegbereitung, kann auch nichts anderes sein.«¹⁸

II. Mannheims Definition von Utopie und Ideologie

Der Ansatz Mannheims ist nur zu verstehen, wenn seine grundlegende Prämisse vergegenwärtigt wird: Es gibt keine Objektivität.

Kritik der reinen Utopie. Eine sozialphilosophische Untersuchung, Stuttgart, 1988, S. 79-85.

11 Zitate nach Gustav Landauer: Die Revolution, a. a. O., S. 29, S. 9.

12 Ebenda, S. 12.

13 Ebenda, S. 12 f.

14 Diese These vertraten u. a. Gerhard Ritter: Machtstaat und Utopie. Vom Streit um die Dämonie der Macht seit Machiavelli und Morus, 2. Auflage, München, Berlin 1941; Hans Freyer: Die politische Insel, a. a. O. und Georg Quabbe: Das letzte Reich. Wandel und Wesen der Utopie, Leipzig 1933.

15 Zitate des Abschnitts, soweit nicht anders gekennzeichnet, nach Gustav Landauer: Die Revolution, a. a. O., S. 15-17.

16 Zitate des Abschnitts nach ebenda, S. 14-18.

17 Gustav Landauer: Aufruf zum Sozialismus, 2., überarbeitete und ergänzte Auflage, o. O. 1919.

18 Ders.: Die Revolution, a. a. O., 1974, S. 24-28.

19 Karl Mannheim:
Ideologie und Utopie,
a. a. O., S. 42.

20 Ebenda, vgl. auch
S. 43 f.

21 Vgl. ebenda, S. 186 f.

22 Vgl. Ferdinand Seibt:
Utopica. Zukunftsvisionen
aus der Vergangenheit,
aktualisierte Neuausgabe,
Düsseldorf 2001; Andreas
Heyer: Materialien zum poli-
tischen Denken Diderots.
Eine Werksmonographie,
Hamburg 2004.

23 Karl Mannheim:
Ideologie und Utopie,
a. a. O., S. 193 f.

24 Zur Auseinanderset-
zung mit Mannheim an
diesem Punkt vgl. Andreas
Heyer: Materialien, a. a. O.

Mannheim bekennt sich in *Ideologie und Utopie* zur Subjektivität, vor allem auf wissenschaftlicher Ebene. »Um soziologisch arbeiten zu können, muss man am Sozialprozess teilnehmen.«¹⁹ Und weiter heißt es: »Aber diese Teilnahme am kollektiv-unbewussten Wollen meint keineswegs, dass die daran teilnehmenden Personen die Fakten verfälschen oder sie ungenau sehen. Im Gegenteil ist vielmehr die Teilnahme am lebendigen Zusammenhang der Gesellschaft eine Voraussetzung, um die innere Natur dieses lebendigen Zusammenhanges zu verstehen. Die Art, wie einer partizipiert, bestimmt, wie er seine Probleme formuliert. Die Nichtbeachtung der qualitativen Elemente und die Unterdrückung des Willensmoments konstituiert nicht etwa Objektivität, sondern negiert die wesentliche Qualität des Objekts.«²⁰ Nur derjenige, der die Gegenwart prägt und mitbestimmt, sei aufgrund dieses subjektiven Erlebens in der Lage, den Aufbau eben dieser Gegenwart zu erklären. Nach einer solchen Feststellung müsste Mannheim eigentlich zum Ausschluss der Historie aus den Wissenschaften kommen.²¹ Denn alles, was Geschichte geworden ist, kann nicht mehr teilnehmend erlebt werden. Der Soziologe wäre damit völlig abhängig von seiner Gegenwart, er wäre ein Teil von ihr und dürfte noch nicht einmal seine Kriterien und Maßstäbe außerhalb seiner jeweiligen Gegenwart ableiten. Mannheim zog diese Folgerungen jedoch nicht. Ganz im Gegenteil hat er mit *Ideologie und Utopie* ein Werk vorgelegt, welches keinen geringeren Anspruch hat, als den der Erklärung der europäischen Neuzeit.

Ausgehend von der Prämisse, dass alles Denken subjektiv und zusätzlich noch politisch motiviert ist, kommt Mannheim zu der weiteren These, dass es kein individuelles Denken gibt, sondern nur Gruppeninteressen und Gruppendenken (Gruppe, Klasse, Milieu, Stand etc.). Jedes Ereignis (Buch, Kultur, Revolution etc.) der Geschichte habe ganz bestimmte Trägerschichten. An erster Stelle stand das ganzheitlich-geschlossene Weltbild der Kirche. Dieses wurde jedoch, so Mannheim weiter, mit der Zeit brüchig. Die Gründe hierfür lägen im Skeptizismus, in den Naturwissenschaften und in der Ratio, die zum »aufgeklärten Absolutismus« führten.²² Damit sei aber bereits die Kehrseite dieser Entwicklung benannt: Die Ausprägung der Individualität, der Leidenschaften und des Gefühls. Also genau jene Punkte, die verschiedene Vertreter der Aufklärung selbst gegen die rationalistische Variante der Aufklärung, gegen den »esprit de système« (Voltaire) vorgebracht hatten. Individualität ist nach Mannheim das Grundproblem der Gesellschaft seiner Zeit, da gerade jene Individualität dazu neige, sich in politischen Auseinandersetzungen zu entladen. Damit wird nun auch deutlich, dass die von Mannheim eingeforderte Subjektivität nicht eine individuelle Subjektivität meint, sondern eine Gruppensubjektivität ist. Genau an dieser Stelle wird seine Argumentation jedoch wissenschaftlich problematisch. Denn wenn jede Äußerung aus einem zu konstruierenden sozialen Raum heraus automatisch Ausdruck eines bestimmten Gruppeninteresses ist, dann stellt sich in aller Deutlichkeit die Frage, wem was zuzuordnen ist. So wird bei Mannheim aufgrund dieser Probleme Condorcet einseitigst zum Girondisten erklärt.²³ Aber, und diese Frage muss gestellt werden, für welche Gruppe bzw. als Ausdruck welcher Gruppe schrieb dann etwa der Kleriker Sieyes seinen *Dritten Stand* oder der Militarist Friedrich II. seinen *Anti-Machiavel*?²⁴

Geordnet wird das historische Material von Mannheim durch die beiden Begriffe Ideologie und Utopie. Bei der Definition wie bei der Verwendung der Begrifflichkeiten wird noch einmal deutlich, wie stark Mannheim an Landauers Werken rezipierte. Beide Begriffe sind abhängig von den jeweiligen historischen Konflikten. Ideologie meint nach Mannheim eine ganzheitliche Weltsicht, die dazu führt, dass bestimmte Teile der »Realität« nicht mehr gesehen werden. Ideologie sei immer der Ausdruck der Legitimationsstrategien der herrschenden Gruppe. Hinzu trete innerhalb der historischen Entwicklung, dass die Ideologie sich insofern verändere, als es ihr in Mannheims Gegenwart auch darum gehe, den jeweiligen politischen Gegner zu vernichten. Sie bleibe nicht bei der eigenen Standortbestimmung stehen.²⁵ Utopie sei dagegen das Denken der unterdrückten Gruppen, die »so stark an der Zerstörung und Umformung einer gegebenen Gesellschaft interessiert sind, dass sie unwissentlich nur jene Elemente der Situation sehen, die diese zu negieren suchen.«²⁶ Von »wirklicher Utopie« kann nach Mannheim erst dann gesprochen werden, wenn es der die Utopie tragenden Schicht gelingt, die Herrschaft zu übernehmen bzw. zumindest die »Realität« an zentralen Stellen zu verändern. »Der Begriff der Ideologie reflektierte die dem politischen Konflikt verdankte Entdeckung, dass herrschende Gruppen in ihrem Denken so intensiv mit ihren Interessen an eine Situation gebunden sein können, dass sie schließlich die Fähigkeit verlieren, bestimmte Tatsachen zu sehen, die sie in ihren Herrschaftsbewusstsein verstören könnten. In dem Wort Ideologie ist implizit die Einsicht enthalten, dass in bestimmten Situationen das kollektive Unbewusste bestimmter Gruppen sowohl diesen selbst wie anderen die wirkliche Lage der Gesellschaft verdunkelt und damit stabilisierend wirkt. Im Begriff des utopischen Denkens spiegelt sich die entgegengesetzte Entdeckung wider, die gleichfalls dem politischen Konflikt verdankt ist, dass nämlich bestimmte unterdrückte Gruppen geistig so stark an der Zerstörung und Umformung einer gegebenen Gesellschaft interessiert sind, dass sie unwissentlich nur jene Elemente der Situation sehen, die diese zu negieren suchen. Ihr Denken ist nicht fähig, einen bestehenden Zustand der Gesellschaft korrekt zu erkennen; sie befassen sich keineswegs mit dem, was wirklich existiert, suchen vielmehr in ihrem Denken bereits die Veränderung des Bestehenden vorwegzunehmen. Ihr Denken zielt nie auf eine Situationsdiagnose ab; es kann nur als eine Anweisung zum Handeln benutzt werden.«²⁷ Hier klingt jene These durch, die sich bei Thomas Hobbes und Carl Schmitt findet: dass der Souverän so lange Souverän ist, wie er seine Herrschaft behaupten kann. Nicht zuletzt aus diesem Grund wurde Mannheims Ideologie-Begriff von der kritischen »Linken« hinterfragt und zurückgewiesen. Genannt seien hier nur die Aufsätze Theodor W. Adornos²⁸ und Max Horkheimers²⁹.

Ideologie ist damit Herrscherphilosophie, Utopie ist Oppositionspolitik. Die Begriffe entsprechen der Unterscheidung Landauers in Topie und Utopie.³⁰ Utopien werden nicht mehr als geistige Produkte wahrgenommen³¹, als alternative Staats- und Gesellschaftsentwürfe mit normativer Funktion³², als Staatsromane³³ oder soziale Gegenentwürfe³⁴, sondern als »geschichtliche Triebkräfte«. Wenn Utopien

25 Fast zeitgleich findet sich diese These auch bei Max Horkheimer: Anfänge der bürgerlichen Geschichtsphilosophie. Hegel und das Problem der Metaphysik. Montaigne und die Funktion der Skepsis. Mit einer Einleitung von Alfred Schmidt, Frankfurt am Main, Hamburg, 1971, S. 31-56.

26 Karl Mannheim: Ideologie und Utopie, a. a. O., S. 36.

27 Ebenda.

28 Theodor W. Adorno: Beitrag zur Ideologienlehre, in: Ders.: Soziologische Schriften I, hrsg. v. Rolf Tiedemann, Frankfurt am Main 1979, vor allem S. 472-476.

29 Max Horkheimer: Ein neuer Ideologiebegriff?, in: Ders.: Gesammelte Schriften, Band 2: Philosophische Frühschriften, hrsg. v. Gunzelin Schmid Noerr, Frankfurt am Main 1987, S. 271-294.

30 Vgl. Karl Mannheim: Ideologie und Utopie, a. a. O., S. 170.

31 Exemplarisch sei auf den Ansatz von Oncken verwiesen: Hermann Oncken: Die Utopia des Thomas Morus und das Machtproblem in der Staatslehre, Hei-

delberg, 1922; ders.: Einleitung, in: Thomas Morus: Utopia. Übersetzt von Gerhard Ritter. Mit einer Einleitung von Hermann Oncken, Berlin 1922, S. 5-45.

32 So z. B. bei Hans Girsberger: Der utopische Sozialismus des 18. Jahrhunderts und seine philosophischen und materiellen Grundlagen, Leipzig 1924; Richard Saage: Utopische Profile, Band I: Renaissance und Reformation, Münster 2001; Andreas Heyer: Materialien, a. a. O., S. 231-250.

33 Der Begriff des »Staatsromans« geht auf Robert von Mohl zurück, der ihn 1845 in die wissenschaftliche Diskussion einführte (Robert von Mohl: Die Staatsromane, in: ders.: Die Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften. In Monographien dargestellt, 3 Bd., Heidelberg, 1855-1858, Nachdruck Graz, 1960, Bd. I, S. 167-214). Zwar wurde er bereits einige Jahre später sowohl vom wissenschaftlichen als auch vom publizistisch-parteilichen Standpunkt aus kritisiert, z. B. von Friedrich Kleinwächter: Die Staatsromane. Ein Beitrag zur Lehre vom Communismus und Socialismus, Wien 1891, S. 3-7, Arthur von Kirchenheim (anonym): Schlaraffia politica. Geschichte der Dichtungen vom besten Staate, Leipzig, 1892, S. 2-6. Dennoch ist aber festzustellen, dass er gleichzeitig immer wieder auch reaktiviert wurde, z. B. von Hans Ulrich Seeber: Die Selbstkritik der Utopie in der angloamerikanischen Literatur, Münster u. a. 2003, S. 17-21.

34 Vor allem Andreas Voigt, der den Begriff der

für gesellschaftliche Umwälzungen verantwortlich gemacht werden (bei Landauer Revolutionen), dann ist damit immer ein Urteil verbunden. Entwickelte Landauer diese Einschätzung noch, um Utopien und Revolutionen gleichermaßen aufzuwerten, so steht bei Mannheim die kritisierende bzw. diskreditierende Absicht im Vordergrund. Diese Position hat verschiedene Texte der Utopiekritik der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts beeinflusst. Zu erwähnen sind unter anderem die Werke von Karl Raimund Popper, Friedemann Richert oder Joachim Fest. Aber auch in Ansätzen, in denen der utopische Diskurs positiv bewertet wird, sind Spuren dieser Thesen nachzuweisen, so bei Iring Fetscher oder Arnhelm Neusüss.³⁵

Über seine bisherigen Ausführungen hinausgehend, hat Mannheim den Begriff der Utopie weiter umrissen und versucht, die Materie exakter zu definieren. Folgende Punkte sind nach ihm für den utopischen Diskurs charakteristisch:³⁶

»Utopisch ist ein Bewusstsein, das sich mit dem es umgebenden ›Sein‹ nicht in Deckung befindet.«

Träger der Utopie ist nicht das Individuum, sondern eine Gruppe. Utopisch ist nur jene Geisteshaltung, die ins Handeln übergeht und dabei »die jeweils bestehende Seinsordnung teilweise oder ganz sprengt«.

Menschengruppen transferieren vorgegebene Ideen in Handeln, die Ideologie wird zur Utopie.

Utopie ist immer Reaktion, »Kampf gegen das Bestehende«.

Utopien sind seinstranszendent, da sie dem Handeln die Möglichkeit geben, sich an Elementen (Normen) zu orientieren, die die jeweilige Seinsordnung noch nicht enthält.

Die Vertreter der vorhandenen Seinsordnung bezeichnen als Utopie alles, was sich von ihrem Standpunkt aus nicht verwirklichen lässt.

Mannheim wendet sich aber (unter Verweis auf Lamartine) dagegen, dass Utopien nicht umsetzbar sind. Nur so kann er seine These aufrechterhalten, dass es möglich sein muss, dass »die Utopien von heute zu den Wirklichkeiten von morgen werden können.«

»Das Kriterium für Ideologie und Utopie ist die Verwirklichung. Ideen, von denen es sich nachträglich herausstellte, dass sie über einer gewordenen oder aufstrebenden Lebensordnung nur als verdeckende Vorstellungen schwebten, waren Ideologien; was von ihnen in der nächsten gewordenen Lebensordnung adäquat verwirklicht wurde, war relative Utopie.«

Utopie ist immer relativ, da jede bereits seiende Stufe ein eigenes utopisches Gegenbild besitzt, welches nach Anerkennung strebt.

Das Verhältnis zwischen Sein und Utopie (Landauer: Topie und Utopie) ist daher dialektisch (Droysen).

Bestimmbar ist der Begriff der Utopie nur auf der Basis des Idealtypenbegriffs von Max Weber.

III. Zum Verhältnis von Utopie und Geschichte

Innerhalb der neuzeitlichen europäischen Geschichte sieht Mannheim insgesamt vier Bewegungen, die im Sinne der oben genannten Kriterien als Utopien gelten können. Er nennt den »orgiastischen Chiliasmus der Wiedertäufer, die liberal-humanitäre Idee, die konservative Idee, die sozialistisch-kommunistische Utopie«. Mannheim

weist darauf hin, dass er diese vier »Gestalten des utopischen Bewusstseins« als Idealtypen im Sinne Max Webers verwendet.³⁷ Dabei geht er von der Prämisse aus, dass diese Utopien historisch nacheinander auftraten, die Werke enthalten daher verschiedene Elemente ihrer jeweiligen Vorgänger. Hinzu trete, dass sich dieser prozessuale Charakter des utopischen Denkens auch darin äußere, dass die Utopien, analog zu den Ideologien, einander bekämpfen.³⁸

1. Der orgiastische Chiliasmus der Wiedertäufer ist nach Mannheim die »extremste Gestalt des utopischen Bewusstseins«.³⁹ Der historisch bestimmbare Moment des Zusammenfalls von chiliastischem Gedankengut und dem »aktiven Wollen unterdrückter Schichten« sei der entscheidende Punkt der europäischen Neuzeit gewesen.⁴⁰ Durch diesen Zusammenfall offenbarte das chiliastische Denken seinen utopischen Charakter, da es nun auf innerweltliche Umsetzung drängte. Vollzogen habe sich dieser Wechsel vom reinen Denken zum utopischen Bewusstsein innerhalb des Wandels der chiliastischen Lehre von Fiore hin zu Münzer. Der Chiliasmus, bei Landauer noch Auftakt der Epoche der europäischen Revolution, wird von Mannheim dadurch, dass er isoliert betrachtet wird, als Anstoß für ein »konservatives Resignationserlebnis« interpretiert, das sich einerseits durch sein Scheitern und andererseits durch die Gegenreaktion eingestellt habe. Wichtig im Zusammenhang unseres Themas ist, dass Mannheim den säkularen Kern des chiliastischen Handelns betonte.⁴¹ Allerdings hielt sich diese Position innerhalb der Tradition des »intentionalen« Utopiebegriffs nicht lange durch, da bereits Ernst Bloch⁴² hinter sie zurückfiel.⁴³

2. Die liberal-humanitäre Idee ist bei Mannheim die »zweite Gestalt des utopischen Bewusstseins«. Auch sie sei in der Auseinandersetzung mit dem Bestehenden entstanden, habe allerdings nicht auf direkte Verwirklichung gedrängt, sondern vielmehr versucht, der empirischen Realität ein rationales Gegenbild zu konfrontieren. Die liberal-humanitäre Idee hätte sich damit auf die Funktion als »bloßes Regulativ« zurückgezogen. Repräsentiert werde durch diese Phase jene Epoche, die mit dem Begriff Aufklärung bezeichnet wird. Nach Mannheim ist sie dadurch gekennzeichnet, dass sie sich einerseits mit dem Chiliasmus auseinandersetzen musste und andererseits mit der durch die Alternative kritisierten Gegenwart. Getragen werde sie vom Bürgertum und von der Schicht der Intelligenz.⁴⁴ Gegen Mannheims Begriffsbildung und Geschichtsstrukturierung kann an dieser Stelle eingewendet werden, dass es sich hierbei dann ja gerade nicht um eine Utopie handeln kann, da die Trägerschichten dieses utopischen Bewusstseins nicht den revolutionär-handelnden Anspruch des »dritten Standes« während der französischen Revolution teilen.

3. Mannheim kann allerdings auch nicht von diesem Fall ausgehen, da von ihm die konservative Idee als nächste »Gestalt des utopischen Bewusstseins« erfasst wird und auch diese Utopie auf die gesellschaftliche Mittelschicht als Trägerschicht zurückgreife. »Auch wurde die nächste Gestalt der Utopie nicht von der sozial tiefsten Schicht getragen, sondern von einer in bewusster Selbstzucht sich bändigenden Mittelschicht, die Kultiviertheit und Ethik zunächst als eine Selbstlegitimierung (dem Adel gegenüber) erlebte und die Ergebnisbasis unversehens vom ekstatischen Zentrum ins Bildungser-

»sozialen Utopie« in die Diskussion einführte. Andreas Voigt: Die sozialen Utopien. Fünf Vorträge, Leipzig 1906, z. B. S. III, S. 1, S. 19.

35 Exemplarisch Karl Raimund Popper: Utopie und Gewalt, in: ders.: Vermutungen und Widerlegungen. Teilband II: Widerlegungen, Tübingen 1997, S. 515-527; Friedemann Richert: Der endlose Weg der Utopie. Eine kritische Untersuchung zur Geschichte, Konzeption und Zukunftsperspektive utopischen Denkens, Darmstadt, 2001, z. B. S. 159-193, Joachim Fest: Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters, Berlin 1991 passim; Iring Fetscher: Ende der Utopien?, in: Helmu Liedet; Jean-Paul Lehnert (Hrsg.): Sozialismus – das Ende einer Utopie?, Luxembourg 1994, S. 16-18; Arnheim Neusüss: Schwierigkeiten, a. a. O., S. 23-27.

36 Angaben und Zitate zusammengestellt nach Karl Mannheim: Ideologie und Utopie, a. a. O., S. 169-178, S. 182-184, S. 191.

37 Vgl. Max Weber: Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: ders.: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen, 1988, S. 146-214.

38 Karl Mannheim: Ideologie und Utopie, a. a. O., S. 185, S. 181. So auch schon Arthur von Kirchheim: Schlaraffia politica.

39 »Was der Chiliast erwartet, ist diese Vereinigung mit dem Jetzt; deshalb füllen nicht optimistische

Zukunftshoffnung und romantische Erinnerung seine alltägliche Zeit aus, sondern es handelt sich hier um ein Harren, um ein Auf-dem-Sprung-Sein, weshalb sich auch die sonstige Zeit für ihn nicht differenziert. Das tausendjährige Reich ist vor ihm nicht eigentlich gemeint, das Wichtige für ihn ist, dass es hier sei und jetzt sei und aus dem irdischen entstehe als ein hier sich vollziehender Umschwung in ein andersartiges Sein; nicht als Aufschub gebraucht er deshalb die Zukunftsverheißung, sondern nur, um einen geschehensjenseitigen Punkt zu haben, von wo aus man lauernd im gegebenen Augenblick den Sprung unternimmt. ... Das Chiliastische will die Revolution in ihrer Selbstwertigkeit nicht als unvermeidliches Mittel, sondern als einzig schaffendes Prinzip unmittelbarer Präsenz, als den ersehnen Durchbruch in die Welt.« Quelle: Karl Mannheim: *Ideologie und Utopie*, a. a. O., S. 189.

40 Diese These findet sich auch in der modernen Utopieforschung, so bei Ferdinand Sebibt: *Utopica*, a. a. O., passim. Die gegen-teilige Position wurde unter anderem von Richard Saage und Thomas Nipperdey vertreten. Richard Saage: *Utopische Profile*, Band I, a. a. O., S. 51-63; Thomas Nipperdey: *Die Funktion der Utopie im politischen Denken der Neuzeit*, in: *Archiv für Kulturgeschichte*, Bd. 44, 1962, passim.

41 Analoge Thesen finden sich dann bei Hans Freyer: *Die politische Insel*. a. a. O.; Alfred Doren: *Wunschräume und Wunschzeiten*. Vorträge der Bibliothek Warburg 1924/1925, in: Arnheim

lebnis verschob.«⁴⁵ Landauer hatte angesichts dieser Geschichtsbestimmung bereits davon gesprochen, dass sich hier der citoyen (der französischen Revolution) und bourgeois (des 19. Jahrhunderts) verändern – dass also das Festhalten am Begriff des Eigentums dazu führt, dass der Staatsbürger zum Besitzbürger wird.⁴⁶ Ist für den ersten der Staat direktes Interesse und Ort allen Handelns, so ist er für den bourgeois vor allem aktiver Garant des Eigentums. Bei der Bestimmung der konservativen Idee als Utopie weicht Mannheim nun in noch weit stärkerem Maße von seinem Utopiebegriff ab, als dies bisher der Fall war. Denn die konservative Utopie entstehe als Reaktion auf die »oppositionellen Theorien«. Dadurch befindet sie sich als Träger der Herrschaft sogar in Deckung mit der Seinswirklichkeit: »die Utopie ist in das Sein bereits von vornherein versenkt«.⁴⁷ Die konservative Utopie entsteht also, weil die konservativen Ideen sich bereits durchgesetzt haben und sich gegen oppositionelle Theorien (nicht Utopien) verteidigen müssen. Durch diesen Konflikt werde dann etwas, das bereits ist, zur Utopie. Dass Utopie übersetzt »Nirgend-Ort« bedeutet, darauf braucht hier bloß hingewiesen zu werden. Mannheim war diese philologisch exakte Bedeutung des Utopiebegriffs jedoch offensichtlich nicht geläufig.

4. Die vierte und letzte Gestalt utopischen Bewusstseins innerhalb der von Mannheim teleologisch erklärten Geschichte ist die sozialistisch-kommunistische Utopie. Ihre Entstehung führt er auf eine »Gemeinschaft mit der liberalen Utopie« zurück, die allerdings im Rahmen eines Abgrenzungsprozesses radikalisiert worden sei. Hinzu kamen weitere Auseinandersetzungen mit dem Anarchismus (Mannheim nennt Landauer und Bakunin) und in zweiter Linie mit dem Konservatismus. Charakterisiert sei die sozialistisch-kommunistische Utopie durch einen Finalismus, den Mannheim als »Zeit des Untergangs der kapitalistischen Kultur« bezeichnet. Hinzu trete, dass der Sozialismus für einen »entsetzlichen Kampf« verantwortlich sei: die Versuche zur »Destruktion des gegnerischen Glaubens«.⁴⁸ Dies ist aber eigentlich ein Merkmal des Ideologiebegriffs von Mannheim. »Es genügt nicht, die abstrakte gute Gesinnung zu haben und in unkontrollierbarer Ferne ein verwirklichtes Reich der Freiheit zu postulieren, es gilt auch die realen Bedingungen zu erkennen, unter denen ein solcher Wunschtraum überhaupt erst zur Auswirkung zu gelangen vermag. Aber auch den Weg, der von uns zu diesem Ziele führt, gilt es daraufhin zu sichten, jene Kräfte im gegenwärtigen Prozess zu erspähen, deren immanente Dynamik, von uns beherrscht, Schritt für Schritt der verwirklichten Idee entgegenführt. Hatte der Konservatismus die liberale Idee als bloßes Meinen bereits depriviert, so arbeitet der Sozialismus in der Ideologieforschung eine konsequente Methode der Kritik aus, eine seinsbezogene Destruktion der gegnerischen Utopie.«⁴⁹ Durch die sozialistisch-kommunistische Utopie werde das Erleben von Geschichte zu einem strategischen Plan bzw. zur Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten dieses Plans. »Alles in der Geschichte wird nunmehr erlebt als eine intellektuell und willensmäßig beherrschbare Position.«⁵⁰ Genau dies kann meines Erachtens ja aber als eigentliches Wesensmerkmal aller archaischen Utopien betrachtet werden. Wie sonst sind die utopischen Entwürfe zu verstehen, wenn nicht durch die grundsätzliche Annahme,

dass der Mensch seine Zukunft selbst gestalten kann und der Utopie dabei eine normative Funktion zukommt. Hinzuweisen ist auch darauf, dass sowohl Proudhon als auch Kropotkin und Landauer explizit gegen Marx gerichtet in ihren sozialistischen Konzeptionen immer die Offenheit der Geschichte betont haben.

IV. Die zeitdiagnostische Dimension

Im Anschluss an diese Darstellung beschäftigt sich Mannheim noch mit seiner Gegenwart. Diese sei dadurch gekennzeichnet, dass sich alle vier Formen des utopischen Bewusstseins gegenüberstehen und nebeneinander existieren. Eine wichtige Folge dieses Nebeneinanders unterschiedlicher Utopieformen (und damit nach Mannheim ja auch ihrer jeweiligen Trägerschichten) sei darin zu sehen, dass radikale Varianten utopischen Denkens immer mehr zurückgedrängt werden, so etwa »die relativ reinste Form modernen chiliastischen Bewusstseins«: der radikale Anarchismus. Allerdings würden verschiedene Elemente des Anarchismus von anderen Bewegungen, wie dem Bolschewismus und dem Syndikalismus, aufgenommen.⁵¹ Weit aus wichtig ist aber Mannheims Zeitdiagnose in Bezug auf das utopische Denken selbst. Dieses besitze in der Gegenwart kaum noch Relevanz, da eine »Senkung der utopischen Intensität« zu beobachten sei, ausgelöst durch ein »Näherrücken an den historisch-sozialen Prozess«. In dem Moment also, so können wir Mannheim interpretieren, wo die »Wirklichkeit« Probleme hervorbringt, die gelöst werden müssen, biete die Utopie keine Handlungsmöglichkeiten mehr an.⁵² Hier sei dann Realpolitik gefragt, technokratische Herrschaft, wie sie – ausgehend von Ernst Jüngers *Die totale Mobilmachung* – verschiedene konservativen Theoretiker in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Stichwort »Technischer Staat« vertraten (z. B. Hans Freyer, Helmut Schelsky, Ernst Forsthoff). Aber ist nicht auch die Konstatierung von Problemen und Fehlentwicklungen im Rahmen einer expliziten Gegenwarts- und Sozialkritik eines der zentralen Charakteristika von Utopien seit Platon und Morus? Reagierten nicht die meisten Utopien auf Probleme ihrer Gegenwartsgesellschaft und lösten diese gerade nicht im tatsächlich handelnden Sinne (Obwohl verschiedene Utopisten wegen ihrer exponierten Stellungen im politischen System die Möglichkeiten dazu gehabt hätten.), sondern durch alternative Gegenbilder mit normativer Funktion?⁵³ Mannheims Argumentation zählt heute zu den gängigen konservativen Klischees: In einer komplexen Gesellschaft würden die Sachzwänge diktieren und daher die »einfachen Lösungen« der Utopien ausschließen. Genau dies entmündigt aber den Bürger, dem damit ja immer attestiert wird, dass er nicht mehr entscheiden kann, sondern nur noch eine technokratische Elite spezialisierter Fachleute. Eine Folge dieses Prozesses ist aber darin zu sehen, dass der citoyen dann tatsächlich zum bourgeois wird.

Der Endpunkt des utopischen Denkens bzw. der utopischen »Verirrungen« ist nach Mannheim dann erreicht, wenn »das Utopische sich durch seine verschiedenen Gestalten völlig (zumindest im Politischen) destruiert«.⁵⁴ Das Parlament und der Parlamentarismus sind es, die das Ende der Utopien bedeuten. »Je mehr eine aufstrebende Partei in das parlamentarische Mitregieren hineinwächst, desto mehr

Neusüss, Arnheim (Hrsg.): Utopie, S. 123-177; Ferdinand Seibt: Utopica, a .a. O.

42 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, 4. Aufl., 3 Bd., Frankfurt am Main 1993.

43 Zitate dieses Absatzes nach Karl Mannheim: Ideologie und Utopie, a .a. O., S. 184-191.

44 Ebenda, S. 191-199.

45 Ebenda, S. 198.

46 Die Entwicklung des Utopiebegriffs in diesem Zeitraum bei Hans-Günther Funke: Utopie, Utopiste, in: Rolf Reichardt Hans-Jürgen Lüsebrink (Hrsg.): Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680-1820, München 1991, S. 5-104 und Lucian Hölscher: Artikel Utopie, in: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. VI, Stuttgart 1990, S. 733-788.

47 Vgl. Karl Mannheim: Ideologie und Utopie, a .a. O., S. 199-206.

48 Zitate nach ebenda, S. 207-213.

49 Vgl. ebenda, S. 208.

50 Ebenda, S. 213.

51 Die gegenteilige Position bei Bruno Frei: Die anarchistische Utopie. Freiheit und Ordnung, Frankfurt am Main 1971.

52 Zitate nach Karl Mannheim: Ideologie und Utopie, a .a. O., S. 213-215.

53 Vgl. Arno Waschkuhn: Politische Utopien. Ein politiktheoretischer Überblick von der Antike bis heute, München, Wien 2003. Gerhard Ritter vertrat 1941 die These, dass Morus' *Utopia* als Schrift eines Politikers, nicht aber als die eines Humanisten zu gelten habe. Gerhard Ritter: Machtstaat und Utopie, a. a. O., S. 49-62. Die gegenteilige Position bezog Norbert Elias: Thomas Morus Staatskritik. Mit Überlegungen zur Bestimmung des Begriffs Utopie, in: Wilhelm Voßkamp (Hrsg.): Utopie-Forschung, Frankfurt am Main 1985, S. 112, S. 130.

54 Karl Mannheim: Ideologie und Utopie, a. a. O., S. 216.

55 Ebenda.

gibt sie ihre aus der ursprünglich treibenden Utopie strahlende Totalsicht auf, desto mehr lässt sie ihre transformierende Kraft sich am konkreten Einzelfall bewähren.⁵⁵ Der Lauf der Geschichte lässt sich also nach Mannheim auf die Durchsetzung der parlamentarischen Organisation von Staaten zurückführen. Ist die Stufe des Parlamentarismus erreicht, dann höre der Idealismus auf und die Politik beginne. Damit wäre dann tatsächlich das »Ende der Geschichte« erreicht (Fukuyama). In dem Moment der Verwirklichung von Parteienherrschaft und Parlamentarismus entfalle die Notwendigkeit der Imaginierung utopischer alternativer Gesellschaften.

Durch die Analyse des Utopieverständnisses von Mannheim wird deutlich, dass er den Zusammenhang und die ständige Wechselwirkung von Landauers Topie-Utopie-Konzeption aufgespalten hat zu Gunsten einer Abfolge von Utopien bzw. utopischen Bewusstseinstufen. Dadurch entfällt der eigentliche Grund, aus dem heraus Landauer sein Schema entwickelte: Der Versuch einer Erklärung der Revolution als Übergangsphase zwischen Topie und zur Topie gewordenen Utopie. Genau dieser Ausschluss der Revolution als geschichtswirksamer Zeit ist das Ziel des Ansatzes von Mannheim. Die Revolution, dieserart aus dem Geschichtsprozess herausgenommen, kann dann zurückgeführt werden auf das, was sie für Mannheim eigentlich ist: Terror und Zerstörung der Stabilität. Damit ist auch die Utopie selbst diskreditiert, da sie ja im Sinne Landauers für die Revolution verantwortlich ist. Das argumentative Ziel Mannheims war die Verneinung der Notwendigkeit von Revolutionen und der Utopien in einer angeblich alternativlos gewordenen Gesellschaft.

Mannheims Betrachtungen zur politischen Utopie können keine Plausibilität beanspruchen, da er selbst seine eigenen Begrifflichkeiten nicht konsequent anwendet. Die diskreditierende Absicht gegenüber den Utopien wird in dem Moment deutlich, wo er mit der Analyse seiner Gegenwart beginnt. Hier wird dann auch die Kluft zwischen seinen Begrifflichkeiten und dem historischen Prozess unübersehbar, der nur aufgrund subjektiver Einstellungen wahrgenommen wird. Wissenschaftlich ist Mannheims Sichtweise der Geschichte nicht aufrecht zu erhalten.

Literatur

- Adorno, Theodor W.: Beitrag zur Ideologienlehre, in: ders.: Soziologische Schriften I, hrsg. v. Rolf Tiedemann, Frankfurt am Main, 1979.
- Bloch, Ernst: Das Prinzip Hoffnung, 4. Aufl., 3 Bd., Frankfurt am Main, 1993.
- Bossle, Lothar: Zur Soziologie utopischen Denkens in Europa. Von Thomas Morus zu Ernst Bloch, 2. Auflage, Paderborn, 1993.
- Braun, Bernhard: Die Utopie des Geistes. Zur Funktion der Utopie in der politischen Theorie Gustav Landauers, Idstein, 1991.
- Buber, Martin: Der utopische Sozialismus, Köln, 1967.
- Doren, Alfred: Wunschräume und Wunschzeiten. Vorträge der Bibliothek Warburg 1924/1925, in: Neusüss 1986 a, S. 123-177.
- Elias, Norbert: Thomas Morus Staatskritik. Mit Überlegungen zur Bestimmung des Begriffs Utopie, in: Voßkamp, Wilhelm (Hrsg.): Utopieforschung, 3 Bd., Bd. 2, Frankfurt am Main, 1985, S. 101-150.
- Fest, Joachim: Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters, Berlin, 1991.
- Fetscher, Iring: Ende der Utopien?, in: Liede, Helmut; Lehnert, Jean-Paul (Hrsg.): Sozialismus – das Ende einer Utopie?, Luxembourg, 1994.
- Frei, Bruno: Die anarchistische Utopie, Freiheit und Ordnung, Frankfurt am Main, 1971.
- Freyer, Hans: Das Problem der Utopie, in: Deutsche Rundschau, 46. Jahrgang, Bd. 183, April-Juni 1920, S. 321-345.
- Freyer, Hans: Die politische Insel. Eine Geschichte der Utopien von Platon bis zur Gegenwart, Leipzig, 1936.
- Funke, Hans-Günther: Utopie, Utopiste, in: Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680-1820. Hrsg. v. Rolf Reichardt und Hans-Jürgen Lüsebrink, München, 1991, S. 5-104.

- Girsberger, Hans: Der utopische Sozialismus des 18. Jahrhunderts und seine philosophischen und materiellen Grundlagen, Leipzig, 1924.
- Heyer, Andreas: Materialien zum politischen Denken Diderots. Eine Werksmonographie, Hamburg, 2004.
- Hölscher, Lucian: Artikel Utopie, in: Brunner, Conze, Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. VI, Stuttgart, 1990, S. 733-788.
- Horkheimer, Max: Anfänge der bürgerlichen Geschichtsphilosophie. Hegel und das Problem der Metaphysik. Montaigne und die Funktion der Skepsis. Mit einer Einleitung von Alfred Schmidt, Frankfurt am Main, Hamburg, 1971.
- Horcheimer, Max: Ein neuer Ideologiebegriff?, in: ders.: Gesammelte Schriften, Band 2: Philosophische Frühschriften, hrsg. v. Gunzelin Schmid Noerr, Frankfurt am Main, 1987, S. 271-294.
- Kirchenheim, Arthur von (anonym): Schlaraffia politica. Geschichte der Dichtungen vom besten Staate, Leipzig, 1892.
- Kleinwächter, Friedrich: Die Staatsromane. Ein Beitrag zur Lehre vom Communismus und Socialismus, Wien, 1891.
- Landauer, Gustav: Die Revolution, Berlin, 1974.
- Landauer, Gustav: Aufruf zum Sozialismus, 2. überarbeitete und ergänzte Auflage, 1919.
- Mannheim, Karl: Ideologie und Utopie, 8. Auflage, Frankfurt am Main, 1995.
- Mannheim, Karl: Artikel Utopia, in: Neusüss 1986 a.
- Mohl, Robert von: Die Staatsromane, in: Mohl: Die Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften. In Monographien dargestellt, 3 Bd., Heidelberg, 1855-1858, Nachdruck Graz, 1960, Bd. I, S. 167-214.
- Neusüss, Arnheim (Hrsg.): Utopie, Begriff und Phänomen des Utopischen, 3. überarbeitete und erweiterte Auflage, Frankfurt am Main, u. a., 1986 a.
- Neusüss, Arnheim: Schwierigkeiten einer Soziologie des utopischen Denkens (= 1986 b), in: Neusüss 1968 a, S. 13-119.
- Nipperdey, Thomas: Die Funktion der Utopie im politischen Denken der Neuzeit, in: Archiv für Kulturgeschichte, Bd. 44, 1962, S. 357-378.
- Oncken, Hermann: Die Utopia des Thomas Morus und das Machtproblem in der Staatslehre, Heidelberg, 1922.
- Oncken, Hermann: Einleitung, in: Thomas Morus: Utopia. Übersetzt von Gerhard Ritter. Mit einer Einleitung von Hermann Oncken, Berlin, 1922, S. 5-45.
- Popper, Karl Raimund: Utopie und Gewalt, in: ders.: Vermutungen und Widerlegungen. Teilband II: Widerlegungen, Tübingen, 1997, S. 515-527.
- Pross, Harry: Lob der Anarchie: Essays über Albert Camus, Gustav Landauer, Martin Buber, B. Traven, Erich Mühsam, Leo Tolstoj, Berlin, 2003.
- Prys, Joseph: Der Staatsroman des 16. und 17. Jahrhunderts und sein Erziehungsideal, Würzburg, 1913.
- Quabbe, Georg: Das letzte Reich. Wandel und Wesen der Utopie, Leipzig, 1933.
- Richert, Friedemann: Der endlose Weg der Utopie. Eine kritische Untersuchung zur Geschichte, Konzeption und Zukunftsperspektive utopischen Denkens, Darmstadt, 2001.
- Ritter, Gerhard: Machtstaat und Utopie. Vom Streit um die Dämonie der Macht seit Machiavelli und Morus, 2. Auflage, München, Berlin, 1941.
- Saage, Richard: Utopische Profile, Band I: Renaissance und Reformation, Münster, 2001.
- Saage, Richard: Utopische Profile, Band IV: Widersprüche und Synthesen des 20. Jahrhunderts, Münster, 2004.
- Schmidt, Burghart: Kritik der reinen Utopie. Eine sozialphilosophische Untersuchung, Stuttgart, 1988.
- Seeber, Hans Ulrich: Die Selbstkritik der Utopie in der angloamerikanischen Literatur, Münster u. a., 2003.
- Seibt, Ferdinand: Utopica. Zukunftsvisionen aus der Vergangenheit, aktualisierte Neuausgabe, Düsseldorf, 2001.
- Voigt, Andreas: Die sozialen Utopien. Fünf Vorträge, Leipzig, 1906.
- Waschkuhn, Arno: Politische Utopien. Ein politiktheoretischer Überblick von der Antike bis heute, München, Wien, 2003.
- Weber, Max: Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: ders.: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen, 1988, S. 146-214.

GOTTFRIED OY

Spurensuche Neue Linke

Das Beispiel des Sozialistischen Büros
und seiner Zeitschrift *links*¹

»Das Sozialistische Büro ist ein unvollendetes Projekt; damit ist nicht gemeint, daß es gescheitert sei. In vieler Hinsicht haben sich die Grundideen dieses Projektes so verallgemeinert, daß man innerhalb der Linken kaum noch Leute findet, die nicht von Basisinteressen, von Erfahrungen und Bedürfnissen reden; doch die prägende und einheitsstiftende Idee des Sozialismus, die im Sozialistischen Büro das Konzept der Arbeitsfelder zusammenhielt, ist darin fast vollständig verlorengegangen.«²

»Sozialistisches Büro – das ist der Sozialismus, der aus der protestantischen Ethik kommt. Ein Sozialismus, der allein schon deshalb nur schwer zu neuen Ufern führen kann, weil er blind einen Sozialcharakter mitschleppt und unbewusst fördert, der in der Geschichte immer mit Industrialisierung und Fabrikgesellschaft verschwistert war.«³

Gottfried Oy – Jg. 1967, Dr. phil., Sozialwissenschaftler, war in den Neunzigerjahren links-Redakteur, Mitglied im Gesprächskreis Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hat sich in einer Studie für die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit der Geschichte des Sozialistischen Büros beschäftigt und veranstaltet dazu im Sommersemester 2007 ein Seminar an der Universität Frankfurt am Main.
Kontakt: goy@niatu.net

1 Ich danke Bernd Hüttner, RLS-Regionalmitarbeiter in Bremen, ohne dessen mannigfaltige Unterstützung sowohl die Studie als auch dieser Beitrag nicht zustande gekommen wären.

2 Oskar Negt: »Politik als Produktionsprozeß«, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): Tradition heißt nicht, Asche

Von verschiedenen Seiten wird heute wieder verstärkt das Erbe der Neue Linken in Erinnerung gerufen: Linkspartei.PDS und WASG versprechen sich in ihrem Vereinigungsprozess vom Bezug auf diesen Begriff ein frisches Image, während Bewegungsforscher und Zeithistoriker daran arbeiten, letzte positive Aspekte, die bislang in der öffentlichen Meinung mit dem Aufkommen der Neuen Linken verbunden wurden, zu delegitimieren.⁴ Weder Freunde noch Kritiker treffen allerdings den Kern der Sache, geht doch das, was die Neue Linke ausmachte, weder in einem Parteigründungsprozess, noch in einfachen Welterklärungsformeln, die auf jeden Fall zu kritisieren sind, auf. Allerdings ist es sehr wohl geschichtsbildend, wie heute mit dem Begriff Neue Linke umgegangen wird. Während bestimmte Aspekte für die jeweils eigene Argumentation hervorgehoben werden, verschwimmt zunehmend, was denn die Neue Linke als historische Formation auszeichnete. Es gilt, sich deshalb noch einmal vor Augen zu führen, was sie war: Eine internationale Erscheinung in der Blütezeit des Nachkriegsfordismus, die sich je nach Situation in ihren Ursprungsländern von den KP's in West und Ost, wie den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien abgrenzte; und zwar, weil dem blinden Glauben an Staat und Partei als Regulierungsinstanzen das Stichwort der Selbstorganisation entgegengesetzt wurde. Gegen die so genannte Fabrikgesellschaft, in der soziale Sicherheit durch normierende und geschlechterhierarchische Lebensweisen erkaufte, sowie Umwelt und Subjektivität zerstört wur-

den, sollte die freie Assoziation der Individuen gesetzt werden. Ohne Angst verschieden sein zu können, dieses Ziel der Kritischen Theorie wurde zur Handlungsmaxime.

Jenseits allzu allgemeiner Einschätzungen soll es hier jedoch anhand eines der Organisationskerne der Neuen Linken in der Bundesrepublik nach 1968 um deren konkrete Geschichte gehen. Wie die vorangestellten Zitate zeigen, steht dabei eine Gruppierung im Mittelpunkt, die einigens allzu harmlos erschien und manchen zu erfolgreich wurde: Das Sozialistische Büro, kurz: SB. Während in der umfangreicheren Studie zum Thema sowohl die Organisation als auch die sie begleitenden Debatten ausführlich dargestellt werden, wird es in diesem Beitrag maßgeblich um organisationsgeschichtliche Aspekte gehen.

Blumige Formulierungen

»Unvollendetes Projekt«⁵, Organisation der »Un-Entschlossenen«⁶, Vereinigung der »Reformisten aller Schattierungen«⁷, »diffuse Sammelbewegung«⁸ – recht blumig werden die Formulierungen, wenn die Rede auf die Stellung des SB in der Zeit nach der antiautoritären Revolte von 1968 kommt. Jenseits autobiografischer Erinnerungen, etwa von Klaus Vack, Andreas Buro, Oskar Negt oder Micha Brumlik, gibt es bis heute keine Organisationsgeschichte des SB.⁹ Weder die Publikationsgeschichte des Verlags 2000, des Verlags des SB, und die Rezeptionsgeschichte einzelner Publikationen, noch der Werdegang der Periodika des SB, *links*, *express* und *Widersprüche*, ist jenseits einzelner Jahrestage aufgearbeitet. Das ist insofern nachvollziehbar, als dass das SB sich nie als Organisation in den Mittelpunkt stellen wollte, seine Definition maßgeblich aus Abgrenzungen bezog und insofern auch nicht Objekt klassischer Geschichtsschreibung werden sollte, die sich von Kongress zu Tagung und von Arbeitsausschusssitzung zu Delegiertentreffen hangelt. Das ist allerdings überhaupt nicht nachvollziehbar, wenn man das Besondere am SB in den Mittelpunkt stellt: Während es sowohl den antiautoritären, als auch den linkssozialistischen Strategen von 1968 im Kern darum ging, die Mobilisierungserfolge aus der Bewegungshochphase in die Gründung mehr oder weniger autoritär strukturierter Massenorganisationen umzumünzen,¹⁰ bezog sich der so genannte Arbeitsfeldansatz des SB auf die alltäglichen Erfahrungen und Bedürfnisse der Beteiligten; was es wohl auch für viele in der Zeit nach der Revolte, die biografisch oft mit der Zeit der beruflichen Orientierung zusammenfiel, so attraktiv machte. Nach der »Überpolitisierung« von 68, wie Oskar Negt es nannte,¹¹ bot das SB eine gangbare Möglichkeit, Alltagsleben und politisches Engagement zu verbinden. Insofern dürfte das SB im so genannten Roten Jahrzehnt weit mehr Menschen in der Bundesrepublik geprägt haben, als die von Gerd Koenen als Gewährsmänner und -frauen für die Macht der K-Gruppen in den Siebzigern herbeizitierten Parteisolddaten.¹²

Wie sich also diesen prägenden Einflüssen eines Politikansatzes nähern, der, so Oskar Negt im Eingangszitat, heute als so selbstverständlich gilt, dass es kaum mehr Erinnerungen daran gibt, dass dies einmal anders gewesen sein könnte? Dies soll mittels eines kurzen organisationsgeschichtlichen Abrisses geschehen. Exemplarisch soll

aufheben, sondern die Flamme am Brennen erhalten!, *Sensbachtal* 1985, S. 53.

3 Wolfgang Kraushaar: »Thesen zum Verhältnis von Alternativ- und Fluchtbewegung«, in: Ders. (Hrsg.): *Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung*, Frankfurt am Main 1978, S. 11.

4 Vgl. Wolfgang Kraushaar, Jan Philipp Reemtsma, Karin Wieland: Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF. Hamburg 2005; Wolfgang Kraushaar: *Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus*, Hamburg 2005; Wolfgang Kraushaar (Hg.): *Die RAF und der linke Terrorismus*, Hamburg 2006.

5 Negt 1985, S. 53.

6 Micha Brumlik: *Kein Weg als Deutscher und Jude. Eine bundesrepublikanische Erfahrung*, München 2000, S. 124.

7 Konkret 9/1994, S. 52.

8 Margareth Kukuck: *Student und Klassenkampf. Studentenbewegung in der BRD seit 1967*, Hamburg 1977, S. 203

9 Vgl. Klaus Vack: »Versuch, Geschichte und Erfahrung darzustellen«, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): *Tradition heißt nicht, Asche aufheben, sondern die Flamme am Brennen erhalten!*, *Sensbachtal* 1985; Ders.: »Ein weiterer Versuch, Geschichte und Erfahrung darzustellen«, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.): *Das andere Deutschland nach 1945 – als Pazifist, Sozialist*

und radikaler Demokrat in der Bundesrepublik Deutschland – Klaus Vack, Köln 2005; Andreas Buro: Geschichten aus der Friedensbewegung. Persönliches und Politisches. Von Andreas Buro gesammelt und herausgegeben für das Komitee für Grundrechte und Demokratie, Köln 2005; Oskar Negt: Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht, Göttingen 1995; Brumlik 2000. Zumindest annähernd in Richtung Organisationsgeschichte geht die allerdings inzwischen dreißig Jahre alte Publikation von Kukuck 1977.

10 Hier gab es auch Ausnahmen, bspw. das Zeitschriftenprojekt *Agit 883* in Westberlin, vgl. rotaprint 25 (Hg.): *agit 883. Bewegung, Revolte, Underground* in Westberlin 1969-1972, Hamburg, Berlin 2006.

11 Vgl. Oskar Negt: »Interesse gegen Partei«, in: *Kursbuch* 48, Juni 1977 und Ders.: »Alternative Politikformen als politische Alternative?«, in: Roland Roth (Hg.): *Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen*, Frankfurt am Main 1980.

12 Gerd Koenen: *Das Rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977*, Köln 2001.

13 Vack 2005, S. 98.

14 Vgl. Richard Heigl: *Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Bildung der Neuen Linken*, Hamburg 2007. Zu den Verbindungslinien der linkssozialistischen Strömung, der Kritischen Theorie und der Studentenbewegung siehe auch Alex Demirovic: *Der Nonkonformistische Intellektuelle*. Die

len dabei wichtige Diskussionen herausgegriffen werden, die zeigen, dass vorschnelle Urteile über die Neue Linke fehl laufen, vielmehr viele heute angemahnte Debatten schon vor Jahren stattfanden, allerdings wenig Nachhall fanden.

Bedürfnis nach Kommunikation

1968 machen Arno Klönne und Christel Beilmann, Andreas Buro und Klaus Vack – alle organisiert in der »Kampagne für Demokratie und Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner« – den »Vorschlag einer autonomen Organisierung um eine sozialistische Publikation und ein Büro«. ¹³ Diese angestrebte Organisationsform ist im Kontext der Auflösung des »Kuratoriums Notstand der Demokratie«, eines der wenigen überfraktionellen Foren der westdeutschen Linken, des Scheiterns des Sozialistischen Zentrums in Frankfurt am Main, der Gründung der DKP und des Auseinanderfallens der außerparlamentarischen Opposition zu sehen. ¹⁴ Klaus Vack benennt in einem autobiografischen Text die für ihn wichtigen inhaltlichen Aspekte: Es solle sowohl Gesellschaftsanalyse als auch deren praktische Umsetzung im Mittelpunkt stehen. Ein antiautoritärer Impetus dürfe nicht zu einer völlig organisationsfeindlichen Haltung führen, eine Parteigründung soll allerdings nicht angestrebt werden. Man will nicht selbst Institution werden, sondern in Institutionen hineinwirken. Inhaltlich gehe es zudem um einen kommunismuskritischen, nicht antikommunistischen Kurs. ¹⁵

Im Dezember 1968 wird ein von Christel Beilmann, Heinz Brake-meier, Andreas Buro, Frank Deppe, Heiner Halberstadt, Holger Heide, Arno Klönne, Herbert Stubenrauch und Klaus Vack unterzeichneter Brief an etwa 100 Multiplikatoren verschickt. Beigefügt ist ein »Entwurf für eine Aufforderung, Voraussetzungen einer unabhängigen sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik zu organisieren«: »So wenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der formellen und informellen sozialistischen Gruppierungen in der Bundesrepublik entsprechen würden, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer gesicherten und beständigen Kommunikationsstruktur unter den Sozialisten und sozialistischen Gruppen und Clubs in der Bundesrepublik (...) In der gegenwärtigen Situation scheint es uns möglich und dringend notwendig, zwei Instrumente einer kontinuierlichen Kommunikation zu schaffen: 1) eine allgemein zugängliche, nicht auf Oppositionskonsum, sondern auf politische Praxis gerichtete sozialistische Zeitung, 2) ein zentrales, nicht als politische Führungsinstanz, sondern als *Dienstleistungsstelle* operierendes Sozialistisches Büro.« ¹⁶

Etwa 30 Personen, maßgeblich aus dem linkssozialistischen Spektrum, gründen im Februar 1969 in Offenbach die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro. Sie verschicken im März über 20 000 Exemplare der Null-Nummer der »links. Sozialistische Zeitung«. Inhalte dieser Ausgabe: »Warum machen wir links – eine sozialistische Zeitung«, Artikel über Griechenland, Spanien, Italien, ČSSR, Jugoslawien und China, die Geschichtspolitik der SED, die Wirtschaftspolitik in Westeuropa, sowie Berichte aus Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Die Organisation SB und die Zeitschrift *links*

sind insofern von Anfang an eng miteinander verbunden, nicht, weil die *links* eine klassische Verbandspublikation gewesen wäre, sondern weil das SB mit dem Ziel der Ermöglichung von Kommunikation sein Schicksal eng an eine funktionierende Kommunikationspraxis als Zeitschriftenherausgeber, als Vertrieb von Broschüren und grauer Literatur, als Buchladenbesitzer wie als Verlag gebunden hat.

Der 1968 gegründete Sozialistische Lehrerbund (SLB) vereinbart auf Initiative von Herbert Stubenrauch eine Kooperation mit dem SB. Gemeinsam geben SLB und SB den »Informationsdienst des Sozialistischen Lehrerbundes«, später »Informationsdienst Arbeitsfeld Schule« heraus. Der Grundstein für den so genannten Arbeitsfeldansatz des SB, Linke in ihrem beruflichen Umfeld zu organisieren und ihnen ein Podium zu bieten, ist gelegt. Die Auflage der *links* liegt 1969 bei 8 000, davon 2 250 Abos. Als Zielvorstellung werden 3 000 bis 3 500 Abos angestrebt. Die *links*-Redaktion besteht aus Christel Beilmann und Arno Klönne und ist von 1969 bis 1971 in Bochum angesiedelt, während die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro von Anfang an in Offenbach lokalisiert ist.

Als Reaktion auf die Septemberstreiks 1969 gründet sich 1970 ein Arbeitskreis Betrieb und Gewerkschaft, der unter der Herausgeberschaft des SB die »Sozialistische Betriebskorrespondenz – von Kollegen für Kollegen« – monatlich herausgibt. Die »Sozialistische Betriebskorrespondenz« fusioniert 1972 mit dem bereits zehn Jahre erscheinenden »express international«. Die neue Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit heißt »express«. Die Zahlen über die *links*-Auflage in dieser Zeit differenzieren stark. Während in *links* von einer 8 000er Auflage bei 2 700 Abos die Rede ist, spricht Klaus Vack in seinen Erinnerungen von einer 6 000er Auflage und 3 000 Abos.¹⁷ Am Jour-Fix des SB in Offenbach nehmen teil: Frank von Auer, Andreas Buro, Hansgeorg Conert, Heiner Halberstadt, Holger Heide, Eike Hennig, Gert Schäfer, Kirsten Schäfer, Wolfgang Streek, Herbert Stubenrauch und P. C. Walther, die Gründungsredaktion der Sozialistischen Betriebskorrespondenz besteht aus Peter Grohmann, Heiner Halberstadt, Willi Hoss, Willi Michel, Willi Scherer, Georg Schleichert und Edgar Weick. Neben Linkssozialisten sind mit Hoss und Michel auch ehemals in der illegalen KPD Organisierte vertreten, die sich in Distanz zur neugegründeten DKP begeben.

Der Arbeitskreis »Kritische Sozialarbeit« (AKS), der sich nach einem Sozialarbeiterstreik in Frankfurt am Main gegründet hat, macht mit Protesten auf dem 4. Jugendhilfetag in Nürnberg 1970 auf sich aufmerksam. Der AKS, dem mit Günter Pabst der spätere langjährige Geschäftsführer des Verlags 2000 angehört, organisiert sich im SB. Aus diesem Arbeitskreis geht ab 1972 die Redaktion des »Informationsdienstes Sozialarbeit« hervor.

Köpfe und Interessen

Im November 1970 findet die erste große SB-Versammlung statt, auf der ein Thesenpapier von Andreas Buro diskutiert wird, das Grundlage für die 1971 veröffentlichten »Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro« wird. Es geht um die Formierung einer Bewegung für eine neue sozialistische Linke in der Bundesrepublik, gleichzei-

Entwicklung der Frankfurter Schule zur Kritischen Theorie, Frankfurt am Main 1999.

15 Vack 2005, S. 99.

16 Zitiert nach ebenda, S. 102.

17 Vgl. ebenda, S. 112.

18 Sozialistisches Büro (Hg.): Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der Bundesrepublik. Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Offenbach 1971, S. 25.

19 Ebenda, S. 26.

20 Die breite Kampagne mit über 100 000 Unterschriften wurde u. a. von Helmut Gollwitzer unterstützt. Vgl. Vack 2005, S. 111.

21 Vack bezeichnet Negt, der trotz universitärer Laufbahn, die ihn vom frühen SB-Klientel unterscheidet, ähnlich wie die SB-Gründer eine in die Fünfzigerjahre zurückreichende linkssozialistische, gewerkschaftsorientierte Geschichte hat, zwar als SB-Kritiker, Negt selbst erwähnt hingegen, dass er mit Vack mehr oder weniger die Idee zur SB-Gründung im Gespräch entwickelt hätte; vgl. Vack 2005, S. 115, Negt 1985, S. 52.

22 Angela Davis Solidaritätskomitee (Hg.): Am Beispiel Angela Davis. Der Kongreß in Frankfurt. Reden, Referate, Diskussionsprotokolle. Frankfurt am Main 1972; Sozialistisches Büro (Hg.): Für eine neue sozialistische Linke. Analysen, Strategien, Modelle, Frankfurt am Main 1973; vgl. auch: »Spielt nicht mit der Legalität! – Professor Oskar Negt über die Reorganisation der Neuen Linken«, in: Der Spiegel, Nr. 25/1972, S. 128-133.

tig auch um eine Absage an Parteikonzepte. Die Thesen betonen, neben einer Einschätzung der Situation in der Bundesrepublik und der internationalen Nachkriegsentwicklung, dass es einer sozialistischen Bewegung auf die Entwicklung neuer Organisationsformen ankommen müsse, »die den Beherrschten emanzipative Lernprozesse und reale Machtentfaltung in ihren unmittelbaren Arbeits- und Lebensbereichen gestatte(n)«¹⁸. Gegen den gewerkschaftlichen Slogan von der Mitbestimmung wird das Ziel der Selbstbestimmung gesetzt. Statt Stellvertreterpolitik setzt das SB auf die »Selbsttätigkeit der Lohnabhängigen« Trotz aller Kritik an vereinnahmenden Institutionen strebt das SB einen »Prozeß der Vereinheitlichung der sozialistischen Kräfte in der Bundesrepublik« an. Es soll auf »gemeinsam festgesetzte Ziele« hingearbeitet werden, sowie Taktiken und Strategien abgestimmt werden. Das SB versteht sich als das organisatorische Dach, unter dem dieser Findungsprozess stattfinden kann.¹⁹ Eine erste erfolgreiche Aktion des SB ist die Durchsetzung einer Amnestie aller wegen Demonstrationsdelikte rund um 1968 Angeklagten durch Bundespräsident Heinemann und eine darauf folgende Liberalisierung des Demonstrationsrechtes durch die sozialliberale Bundesregierung.²⁰

Der erste gewählte Arbeitsausschuss des SB besteht aus Klaus Vack, Heiner Halberstadt, Dieter Höhne, Arno Klönne und Edgar Weick. Die erste gewählte *links*-Redaktion setzt sich aus Christel Beilmann, Andreas Buro, Hansgeorg Conert, Arno Klönne, Gert Schäfer, P. C. Walther und Edgar Weick zusammen. Klaus Vack unternimmt 1971 eine umfangreiche Rundreise durch die Bundesrepublik, um bei über hundert Basisgruppen und Bürgerinitiativen für einen Beitritt zum SB zu werben. Die Wirkungsgeschichte des SB bis in die Achtzigerjahre hinein wird maßgeblich durch die geografische wie thematische Breite der Organisation bestimmt, es gelingt dem SB insbesondere in ländlichen Regionen über Bildungsangebote zahlreiche Interessierte zu erreichen und deren politische Sozialisation mitzubestimmen.

Über das Angela-Davis-Solidaritätskomitee (1970-1972, bestehend aus Manfred Clemenz, Lothar Menne, Oskar Negt, Claudio Pozzoli und Klaus Vack), das aus dem Frankfurter Freundeskreis von Angela Davis, die ab dem Wintersemester 1965/66 für einige Semester unter anderem bei Oskar Negt an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität studierte, hervorging, entsteht ein intensiver Kontakt zum anfänglichen SB-Kritiker Oskar Negt.²¹ Die erste Ausgabe der Thesen des SB erscheint in einer Auflage von 80 000, die *links*-Abos erreichen die 5 000er Marke.

Der Solidaritätskongress »Am Beispiel Angela Davis« im Juni 1972 in Frankfurt am Main mit über 10 000 Teilnehmern und zahlreichen berühmten Kundgebungsrednern und Referenten wie Herbert Marcuse, Wolfgang Abendroth und Ernest Mandel führt zu einem Ansturm auf das SB; zwei Taschenbücher des SB im Fischer-Verlag, der Tagungsband und ein Sammelband mit *links*-Artikeln, erreichen fünfstellige Auflagen.²² Oskar Negt grenzt sich auf dem Kongress, der unter dem unmittelbaren Eindruck der so genannten Mai-Offensive der RAF stattfand, von jeder Form der Solidarität mit bewaffneten Gruppen ab. Das ist insofern bemerkenswert, da Angela

Davis' Verhaftung und die Anklage gegen sie im Kontext der Repression gegen die »Black Panther Party for Self Defense«, einer ebenfalls bewaffnet agierenden Gruppierung, stehen.²³

Das Programm des Verlags 2000 wird um neue Reihen erweitert: »Informationsdienst Schule«, »Informationsdienst Sozialarbeit«, »Informationsdienst Arbeiterbildung«, Reihe »Roter Pauker«, Broschürenreihe »Betrieb und Gewerkschaft«. Im Oktober 1972 hält Oskar Negt auf einer SB-Tagung vor 200 Zuhörern sein berühmtes Referat »Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren«, das das organisatorische Selbstverständnis des SB prägen sollte.²⁴ Erfahrungen, Bedürfnisse und Interessen sollen im Mittelpunkt eines Organisationskonzeptes stehen, das die bislang nur lose in Kontakt stehenden Basisgruppen enger zusammenfassen soll. Es soll keine Direktiven von »oben« geben, das SB »kann sich in der gegenwärtigen Phase nur als Organisator eines Produktionszusammenhangs verstehen«²⁵. Historisch gesehen, so Negt, geht es dabei um die Überwindung der Trennung von Interessen und Politik, einer Trennung, der sich auch die Organisationen der Arbeiterbewegung unterworfen haben. Negts organisatorische Überlegungen prägen den Werdegang der Organisation und verdeutlichen, wieso das SB für die spätere Alternativbewegung so attraktiv werden konnte.

Die *links*-Auflage ist auf 12 000 gestiegen, davon 5 500 Abos. Eine Aktion »2000 neue Abos bis Jahresende« wird gestartet. Im SB sind über 600 Einzelpersonen und etwa 30 Gruppen organisiert. Der Verlag 2000 macht in dieser Zeit Millionenumsätze, der Zuwachs des SB ist immens und langsam für den kleinen Kreis der Organisatoren nicht mehr überschaubar.²⁶

Mit dem Putsch gegen Salvador Allende am 11. September 1973 rückt die Chile-Solidaritätsarbeit in den Mittelpunkt, es erscheint ein *links*-Extrablatt in 300 000er Auflage, ein Solifonds mit »mehreren hunderttausend Mark«²⁷ wird ins Leben gerufen, zudem erscheinen weitere Publikationen zu Chile. Im November 1973 spitzt sich die SB-Organisationsdebatte zu: Statt Gruppen- und Einzelmitgliedschaften sollten – was schließlich verhindert wurde – nur noch Einzelmitgliedschaften zugelassen werden, was den Weg in Richtung eines parteiähnlichen Organisationsmodelles geebnet hätte. Dennoch beginnt, so Klaus Vack, die »Verbürokratisierung« und »Aushöhlung des einstmals basispolitischen Grundkonsenses des Sozialistischen Büros«.²⁸ Das SB führt später, weil die Sitzungen zu groß werden, einen Delegiertenrat als zusätzliches Gremium ein. Neben dem gewählten Arbeitsausschuss wird dieser Delegiertenrat zweites wichtiges Gremium, ab 1977 entsteht darüber die »zweite Organisationsdebatte« des SB.

Die *links*-Auflage erreicht mit 15 000, davon 9 000 Abos, 4 000 Freiverkäufe bei über 120 Weiterverkäufern (Politische Gruppen, Buchläden) und 2 000 Werbeexemplaren ihren Höchststand. Das SB zählt 80 Mitgliedsgruppen, der Förderkreis zählt 800 Unterstützer, der Informationsrundbrief des SB geht an 420 Adressen. 1974 wird das Arbeitsfeld Gesundheitswesen im Sozialistischen Zentrum Stuttgart durch Peter Grohmann, Suso Lederle und Klaus Vack gegründet, ebenso ein lokales Sozialistisches Büro in Hamburg. Der Arbeitsausschuss des SB besteht 1974 aus Elmar Altvater, Uta Bitterli, Eike

23 Oskar Negt: »Sozialistische Politik und Terrorismus«, in: *links* Nr. 35, Juli/August 1972, S. 15-17.

24 Oskar Negt: »Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren!«, in: *links* Nr. 39, Dezember 1972, S. 9-11. Dieser Text wird in zahlreichen Sammelbänden wiederveröffentlicht, u. a. in: Sozialistisches Büro 1973 und Oskar Negt: Keine Demokratie ohne Sozialismus, Frankfurt am Main 1976. Wolfgang Kraushaar widmet dem Referat in seinem Kompendium über die Frankfurter Schule sogar einen eigenen Eintrag, vgl. Wolfgang Kraushaar (Hg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung, Band 1, Hamburg 1998, S. 525.

25 Negt 1972, S. 15.

26 Vack 2005, S. 125.

27 Ebenda, S. 128.

28 Ebenda, S. 129.

Blechschildt, Andreas Buro, Dieter Esche, Peter Grohmann, Rainer Jendis, Arno Klönne, Willi Michel, Walther Müller-Jentsch, Oskar Negt, Dieter Otten, Willi Scherer, Herbert Stubenrauch, Sonja Tesch, Klaus Vack und Edgar Weick. Er beschließt, Thesen als Arbeitsgrundlage des SB zu formulieren, diese erscheinen 1975 in einer Entwurffassung und werden mit einer Gesamtauflage von 67 000 bis 1979 aufgelegt; es bleibt allerdings beim Entwurf: »Die ›Thesen‹ (...) stellen letztlich einen – aus meiner heutigen Sicht nicht gelungenen – großen Wurf einer sozialistischen Programmatik dar, wohl weil sie aus der allzu begrenzten tagespolitischen Perspektive formuliert wurden, weil Widersprüche – die zu scharfen Kontroversen führten – unter dem selbsterzeugten Druck, *wir brauchen die Thesen jetzt!*, unter den Teppich gekehrt wurden und weil wir – zumindest kann ich dies für mich sagen – auf eine uns schon damals geläufige Erkenntnis verzichtet haben, nämlich daß man nicht zu allem und jedem etwas sagen muß, gerade dann, wenn man eigentlich wenig zu sagen hat.«²⁹

29 Ebenda, S. 132.

Die knapp 100seitige Broschüre wagt, ähnlich einem Parteiprogramm, den Rundumschlag, versteht sich sowohl als Aufarbeitung der Geschichte der sozialistischen Bewegung in Westdeutschland, als Analyse von Kapitalismus und Klassenstruktur in der Bundesrepublik, wie auch als Handreichung in Bezug auf die zentralen Aufgaben, Orientierungen und Organisationsfragen der sozialistischen Linken. Für eine Organisation, die sich lediglich als Bündelung der sich in den Basisgruppen manifestierenden Interessen versteht, ist das ziemlich viel.

Die *links*-Auflage bleibt 1975 konstant, die Abos steigen auf 9 500. Mitte der Siebzigerjahre tritt dem SB sein wohl berühmtestes, wenn auch nur passives Mitglied bei – Rudi Dutschke.³⁰ Er bleibt bis zu seinem Tod am 24. Dezember 1979 im SB, obwohl er sich 1979 schon ganz der Aufbauarbeit der grünen Partei verschrieben hatte.

30 Über das Eintrittsdatum Dutschkes gibt es unterschiedliche Angaben: Während Negt von Sommer 1974 spricht (Negt 1995, S. 156) ist in Dutschkes Tagebuch davon die Rede, dass er erst im September 1975 die Mitgliedschaft beantragt hat; vgl. Rudi Dutschke: *Jeder hat sein Leben ganz zu Leben*. Die Tagebücher 1963-1979, Köln 2003, S. 269.

Anti-Repressionsarbeit

Im Januar 1976 erscheint eine *links*-Sondernummer zur Vorbereitung des Antirepressionskongresses Pfingsten 1976 in 80 000er Auflage. Redaktion der Sondernummer: H. E. Brand, Dan Diner, Heinrich Grün, Wolf-Dieter Narr, Roland Roth, Jutta Rücker, Klaus und Hannelore Vack. Ein *links*-Extrablatt in 800 000er Auflage mobilisiert für den Kongress. Zum Emblem des Kongresses wird die SB-Eule mit zwinkerndem linken Auge und geballter Faust, Kongressmotto: »Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!«

Der Kongress, Höhepunkt und Abschluss der Kampagne gegen politische und ökonomische Unterdrückung, wird mit 20 000 Teilnehmern zur größten Veranstaltung des SB. Inhaltlich wird der Kongress aber weniger wegen seines eigentlichen Themas – staatliche Berufsverbote und betriebliche Repression – bekannt, in Erinnerung bleibt vielmehr ein Redebeitrag von »Frankfurter Spontis« – gehalten von Joseph Fischer und maßgeblich initiiert von Oskar Negt –, die sich unter dem Eindruck des Todes von Ulrike Meinhof am 6. Mai 1976 im Stammheimer Gefängnis und den darauf folgenden militanten Demonstrationen, bei denen in Frankfurt am Main ein Polizist lebensgefährlich verletzt wurde, vom bewaffneten Kampf

31 Vgl. Frankfurter Spontis:
»Uns treibt der Hunger nach

lossagten.³¹ Zudem ist ein auf dem Kongress initiiertes Treffen der Alternativpresse ebenso richtungweisend, aus ihm geht die spätere Vernetzung der Alternativpresse und Gründung der taz 1979 hervor.³² Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz beginnt sich für das SB zu interessieren. Im Verfassungsschutzbericht für 1976, dessen Angaben sicherlich nur unter Vorbehalt zu verwenden sind, ist von 14 000 Teilnehmern des SB Pfingstkongresses und 700 SB-Einzelmitgliedern und 40 Mitgliedsgruppen die Rede.³³

In der Folgezeit kommt es zu Auseinandersetzungen über die Entwicklung des SB. Während die Gründungsgeneration die Antirepressionsarbeit weiter treiben will und sich beispielsweise in der Vorbereitung eines Russel-Tribunals zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik engagiert, forciert maßgeblich das SB Hamburg die Orientierung an der Alternativbewegung, den Neuen Sozialen Bewegungen und damit auch an den Diskussionen um die entstehende grüne Partei als neues Betätigungsfeld. Während das SB Ende der Siebzigerjahre keine Mitgliedszahlen mehr veröffentlicht, ist laut Verfassungsschutzbericht 1978/79 mit 1 200 Mitgliedern der Popularitäts-Zenit des SB erreicht. Das 3. Internationale Russel-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland findet 1979 zwar unter maßgeblicher Beteiligung von im SB Organisierten wie Wolf-Dieter Narr statt, das SB als Organisation taucht dort aber nicht auf. Mit der Gründung des Komitees für Grundrechte und Demokratie ziehen sich 1980 die Exponenten der Antirepressionsarbeit, die »klassische« linkssozialistische Fraktion um Klaus Vack, aus dem SB zurück. Das SB veranstaltet 1980 zwei große Kongresse und positioniert sich damit als eine zentrale Organisation der Alternativbewegung: Im Juni den »Großen Ratschlag – Soziale Protestbewegungen und sozialistische Politik« in Frankfurt mit 5 000 Teilnehmern und im November die Zukunftswerkstatt »Kleine Schritte im Alltag – Entwürfe für ein sozialistisches Leben« in Hamburg mit 1 000 Teilnehmern. Mit dem »Sicherheitsstaat« legt der SBler und *links*-Redakteur Joachim Hirsch fundierend auf maßgebliche Debatten in *links* die Gesellschaftstheorie der Alternativbewegung – zusammengefasst in dem Stichwort *Radikaler Reformismus* – vor.³⁴ Mit Hilfe dieser Theorie lässt sich auch die Frage stellen, ob nicht das SB als »Kind des Fordismus« selbst mit dem Ende dieser Gesellschaftsformation in die Krise kommen musste.

Kritik und Krise

Die *links*-Auflage fällt 1981 erstmals unter 9000. Eine Tagung des Arbeitskreises Schule, Sozialarbeit und Gesundheitswesen im Mai 1981 stellt den SB-Ansatz in Frage: »Abschied vom Arbeitsfeld?«.³⁵ Die Informationsdienste Schule, Sozialarbeit und Gesundheitswesen gehen in »Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich« auf. Im November 1982 erscheint ein erster Spendenaufruf in eigener Sache. Für 1983 droht der *links* ein Defizit von 30 000 DM. Der Verfassungsschutz gibt die *links*-Auflage mit 7 000 an und spricht von 900 SB-Mitgliedern.

Mit stärker universitär geprägten Intellektuellen wie Micha Brumlik, Joachim Hirsch, Dan Diner und Detlev Claussen hat sich die *links*-Redaktion von ihrer klassisch-linkssozialistischen Dominanz

Liebe, Zärtlichkeit und Freiheit...«, in: links Nr. 85, Februar 1977, S. 17-18. Zu Negts Rolle beim Zustandekommen dieses Redebeitrages siehe: Negt 1995, S. 264.

32 Vgl. die Berichte aus der Arbeitsgruppe »Medien und Öffentlichkeit« auf dem Pfingstkongress 1976, in: links Nr. 85, Februar 1977, S. 54-63. Zur Vorgeschichte der taz vgl. Gottfried Oy: Die Gemeinschaft der Lüge. Medien- und Öffentlichkeitskritik sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik, Münster 2001.

33 Vgl. VS-Bericht 1976, Bonn 1977, S. 106. Wolf-Dieter Narr und Helmut Gollwitzer richten 1978 einen offenen Brief an alle SPD- und FDP-Bundestagsabgeordneten, um gegen die Einstufung des SB als linksextremistische Gruppierung im Verfassungsschutzbericht 1977 zu protestieren (links Nr. 105, Dezember 1978, S. 15). Am Tenor dieses Briefes entzündet sich in den nachfolgenden links-Nummern eine heftige Debatte. Das SB wird noch bis 1984 im VS-Bericht aufgeführt.

34 Joachim Hirsch: Der Sicherheitsstaat. Das »Modell Deutschland«, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen, Frankfurt am Main 1980.

35 Vgl. Arbeitsfelder Schule, Gesundheitswesen, Sozialarbeit: »Abschied vom Arbeitsfeld«, in: links 134, Mai 1981, S. 23-24.

36 Wobei Micha Brumlik sowohl in seinem schon erwähnten autobiografischen Text (Brumlik 2000) als auch in einem Interview neueren Datums betont, dass es auch Ende der achtziger Jahre immer noch äußerst schwierig war, das Thema Antisemitismus der Linken in der links-Redaktion zu diskutieren; vgl.: »Autobiografische Reflexionen – Antisemitismus, Antizionismus und der Nahostkonflikt in der deutschen Linken. Ein Interview mit Micha Brumlik«, in: Matthias Brosch u. a. (Hg.): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland, Berlin 2006.

37 Editorial links Nr. 171, Juni 1984; S. 2.

38 Vgl. Martin Goldmann, Gabriele Hooffacker: Politisch arbeiten mit dem Computer, Reinbek 1991, S. 162.

39 Vgl. Großer Kürbis: »Zusammen leben – zusammen kämpfen«, in: links 190, Januar 1986, S. 21-22.

40 »20 Jahre links«, in: links 228, April 1989, S. 19.

verabschiedet und wagt im Unterschied zu früher auch einen kritischen Blick auf die Linke beispielsweise in Bezug auf Antisemitismus.³⁶ 1985 wird kritisch über Bitburg – Reagans und Kohls Handschlag zwischen den Gräbern der Waffen-SS –, den Nahost-Konflikt – in Kooperation mit dem »Pflasterstrand« –, die Fassbinde-Debatte und somit auch über den Antisemitismus der Linken berichtet und debattiert. Es folgen im Laufe der Achtzigerjahre immer wieder Beiträge zu diesen Themen, bis 1990 im Zuge des zweiten Golfkriegs und der irakischen Angriffe auf Israel heftige Auseinandersetzungen zu Austritten aus der Redaktion und Abo-Kündigungen führen.

Der Verlag 2000 stellt 1984 sein komplettes Buchprogramm aus ökonomischen Gründen ein, lediglich die Periodika *links*, »express« und »Widersprüche« werden weitergeführt. Im Februar 1984 erscheint der Spendenauf Ruf »links in den roten Zahlen«. Im Juni wird zum letzten Mal die Abo-Zahl veröffentlicht, sie sei »unter 6 000« gesunken, zum Jahresende 1983 war ein Defizit von 90 000 DM aufgelaufen.

Die *links*-Redaktion reagiert mit Durchhalteparolen statt inhaltlicher Debatten über die Zukunft des SB: »Die *links* ist nicht marktgerecht gemacht. Sie mag gut aufgemacht sein und interessante Artikel enthalten. Sie ist einem Typ von Gesellschaftskritik verhaftet, der keine günstige Konjunktur hat. Wir diskutieren ausführlich Fragen der Friedens- und Ökobilbewegung und deren politische Perspektiven. Aber wir passen uns ihren Ideologien, Slogans und Redeweisen sowie dem Publikationsstil dieser Bewegungen nicht an. Vielleicht scheitern wir deshalb. Aber wir können und wollen unser Politikverständnis und unsere Ansprüche an politisch-theoretische Reflexion nicht finanziellen und Markt-Erwägungen opfern.«³⁷ Die *links* gefällt sich in einer nonkonformistischen Rolle, betreibt zugleich aber Abschottungspolitik. Eine Klage gegen linke Computeraktivisten, die ihr neues Mailboxsystem *links* nennen wollen und eine Kooperation mit dem SB anstreben, verdeutlicht, wie weit das SB schon Ende der Achtzigerjahre von aktuellen Entwicklungen abgekoppelt war.³⁸ Allerdings zeigt sich auch immer wieder eine gewisse Form der Offenheit, wie etwa, als Hausbesetzer die Räume der Offenbacher Bürogemeinschaftspartner »Die Grünen« okkupieren, diese sich der Diskussion entziehen und statt dessen die *links*-Redaktion mit den Autonomen debattiert.³⁹

Die *links* reagiert auf ihre ökonomische Krise mit konzeptionellen und gestalterischen Veränderungen der Zeitung. *links* positioniert sich mehr und mehr unabhängig vom SB. Das SB selbst tritt kaum noch als politischer Akteur auf. *links* etabliert sich als Debattenorgan. *links-LeserInnenkreise* lösen lokale SB-Gruppen ab. Im April 1989 feiert das SB 20 Jahre *links*. Ein Schwerpunkt zum Jubiläum wird ausschließlich mit alten Texten aus der zwanzigjährigen Publikationsgeschichte bestritten. In der Einleitung heißt es zur Situation 1989: »Es gibt keine authentische Linke mehr, aber es gibt Linke. [...] Ihre politische Praxis findet in Initiativgruppen, in Gewerkschaften, der SPD oder bei den Grünen statt.«⁴⁰

Das Ende der SU, die deutsch-deutsche Vereinigung und der zweite Golfkrieg erschüttern die Selbstverständlichkeiten der sich bis dato

als Neue Linke verstehenden politischen Akteure. Heftige Debatten führen unter anderem zu Austritten aus der *links*-Redaktion von Joachim Hirsch (der später wieder eintritt) und Detlev Claussen. Eine Diskussion über den Untertitel der *links* – Sozialistische Zeitung – wird zur Selbstverständnisdebatte, die im Juli 1992 unter dem Titel »Das Ganze neu denken – Veranstaltung zur Zukunft der *links*« in Frankfurt am Main öffentlich geführt wird. Die Redaktion legt 1993 ein neues Konzept vor, das sich unter anderem durch einen breiten Herausgeberkreis auszeichnet. »Alte« SBler treten noch einmal als Herausgeber auf, um die »neue« *links* zu unterstützen, etwa Elmar Altvater, Arno Klönne, Oskar Negt und Klaus Vack. Der Schuldenberg beläuft sich auf 80 000 DM. Zum 25jährigen Bestehen der *links* wird noch einmal heftig über die Zukunft des Zeitschriftenprojektes gestritten. Im Juli/August 1994 stellt die Redaktion auf eine zweimonatliche Erscheinungsweise um. Zur letzten gemeinsamen Veranstaltung der *links*-Redaktion und des SB zum Thema »Perspektiven linker Politik« 1995 an der Frankfurter Universität finden sich gerade mal 100 Besucher ein. Mit der Nr. 320/321 erscheint 1997 die letzte Ausgabe der *links*, sie erreicht weniger als 2 000 Abonnenten. Der Verlag 2000 wird liquidiert. Der »express« existiert bis heute weiter und wird von 1997 an von einer »Arbeitsgemeinschaft für politische Bildung« herausgegeben. In seiner letzten übrig gebliebenen publizistischen Funktion agiert das SB bis heute als Herausgeber der »Widersprüche«, die seit 1997 im Kleine Verlag erscheinen. Ein Nachfolgeprojekt von Teilen der ehemaligen *links*-Redaktion findet sich im Internet.⁴¹

Das Ende der Neuen Linken wurde in der *links* mehrmals ausgeufen, ist es mit ihrem Ende eingetreten? Darauf lässt sich keine eindeutige Antwort geben. Zum Einen lässt sich am Ende der *links* sicherlich die Auflösung eines spezifischen Spektrum der bundesdeutschen Linken festmachen, zum Anderen lässt sich aber auch zeigen, dass mit dem Niedergang dieses Spektrums keineswegs die mit ihm verbundenen Positionen aus dem öffentlichen Leben verschwunden sind – im Gegenteil. Allein der Stellenwert, den Forderungen nach Selbstorganisation oder die Orientierung an Interessen heute haben, ist ein anderer. Mit Entschiedenheit lässt sich hingegen feststellen, dass weder eine pauschale Kritik an vermeintlich undemokratischen, intoleranten, gar antisemitischen Aspekten, noch ihre Indienstnahme für Parteigründungsprojekte dem inzwischen wohl historisch zu nennenden Gegenstand gerecht wird.

41 <http://www.labournet.de/express/index.html>,
<http://www.widerspruechezeitschrift.de/>,
<http://www.links-netz.de/>

In memoriam Theodor Leipart (1867-1947)

Fritz Tarnow (1880-1951) – Mitglied des Reichstags (SPD), einer der wichtigsten Befürworter des von Fritz Naphtali stammenden Konzepts der Wirtschaftsdemokratie. 1946/47 Sekretär des Gewerkschaftsbundes von Württemberg und Baden. 1947-1949 Sekretär des Gewerkschaftsrats der Bizone bzw. der Trizone.

1 Vgl. Ulla Plener: Theodor Leipart (1867-1947). Persönlichkeit – Handlungsmotive – Lebensbilanz, in: UTOPIE kreativ, Heft 78, April 1997. Ausführlich über und von Leipart vgl. Dies.: Theodor Leipart. Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirken, Bilanz – Ein Lebensbild mit Dokumenten (1867-1947), 1. Halbband: Biographie, 389 S., Berlin 2000; 2. Halbband: Dokumente, 537 S., Berlin 2001.

In einer Zeit, da Beamte des DGB – geschichtsvergessen – dabei sind, die vor einhundert Jahren von Arbeitergroschen gebauten gewerkschaftseigenen Häuser – steinerne Zeugen der Gewerkschaftsgeschichte, Stätten der Aufklärung(!), Ermunterung und Erholung für Angehörige der Lohnarbeiterschaft, auch eine materielle Basis für ihre Organisationen – zu verkaufen, soll hier aus gegebenem Anlaß an einen der geistigen Urheber und tätigen Verfechter dieser Stätten erinnert werden: Theodor Leipart. Er stand mit am Beginn der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, formte sie im Verlauf eines halben Jahrhunderts maßgebend organisatorisch und inhaltlich und setzte seine ganze Persönlichkeit für den geistigen, kulturellen und materiellen Aufstieg der Lohnarbeiterschaft ein. In »UTOPIE kreativ« wurde sein bleibender Anteil am Werden der deutschen Gewerkschaften – Leipart könnte man ihren Bebel nennen – vor zehn Jahren in aller Kürze umrissen und gewürdigt.¹

Von der kommunistischen bzw. SED-Historiographie überwiegend als Verräter an Arbeiterinteressen vor 1933 gebrandmarkt, von der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung nach 1946 weitgehend als Unperson bzw. verantwortlich für das Ende der freien Gewerkschaften 1933 behandelt, ist Theodor Leipart heute vergessen, auch in den Gewerkschaften des DGB sein Name den meisten unbekannt.

Dem negierenden, ja abwertenden Umgang mit Leipart in der westdeutschen Historiographie liegt zweifellos die Tatsache zugrunde, dass er sich 1945/1946 für die Einheit der politischen Arbeiterbewegung – also für die SED – (auch öffentlich) eingesetzt hatte und 1946 Mitglied der SED wurde. Die Distanz ihm gegenüber zeigte sich schon, als Leipart in der Nacht vom 22. zum 23. März 1947 gestorben war: Während sein Leichnam am 1. April d. J. auf dem Friedhof der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde feierlich beerdigt wurde – für die SED sprach Otto Grotewohl die Totenrede –, wurde im Westen Deutschlands von der SPD und den Gewerkschaften seiner kaum gedacht. Dafür steht auch die Tatsache, dass mehrere Nachrufe, die Leiparts jahrzehntelanger Mitstreiter Fritz Tarnow, 1947 Sekretär der Gewerkschaften der amerikanischen Besatzungszone, geschrieben hatte, so u. a. für die »Gewerkschaftlichen Monatshefte«, nicht veröffentlicht wurden; ebenso nicht ein Gedenkartikel, den Tarnow zwei Jahre später für die »Holzarbeiter-Zeitung« verfasst hatte.

Im folgenden veröffentlichen wir einen der Nachrufe, datiert mit 1. April 1947, und den Gedenkartikel vom 20. Dezember 1949, die

sich im Nachlass von Fritz Tarnow im DGB-Archiv, aufbewahrt im Archiv der sozialen Demokratie (AsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, befinden. Die Redaktion dankt dem AsD für die Erlaubnis, die zwei Dokumente zu veröffentlichen.

ULLA PLENER

Zum Gedächtnis Theodor Leiparts

von Fritz Tarnow

Zonensekretär der Gewerkschaften der US-Zone (1947)

Heute vor wenigen Stunden wurden in Berlin, verbunden mit großen Trauerfeierlichkeiten, die sterblichen Überreste Theodor Leiparts beigesetzt, des großen deutschen Gewerkschaftsführers, der kurz vor der Vollendung seines 80. Lebensjahres gestorben ist. In der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung wird sein Name neben dem von Carl Legien als Schöpfer und Gestalter der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung für alle Zeiten erhalten bleiben. In den Jahren 1920 und 1921 war Leipart Arbeitsminister in der württembergischen Regierung. Von dieser Periode abgesehen stand er von seiner frühesten Jugend an bis zum Ausbruch des Dritten Reiches an hervorragender Stelle in der Gewerkschaftsbewegung.

Die ersten Anfänge der Bewegung fallen in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts, aber sie wurden wieder zerstört durch das Sozialistengesetz, das von 1878 bis 1890 in Kraft war. Ein halbes Jahr nach dem Fall des Gesetzes trat in Halberstadt eine Gewerkschaftskonferenz zusammen, um den Aufbau und die Zentralisierung der Gewerkschaften zu beraten. Einer der jüngsten Delegierten war der 24jährige Drechslergeselle Theodor Leipart, der von Hamburg aus zusammen mit seinem älteren Berufskollegen Carl Legien diese Konferenz vorbereitet hatte.

Von dieser Zeit an waren Carl Legien und Theodor Leipart führende und bald *die* führenden Köpfe der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Legien, der schon vor 25 Jahren das Zeitliche gesegnet hat, war von der Halberstädter Konferenz als Vorsitzender der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, des Vorläufers des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, gewählt worden. Theodor Leipart arbeitete zunächst von der Spitze seines Berufsverbandes aus am Zusammenschluß der Verbände. Zwei Jahre nach der Halberstädter Konferenz schlossen sich unter seiner Führung die Verbände der Tischler, Drechsler, Wagner und Bürstenmacher zum Deutschen Holzarbeiter-Verband zusammen, Leipart wurde zunächst zweiter, von 1908 an erster Vorsitzender dieses Verbandes. Daneben war er unermüdlich tätig an der Entwicklung der gewerkschaftlichen Gesamtbewegung. Als Carl Legien im Jahre 1920 starb, war es nur eine Selbstverständlichkeit, daß Theodor Leipart an diese Stelle berufen wurde.

Seine Leistungen und seine Verdienste um die Gewerkschaftsbewegung schildern wollen, würde bedeuten, ein wesentliches Stück der Gewerkschaftsgeschichte wiederzugeben. Theodor Leipart war

2 Das stimmt nicht ganz. Der Vater war ein unselbständiger Damenschneider, der meistens mit Gelegenheitsarbeiten für den Unterhalt der Familie sorgte. Leipart wurde als siebentes von 12 Kindern geboren: »Bittere Armut und große Kinderschar daheim«, wie er später schrieb, waren seine bleibenden Kindheitserlebnisse. Den Besuch einer »höheren« Bürgerschule (später Mittelschule) war der hochherzigen Hilfe eines Neubrandenburger Syndikus, Vater eines von Leiparts Schulfreunden, zu verdanken, der die Kosten für seinen Besuch der weiterführenden Schule übernommen hatte.

3 Danach folgt im Manuskript eine längere Passage, die Tarnow gestrichen und nach dem Satz »Alle waren völlig überrascht und aufs Tiefste bestürzt« – wie hier abgedruckt – zusammengefaßt hat. Die gestrichene Textstelle lautet:

»Daß es für Leipart die schwerste Entscheidung seines Lebens war, daß er deswegen heftig mit sich selbst gerungen habe, – jeder war davon überzeugt, auch wenn er das nicht selbst bekannt hätte. Aber warum vor einer politisch dirigierten und gewerkschaftlich nicht ernst zu nehmenden Minderheit kapitulieren? Sollen wir alle dem Beispiel folgen und unsere Organisation an unverantwortliche Elemente ausliefern? Gequält wehrte Leipart ab: ›Selbstverständlich kann davon keine Rede sein, (und) ihr müßt Eure Plätze wieder einnehmen, wenn ihr gewählt werdet, und müßt den Verband nach dem Willen der Mehrheit führen. Der Vorsitzende aber muß

ein unermüdlicher Arbeiter, der sich für ein Privatleben niemals Zeit gönnte. Er war ein Fanatiker der Sachlichkeit. Aus vielen Jahren enger Zusammenarbeit mit ihm kann ich mich nicht entsinnen, jemals aus seinem Munde Plattheiten oder inhaltslose Phrasen gehört zu haben. Wenn er sprach, hatte er auch immer etwas zu sagen, und jedes Wort war sorgfältig überlegt. Mit solchen strengen Grundsätzen war ihm der Weg zur Tribüne des zündenden Volksredners versperrt, und er gab sich auch keine Mühe, etwas zu sein, was seiner Natur nicht entsprach.

Theodor Leipart war ein grundsauberer und redlicher Mensch, von einer Vornehmheit des Charakters, die das Wort vom Adel der Persönlichkeit rechtfertigt. Sein Platz war immer dort, wo positiv gearbeitet wurde. Auf ihn richteten sich alle Blicke, wenn es galt, den Weg aus einer schwierigen Situation zu finden. Überall hatte er einen starken Einfluß auf seine Umgebung durch kein anderes Mittel als die überzeugende Logik seiner Argumente.

Ein ausgesprochener Realpolitiker, wie es Theodor Leipart war, konnte er von Außenstehenden leicht als eine kühle Natur angesehen werden. Wer ihm näher kam, entdeckte einen Menschen mit einem glühenden Idealismus für die Sache, der er sein Leben gewidmet hatte. Mit Theodor Leipart hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung einen ihrer größten Führer und einen ihrer besten verloren.

Maschinenschriftliches Manuskript vom 1. April 1947, in: DGB-Archiv/Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Nachlaß Fritz Tarnow

Fritz Tarnow

Theodor Leipart zum Gedächtnis (1949)

Als im Herbst 1886 in einer Versammlung des Fachvereins der Drechsler in Hamburg der kurz vorher zugewanderte 25jährige Drechslergeselle Carl Legien mit einer Diskussionsrede seine gewerkschaftliche Laufbahn einleitete, saß als Schriftführer am Vorstandstisch der 19jährige Theodor Leipart. An diesem Abend begann die persönliche Freundschaft und enge gewerkschaftliche Zusammenarbeit dieser beiden bedeutendsten Persönlichkeiten der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Zeit bis 1933, eine Zusammenarbeit, von der ein wesentliches Stück der Gewerkschaftsgeschichte geformt wurde.

Vom damaligen Arbeitermilieu aus gesehen, stammte Leipart aus etwas »besseren Verhältnissen«. Am 17. Mai 1867 in Neubrandenburg (Mecklenburg) geboren, konnte ihn sein Vater, ein kleiner selbständiger Damenschneider, eine Mittelschule besuchen lassen, bevor er ihn in die Drechslerlehre gab.² Kaum ausgelernt, war der junge Leipart auch schon im Fachverein, mit seiner »höheren« Schulbildung und Schreibgewandtheit eine hochwillkommene Kraft für die Erledigung von schriftlichen Arbeiten, das Verfassen von Flugblättern und bald auch für die Redaktion des »Fachblatt für Drechsler«, das in einem kleinen Hamburger Verlag erschien, der auch noch einige andere gewerkschaftliche Fachzeitungen herausgab. Als auch deren

redaktionelle Bearbeitung dem anstelligen Leipart übertragen worden war, mußte er Abschied von der Drehbank nehmen.

Von nun an steht Leipart, erst 23 Jahre alt, mit seiner vollen Arbeitskraft im Dienste der Gewerkschaftsbewegung. Legien, inzwischen Vorsitzender des Deutschen Drechslerverbandes geworden, wird Ende 1890 als hauptamtlicher Sekretär der neu gegründeten Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eingesetzt. Leipart übernimmt seinen Platz als Vorsitzender des Drechslerverbandes, der 1893 mit den verwandten Berufsorganisationen zum Deutschen Holzarbeiter-Verband verschmilzt. Als dessen stellvertretender Vorsitzender (1908 wird er erster) siedelt Leipart nach Stuttgart über, dem Sitz des Verbandes, der 1908 nach Berlin verlegt wird. In den Weihnachtstagen 1920 stirbt Carl Legien, nun Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, und es ist fast eine Selbstverständlichkeit, daß Theodor Leipart zu seinem Nachfolger gewählt wird.

Mit den führenden Positionen in seiner Berufs- und Industrie-gewerkschaft verband Leipart stets ein höchst aktives Interesse für die Förderung der Gesamtbewegung. Zusammen mit Legien hatte er schon den Zentralisationsplan ausgearbeitet, der unmittelbar nach dem Fall des Sozialistengesetzes der Berliner Gewerkschaftskonferenz im November 1890 vorgelegt wurde. In den nachfolgenden Jahren und Jahrzehnten des Aufstiegs, des inneren Ausbaus und der Erweiterung der Aufgabengebiete der Gewerkschaftsbewegung – immer steht Leipart neben Legien mit im Vordergrund der Gesamtbewegung, der eine an der Spitze der Generalkommission, später des ADGB, der andere als respektierter Wortführer im Rate der Verbandsvorstände.

Leipart war mit einer nach Ausdauer wie Intensität fast unbegreiflichen Arbeitskraft begnadet. In den Jahren meiner engen Zusammenarbeit mit ihm in der Holzarbeiter-Zentrale war er immer einer der ersten morgens auf dem Büro, um abends noch stundenlang nach Büroschluß, oft bis tief in die Nacht hinein, an seinem Schreibtisch weiter zu arbeiten. Er gönnte sich kaum ein Privatleben und noch weniger Zeit für gesellschaftliche Zerstreuungen. Es gab kein Gebiet der gewerkschaftlichen Betätigung – ob es sich um die vielseitigen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik handelte, um die des Arbeitsrechts oder der Sozialversicherung, um den Lohnkampf und die Tarifvertragspolitik oder um die innere Verwaltung der Gewerkschaften, das Kassen- und Abrechnungswesen, Presse und Bildung, Agitation, Statistik und was sonst dazu gehört –, in das Leipart sich nicht mit der ihm eigenen Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit auch im Kleinsten hineingewählt hätte, immer initiativ, führend und anregend. Auch als es mit dem wachsenden Einfluß der Gewerkschaften auf das öffentliche Leben und der gesteigerten Vielfältigkeit der Aufgaben für den Einzelnen immer unmöglicher wurde, auf allen Gebieten gleich gut beschlagen zu sein, nachdem auch der Gewerkschaftsdienst arbeitsteilig geworden war und Spezialisten herangebildet worden waren, immer noch konnte jeder von diesen sich auf seinem Fachgebiete von Leipart guten Rat und Anregungen holen.

Seiner ganzen Denkungsart nach mußte Leipart als Gewerkschaftspolitiker den Weg der »realen Möglichkeiten« gehen. Nicht

das Vertrauen der gesamten Mitgliedschaft haben, und da ich es für mich nicht mehr bekommen kann, muß ich gehen. Ich habe mir zwar nicht das Geringste vorzuwerfen, ich glaube auch, daß die Kollegen, die heute in der Opposition stehen, wieder vernünftig werden. Wir müssen alles tun, um die Einheit wieder herzustellen. Jeder muß seinen Teil dazu beitragen. Ich bin überzeugt, daß das schneller erreicht wird, wenn ich, der nun einmal als der Hauptverantwortliche gilt, von meinem Platze abtrete. Durch kein Zureden ließ sich Leipart von seinem Entschluß abdrängen. Er hielt es einfach für seine Pflicht, sich für das Wohl des Verbandes selbst zu opfern. Man muß bedenken, daß es damals die Anfänge in der Spaltung der Arbeiterbewegung waren. Später wird auch Leipart gefunden haben, daß es recht naiv war, von solchen persönlichen Opfern die Besänftigung einer grundsätzlichen Opposition zu erwarten.«

4 Der Gedanke der unbedingt notwendigen Einheit – hier der Gewerkschaftsbewegung, später, 1945, auch der politischen Arbeiterbewegung – beherrschte Leipart auch schon während des Ersten Weltkrieges und umso mehr nach dem Zweiten. Deshalb sein Eintreten für und sein Eintritt in die SED.

5 Das stimmt nicht. Die Protokolle der Vorstandssitzungen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes (DHV) weisen Leiparts Anwesenheit bis einschließlich 11. August 1919 aus. Auf dem 10. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands (30. Juni-5. Juli 1919)

in Nürnberg, auf dem der ADGB gegründet wurde, referierte er zu den zwei grundlegenden Tagesordnungspunkten: (4) Die Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften. Die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte (dabei begründete er u. a. Ideen der Wirtschaftsdemokratie) und (6) Satzungen des ADGB.

Leipart war einer der drei Vorsitzenden des Kongresses und ergriff vielfach das Wort in der Diskussion. Ende Juli/Anfang August nahm er am 1. Allgemeinen Internationalen Gewerkschaftskongress in Amsterdam teil. Von hier aus initiierte er den ersten Nachkriegskongress der (von ihm 1904 initiierten, gegründeten und auch während der Kriegsjahre erhaltenen und geführten) Internationalen Union der Holzarbeiter.

6 Im März 1919 hatte Leipart das Angebot abgelehnt, preußischer Eisenbahnminister zu werden. Nach dem Rücktritt als Vorsitzender des DHV am 11. August 1919 übernahm er auf Einladung der SPD, die in Württemberg Regierungspartei wurde, am 25. August das Amt des Ministers für Arbeit, das er bis zum Austritt der SPD aus der Regierung im Juni 1920 ausübte. Am 6. Juni 1920 wurde er in den Württembergischen Landtag gewählt und legte am 16. Februar 1921, nach seiner Wahl am 19. Januar d. J. zum Vorsitzenden des ADGB, sein Mandat nieder.

7 Mit diesen Gedanken folgte Leipart Lothar Erdmann, Chefredakteur der Monatszeitschrift »Die Arbeit« und Vertrauter Leiparts. Zu Erdmann vgl.

etwa als ob er als nüchterner Rechner nur Gegenwärtsmöglichkeiten gesehen hätte. Er war überzeugter Sozialist mit der glühenden Sehnsucht nach einer Umgestaltung der Gesellschaftsordnung und dem festen Glauben an die Verwirklichung dieses Zieles. Aber sein scharfer Verstand und seine unbestechliche Wahrheitsliebe auch gegen sich selbst warnten ihn vor der Illusion und dem Selbstbetrug von Wunschträumen. *Sozialismus kann nicht erträumt, er muss durch soziale Gestaltung gemacht werden, und jeder praktische Fortschritt auf diesem Wege ist revolutionärer als ein noch so radikaler Wortrevolutionismus* – das war die feste Grundlage seiner sozialistischen Weltanschauung. Er sah schon frühzeitig, daß selbst nach einer Eroberung der politischen Macht die Verwirklichung der sozialistischen Ziele nur in einem Entwicklungsprozeß möglich sei, daß dieser Prozeß aber bereits in der Gegenwart begonnen habe und daß es ganz besonders die sozialistische Mission der Gewerkschaften sei, diesen Prozeß bewußt weiter zu treiben.

Heute sind solche Gedanken Gemeingut in den Erkenntnissen auch der politischen demokratisch-sozialistischen Bewegung geworden. Zu einer Zeit aber, in der die praktische Einflußlosigkeit der Arbeiterbewegung auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse die ideologischen Träume um so unbeschwerter über die Wolken hinaus steigen ließ, konnte es nicht ausbleiben, daß Leipart als der Prototyp des »Reformisten« heftig verschrien wurde.

Der Anlaß für das Ausscheiden Leiparts aus der Leitung des Holzarbeiter-Verbandes ist charakteristisch für das fast überspitzte Verantwortungsgefühl, von dem er bei all seinem Handeln beherrscht wurde. Es war unmittelbar nach dem Ersten Weltkriege, die politische Arbeiterbewegung hatte sich wegen der Kriegspolitik gespalten, und die parteipolitischen Gegensätze wurden nun auch in die Gewerkschaften hineingetragen. Auch der Holzarbeiter-Verbandstag konnte dem Schicksal nicht entgehen, daß eine Minderheitsdelegation als grundsätzliche Opposition aufmarschierte und nach der Beseitigung des Vorstandes schrie. Die übergroße Mehrheit des Verbandstages stellte sich nur um so einmütiger und fester hinter die Leitung. Über das Resultat der Abstimmung konnte nicht der mindeste Zweifel obwalten, aber bevor es dazu kam, gab Leipart – nach einer schlaflos durchgrübelten Nacht – vor dem engeren Funktionskreise seinen Entschluß bekannt, auf eine Wiederwahl verzichten zu wollen. Alle waren völlig überrascht und aufs Tiefste bestürzt.³ Vor einer parteipolitisch dirigierten und gewerkschaftlich nicht ernst zu nehmenden Opposition kapitulieren? Sollten wir etwa alle dem Beispiel folgen und damit den Verband an unverantwortliche Elemente ausliefern, die in keiner Weise legitimiert und berufen waren?

Leipart erwies sich für alle Argumente unzugänglich. Seine Verpflichtung sei eine andere als die unsere, hielt er uns entgegen, der Vorsitzende müsse das Vertrauen der gesamten Mitgliedschaft haben. Da er es nicht mehr besitze, müsse er gehen. Es müsse jetzt alles versucht werden, und kein persönliches Opfer sei dafür zu groß, um die innere Geschlossenheit wieder herzustellen. Die Opposition würde leichter in der Lage sein, dazu die Hand zu bieten, wenn er, auf den sich alle Angriffe konzentrierten, zurücktrete.⁴

Leipart blieb bei seinem Entschluss und zog sich, ohne festen Plan für sein weiteres Schaffen, ins Privatleben zurück.⁵ Einige Monate später wurde er als Arbeitsminister nach Württemberg berufen, schied aber durch einen Wechsel der Regierungskoalition nach einem Jahr dort wieder aus.⁶ Bald danach starb Carl Legien, und mit der Übertragung der Nachfolgeschafft auf Leipart wurde dieser seiner gewerkschaftlichen Bestimmung zurückgegeben.

Nicht nur durch seine Stellung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, auch durch seine Persönlichkeit gehörte Leipart zu den bekanntesten und geachtetsten Führern auch in der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Bis Kriegsausbruch (1914) war er Sekretär der von ihm aufgebauten Internationalen Union der Holzarbeiter, nach dem Krieg Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Auch auf diesem Gebiete blieb er seiner Natur treu und suchte unter der Oberfläche nach dem tieferen Gehalt und nach Ansatzpunkten für eine Steigerung des gewerkschaftlichen Einflusses. Er warnte vor der Illusion, daß die Schwäche der nationalen Arbeiterbewegungen durch Internationalität ausgeglichen werden könne. Es gibt »nur einen Weg zur weltpolitischen Geltung der Arbeiterbewegung«, sagte er einmal, »in jedem Lande die wirtschaftliche und politische Machtstellung – das Wort im weitesten Sinne gefaßt – so auszubauen, daß die Vertreter der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Forderungen der Arbeiterbewegung die repräsentativen Führer der Mehrheit des Volkes werden«. Aber, so gingen Leiparts Überlegungen weiter, und darauf, mit einem Blick auf Deutschland, hinzuweisen war ihm wichtig, dieses Ziel kann nicht erreicht werden, wo die Arbeiterbewegung sich exklusiv gegen die Nation, in der sie lebt, abschließt: »Die Voraussetzung für die Machtsteigerung ist, daß die Spannung zwischen Arbeiterbewegung und Nation überwunden wird, die jetzt noch zu beider Schaden besteht. Die geistige Eroberung der Nation ist ebenso wichtig und erheblich schwerer als die bloße Eroberung der politischen Macht. Nur durch die geistige Eroberung der Nation, d. h. dadurch, daß die Arbeiterbewegung zur repräsentativen nationalen Bewegung wird, kann sie ihre wirtschaftliche und politische Macht wirklich konsolidieren.«⁷ Die Arbeiterbewegung aus dem Elfenbeinturm einer mißverstandenen Klassenkampfideologie herauszuführen und an der »geistigen Eroberung der Nation« zu arbeiten, sah Leipart nicht als die geringste seiner Pflichten an. In der Gesellschaft für soziale Reform z. B. oder als einer der drei Präsidenten des Reichswirtschaftsrats ...⁸

Leipart war ein geschworener Feind jeglicher Phraseologie. Als Volksredner war er deswegen wenig brauchbar. Wo er aber auf Kongressen oder Konferenzen das Wort nahm, wußten die Zuhörer im voraus, daß er etwas zu sagen haben würde, und niemals kam der Verhandlungsleiter in die Verlegenheit, um Aufmerksamkeit für den Redner ersuchen zu müssen.

Wie er auch große und weitgespannte Ideen mit den einfachsten Worten konzentriert darzustellen und hinreißen zu begründen vermochte, mag hier aus einem Beitrage gezeigt werden, den er vor mehr als 20 Jahren zu der damals schon leidenschaftlich diskutierten Frage der Wirtschaftsdemokratie beisteuerte: »Die Wirtschaft ist

Ilse Fischer: Versöhnung von Nation und Sozialismus? Lothar Erdmann (1888-1939). Biographie und Auszüge aus den Tagebüchern, Bonn (2004).

8 Handschriftlicher Nachtrag, unleserlich.

9 Bei Leipart im Original: Wirtschaftsbürger !

10 Tarnow zitiert hier aus dem Artikel Theodor Leiparts in: Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, Berlin, H. 1 (Januar) 1926, nachgedruckt in: U. Plener, Theodor Leipart, 2. Halbband, S. 336-344, hier S. 342/343.

11 F. v. Papen, seit 1. Juni 1932 Reichskanzler, wurde am 20. Juli d. J. durch Notverordnung zum Reichskommissar für Preußen ernannt, die preußische (SPD-geführte) Regierung abgesetzt und damit der Weg zur Nazi-Diktatur weiter geöffnet.

12 Im Gegensatz zu Darstellungen in der westdeutschen Literatur hatte sich Leipart den Nazis nicht gebeugt. Als er sich am 13. April 1933 zusammen mit Wilhelm Leuschner und weiteren ADGB-Vertretern mit Nazifunktionären auf deren Einladung hin traf und letztere von ihm forderten, die Leitung des ADGB an sie gegen eine »angemessene Pension« zu übergeben, lehnte Leipart das ab und erklärte: »Sie wissen, daß wir alle Sozialdemokraten sind, die ein Leben lang gekämpft und gelitten haben. Wir stehen zu unseren seitherigen Auffassungen.« – »Sorgen Sie dafür, daß nun endlich die zahlreichen Überfälle auf unsere

Mitglieder unterbleiben, die drangsaliert, mißhandelt, ja zu Tode geprügelt werden... Sie haben unser Eigentum zerstört. Noch heute sind 43 Gewerkschaftshäuser besetzt und damit die Gewerkschaften an der Ausübung ihrer sozialpolitischen Arbeiten gehindert. Sie haben die Absicht, nun auch noch die Gewerkschaften zu zerschlagen...« – »Sie sagen, daß die derzeitigen Gewerkschaften verschwinden müßten, weil sie die Erwartungen nicht erfüllt und nichts geleistet hätten. Wissen Sie, wie es vor 50 Jahren ausgesehen hat? Wissen Sie, daß die Arbeiter 14 Stunden schufteten, keine Ferien, kaum einen Sonntag hatten? Wissen Sie, daß ihre Löhne schlecht (waren), daß sie in Elendshütten hausten, von den Kulturgütern überhaupt ausgeschlossen waren? Da kamen wir und haben die Arbeiter herausgehoben zu dem, was sie heute bedeuten.« – »Wir müssen es ablehnen, Verräter an unserer Sache zu sein, denn es ist unser Lebenswerk.« (Zit. nach U. Plener: Theodor Leipart..., 2. Halbband, S. 465.) Über den Anteil Leiparts am Widerstand gegen das Nazi-Regime in den Jahren 1933-1945 vgl. ebenda, 1. Halbband, S. 296-303.

13 Der »führende Gewerkschafter des AfA-Bundes« (des Allgemeinen freien Angestelltenbundes) war Siegfried Aufhäuser.

nicht eine private, sondern eine öffentliche Angelegenheit. Jeder, der in der Wirtschaft wirkt und arbeitet, soll seine Tätigkeit als einen Dienst am Volke betrachten. Der arbeitende Mensch hat für die Wirtschaft eine noch größere Bedeutung als die Produktionsmittel. Genau wie im Staate sollen auch in der Wirtschaft die Arbeiter nicht mehr länger Untertanen sein, sondern gleichberechtigte Staatsbürger.⁹ Dann wird auch eintreten, daß die Wirtschaft nicht mehr vom Erwerbsinteresse des Einzelnen, sondern vom Versorgungsinteresse der Gesamtheit geführt wird... Die Wirtschaft ist die Grundlage für das Gedeihen des Staates und des Volkes. Man nennt sie Volkswirtschaft, weil sie die Wirtschaft des Volkes für das Volk sein soll. Also ist die Wirtschaft eine Volksangelegenheit und nicht eine Privatsache des Unternehmertums.«¹⁰

Die letzten dramatischen Wochen und Monate vor dem 2. Mai 1933 und die Rolle Leiparts in dieser Zeit schildern zu wollen, würde bei weitem den Raum überschreiten, der hier zur Verfügung steht. Seit dem Papen-Putsch¹¹ waren die größten Anstrengungen gemacht worden, um für einen Wiederholungsfall besser zum Widerstande gerüstet zu sein. Das Ergebnis aller Bemühungen, ehrlich eingeschätzt, war aber nichts anderes als die immer sicherere Erkenntnis, daß die Widerstandskraft der organisierten Arbeiterbewegung durch die Massenarbeitslosigkeit der ökonomischen Krise gebrochen war. Niemand litt unter der Hoffnungslosigkeit gegenüber der heranrollenden nazistischen Lawine mehr als Leipart, denn ihm ging gänzlich die Fähigkeit ab, in die Illusion flüchten zu können, wo der Verstand einen Ausweg nicht mehr sieht.

Nur wem die Persönlichkeit Leiparts völlig fremd geblieben ist, könnte dem Gedanken Raum geben, daß er auch nur einen Augenblick mit der Idee gespielt haben könne, sich »gleichzuschalten«.¹²

Es war einige Wochen vor dem 2. Mai – die letzten Illusionen über das, was kommen würde, waren schon verblaßt – als Leipart in der Bundesvorstandssitzung über die Unterredung mit einem führenden Gewerkschafter des AFA-Bundes berichtete, der ihn davon in Kenntnis gesetzt habe, daß er von seiner Stellung zurückgetreten sei.¹³ Leipart schloß mit der Frage an den Bundesvorstand, ob etwa der Wunsch nach einer Aussprache darüber bestünde, ob es auch für uns ratsam sei, eine solche Konsequenz zu ziehen. Noch bevor jemand anders sich dazu äußern konnte, erklärte Leipart: »Ich bin der Meinung, daß der Kapitän nur als letzter das sinkende Schiff verlassen darf.«

Maschinenschriftliches Manuskript vom 20. Dezember 1949 für die Holzarbeiter-Zeitung, in: DGB-Archiv/ Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nachlaß Fritz Tarnow: 1/FTAA 4

CHRISTEL HARTINGER.

»Nicht gegen mein Gewissen«

Gespräche mit Felicia Langer

Die israelische Rechtsanwältin Felicia Langer ist in ihrem Leben wahrlich nicht verwöhnt worden mit solidarischer Anerkennung und öffentlicher Unterstützung ihrer Arbeit und ihres Engagements: 23 Jahre kämpfte sie – im Namen des Völkerrechts und auf dem Boden vieler UNO-Resolutionen – für die Rechte und damit für die Lebensgrundlagen, gegen die Diskriminierung und damit gegen die soziale Vernichtung vieler angeklagter palästinensischer Frauen und Männer, Kinder, ganzer Familien. Felicia Langer schloß 1990 aus der Erfahrung heraus, daß sie in ihrer Anwaltstätigkeit prinzipiell gehindert wurde, ihren Mandanten Recht zu verschaffen, ihre Kanzlei in Tel Aviv. »Es war keine Entscheidung aus Schwäche. Ich wollte diesem System nicht mehr dienen.« Sie lebt seither mit ihrer Familie in Deutschland, in Tübingen, und kämpft auf andere Weise weltweit – mit Vorträgen, Diskussionen und Lesungen über die Ursachen der Kriege und Gewaltprozesse in Nahost, über die Sackgassen wie Perspektiven der sogenannten Palästina-Frage, über das anhaltende Wegschauen bei andauernder Verantwortung der Weltgemeinschaft – für einen Frieden durch zurückgegebenes Land, für einen (ihr Wort – Chr. H.) Frieden durch Gerechtigkeit ...

Sicher, Felicia Langers jahrzehntelanger rückhaltloser Einsatz für eine selbstbestimmte Gesellschaft des palästinensischen Volkes erhielt 1990 mit dem Alternativen Friedensnobelpreis eine Ehrung, in der sie ausgebliebene Anerkennung als inbegriffen empfinden konnte; 1998 würdigte sie die israelische Zeitschrift DU als eine der fünfzig bedeutendsten Frauenpersönlichkeiten des Landes. In allen Arbeitsphasen aber ist sie – auch in Deutschland, nicht nur in Israel – immer wieder massiv angegriffen, denunziert, beleidigt worden, erhielt sie Morddrohungen. Der Tenor solcher Angriffe floß in Beschimpfungen wie »Araberhure« oder »Nestbeschmutzerin« zusammen ...

2005 erschienen zwei Bücher, in denen die Juristin, die Menschenrechtlerin, die Autorin Felicia Langer im Mittelpunkt steht: im Lamuv Verlag die von Karl-Klaus Rabe herausgegebene Lebensdarstellung »Felicia Langer. Die Frau, die niemals schweigt. Stationen eines Lebens« und Hans-Dieter Schütts Gespräche mit Felicia Langer.

Obwohl Rabes Buch auf den ersten Blick scheinbar nur Auszüge aus ihren bisherigen Titeln neu zusammenfügt, hebt sich aus diesen ursprünglich publizistisch-zeitgeschichtlichen Textpassagen durch kompetente Auswahl wie Auslassung gleichsam ein Lebens-Raster heraus, wird in elf Kapiteln gewissermaßen die Lebenslinie nachge-

Christel Hartinger – 1941, Dr. phil., Literaturwissenschaftlerin, Herausgaben und Nachworte gemeinsam mit Walfried Hartinger zu: Georg Maurer, Volker Braun, Adel Karasholi, Heinz Czechowski, Steffen Mensching, Ralph Grüneberger u.a., Gründung und Beratung von »Erzählen und Schreiben. Freitagswerkstatt-Verein DIALOG e.V.«; Gründung und Beratung von Irmtraud-Morgner-Tafelrunde. Frauenzentrum LILAVILLA Chemnitz

Hans-Dieter Schütt: »Nicht gegen Mein Gewissen« Gespräche mit Felicia Langer, Karl Dietz Verlag Berlin 2005, 9,90 Euro

Der LamuvVerlag Göttingen veröffentlichte Felicia Langers politische Publizistik – ihre Bücher mit jeweils einer besonderen Thematik: Ihrer ersten Analyse »Zeit der Steine«(1990) folgen u. a. ihre Autobiographie »Zorn und Hoffnung« (1991), die Untersuchung »Laßt uns wie Menschen leben. Schein und Wirklichkeit in Palästina« (1996), der Bericht über die zweite Intifada der Palästinenser »Quo vadis Israel?« (2001), die Entwürfungen zu »Brandherd Nahost – oder: Die geduldete Heuchelei« (2004). Die Erinnerungen ihres Mannes an Deportation und Gefangenschaft in fünf faschistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern, von ihr nach seinem lebenslangen Schweigen aufgeschrieben, erschienen 1999 unter dem Titel »Miecius später Bericht – Eine Jugend zwischen Getto und Theresienstadt«.

zeichnet; daß es möglich ist, aus ihren Palästina-Untersuchungen eine solche autobiographisch-biographische Stationenfolge zu rekonstruieren, liegt m. E. in Felicia Langers genereller, sehr spezifischer Methode des Schreibens begründet.

Die Protokolle der Hans-Dieter Schütt von Felicia Langer gewährten Befragung drehen sich um sie, um sie allein. Sehr konsequent bezieht sich alles, wonach gefragt wird bzw. was zur Sprache kommt, auf sie, wächst ein gesprochenes Selbstporträt: Wir begegnen ihrer Subjektivität in optimaler Dichte.

Nach den Gründen ihres erst spät, 1959 in Israel begonnenen Jurastudiums befragt, verneint Felicia Langer ausdrücklich und ohne Zögern, daß die Perspektive, wohlhabend werden zu können, dafür überhaupt eine Rolle gespielt habe; sie berichtet aber von einer Befürchtung, die sie wiederholt quälte, wenn sie ihre Studienwahl damals verwunderter Neugier gegenüber begründen sollte: »Diese Angst, die hatte ich oft und konnte nichts dagegen tun. Ich meine die Angst, dass mich jemand um meine ehrliche Ansicht bittet und ich dann spüre, man hält mich nicht für sehr authentisch. Stets diese Mutmaßung: Na, da muß doch etwas anderes dahinterstecken hinter ihrem Ethos und Pathos ... Es ging mir nicht ums Geld, und ich gebe zu, ich fürchtete auch, keine ausreichende Kraft zu haben. Mit Kind und Haushalt. Und dann kam diese verfluchte Besetzung der palästinensischen Gebiete. Bald darauf, nachdem ich mich entschlossen hatte, für diese gedemütigten Menschen zu arbeiten, hatte der Tag Ausmaße, sozusagen über vierundzwanzig Stunden hinaus. Es gab keinen Unterschied mehr zwischen Tag und Nacht, es gab keinen Samstag, keinen Sonntag, es gab nur Werktage. Mieciu (ihr Mann – d. Red.) hat mich oft an diesen Wechsel erinnert, an diesen Kraftausbruch, an diese Energie, die aus dem Nichts zu wachsen schien und so gar nichts mit der Frau zu tun hatte, die ich eben noch war. Wie ausgewechselt ging ich durchs Leben. Es schien, als sei ein Blitz in mich gefahren. Wenn Mieciu den Kopf schüttelte ..., sagte ich nur: Das, Mieciu, ist die Motivation ... Jetzt hatte ich sie plötzlich, und sie verwandelte mich, oder: Sie führte mich zu mir zurück. Ich war nun Ich, ganz und gar, ohne jedes gespaltene Bewußtsein.«

Auf die verallgemeinernde Frage, ob wir Menschen so reagieren, »wie wir müssen, oder so, wie wir wollen«, antwortet Felicia Langer wiederum mit Blick auf ihre Verfaßtheit: »Wenn ich nicht nützlich sein kann, werde ich müde. Ich kann mich nicht anstrengen, wenn es nicht ein Ziel gibt, das mich gewissermaßen übersteigt. Als dieses Ziel da war, der Kampf an der Seite der Palästinenser, da wusste ich von Beginn an, daß es mich übersteigen würde, daß ich also nur scheitern könne. Aber mit einem Male war alles gut. Ich denke, es geht nicht um die Frage, wie man handeln soll, es geht immer um die Frage, welches Handeln man eigentlich will ... und da sind wir wieder an dem Punkt, an dem ich mir so klar werde, was für ein glückliches Leben ich geführt habe ... Es war glückliche Arbeit mitten im Unglück der Menschen, die ich vertrat. Ein zerreißendes Gefühl. Ich habe alles getan und wenig erreicht. Aber ich habe doch alles erreicht im Leben, indem ich alles tun durfte, was mir entspricht ... Es gibt psychosomatische Krankheiten, ich hatte stets eine psychosomatische Gesundheit.«

Eine solche Konstituente wurde natürlich auf einem so großen Schauplatz – wie ihn ihr Lebensweg ständig erweiterte und veränderte, von vielen soziokulturellen Bedingtheiten geprägt. Von einer durchschnittlichen Entwicklungs-Normalität aus gesehen, kamen schon für das Mädchen Felicia durchaus ungewöhnliche und irritierende Faktoren ins Charakter-Spiel, bleiben ihr durchaus eigenartige, widersprüchlich-gegensätzliche Folgerungen ihrerseits für die sich formierende Disponiertheit ihrer Subjektivität zu erinnern. Entscheidend dabei aber, daß die Heranwachsende sich selbst auf die Spur kam, daß sie herausfand, was das Ihre sein könnte, weil es das Ihre sein sollte. Im Festhalten wie Loslassen, im Abwehren wie Begehren ...

Durch die Übersiedlung der jungen Langer-Familie nach Israel forcierte sich der in der Kriegskindheit im sowjetischen Exil begonnene Prozeß, in dem sich im Wechselspiel von eigenem Anspruch und erfahrener Befähigung das ihr »Gemäße« einpegelte. Dadurch – so ist Felicia Langer zu hören – hatte sie »nicht die Probleme derer, denen in ihrem Leben fortwährend so etwas wie ein Sinn verweigert wird.« Dadurch ist ihr »Glück« möglich, da »ich das tun durfte, was mir entspricht«. Es empfiehlt sich, den mitgeteilten feinen Unterschied zu markieren zwischen dem »Was ich kann« und dem »Was mir entspricht«. Nicht schon sei Glück, wenn das getan werden kann, was man darf; auch dann nicht, wenn das getan werden darf, was man kann. Glück ist erst dann, wenn getan werden darf, was man kann, weil es einem entspricht.

Motivation, die ausreicht für jahrzehntelange, bis in die völlige Erschöpfung hinein verlängerte Arbeitsanspannung, für jahrzehntelanges Übersteigen der unabweislich auch empfundenen Ohnmacht, der Niederlagen, des Schmerzes, die der unbotmäßigen Anwälten zugefügt wurden. Motivation, die begründete, daß Felicia Langers Palästina-Engagement nicht abriß oder erlosch mit der Kanzleischließung, mit der Veränderung der Tätigkeit in Deutschland – vom juristischen Plädoyer zum publizistischen Text. Eine Motivation, die andauerte über die Aufhebung des weltgeschichtlichen Lager-Status-Quo um 1990 hinaus. Diese Problematik berühren die Schütt-Gespräche zwangsläufig wiederholt, Felicia Langer antwortet immer fair, ohne Umschweife: »Die DDR war ein Land, das durch seine Solidarität mit Palästina sehr bekannt war. Ich hatte Vertrauen in dieses Land. Spätestens seit Chile 1973, als die DDR sehr viele Flüchtlinge aufnahm, war das Land allen antiimperialistischen Kräften ein Begriff. Auch, was Kunst und Literatur betrifft ... Ja, man hat dort meine Bücher verbreitet, ich habe in der außenpolitischen Zeitschrift HORIZONT publiziert. In der Bundesrepublik war ich nicht so bekannt, obwohl das Buch ›Mit eigenen Augen‹ auch hier erschienen ist.« Ihr Sohn Michael Langer habe, auf schwierigen Umwegen, in die DDR zum Studium gelangen können. Solche Erörterungen kulminieren schließlich in der Frage, warum sie so lange in der kommunistischen »Lehre« verhaftet geblieben sei. Auch das bliebe aus jenem Gesinnungs-Dilemma der kommunistischen Antifaschisten ihrer Generation zu erklären, in das der stalinistische Terror und der Hitler-Stalin-Pakt sie geführt hatte: »Ich wollte nicht glauben, was ich über Stalin und die Sowjetunion hörte. Stellen Sie sich nur vor-

Ebenfalls im LAMUV
VERLAG K.K.RABE,
GÖTTINGEN erschienen:
»Brücke der Träume«,
Neuaufgabe 2002,
»Wo Haß keine Grenzen
kennt«, 1995,
»Die Frau, die niemals
schweigt«, 2005,
»Die Entrechtung
der Palästinenser«, 2006.

für mich war Alexander Solschenizyn ein Faschist ... Er hat die Wahrheit gesagt ... die Verhaftungen, die Folterungen, diese vielen sibirischen Schicksale.« Und auf die zugespitzte Nachfrage, daß also der »Sozialismus als Krebsstation« zu begreifen gewesen wäre, bliebe eben auch – so die Befragte – zu begreifen: »Wie das klingt! Wer empört sich da nicht, wenn man an das Gute glaubt und weiß, wie schwer und opferreich und blutig es sich durch die Geschichte kämpfen mußte. Immer streiten sich Erfahrung und Utopie. Aber es ist zu allen Zeiten in der Politik das Gleiche: Den Freund kritisiert man nicht, weil man keine Geschenke an den Feind machen will.«

Zusammenhängend mit dem von Hans-Dieter Schütt mehrmals betonten Unterschied, den sie angeblich mache zwischen der von ihr als »völkerrechtswidrig« verurteilten israelischen Gewalt und dem von ihr offensichtlich »tolerierten« Palästinenser-Terror, verwahrt sie sich zunächst sehr entschieden dagegen: »Sie werden in meinen Büchern, in meinen Vorträgen nicht eine einzige Rechtfertigung für individuellen Terror finden. Im Gegenteil, ich verurteile die Anschläge aufs Schärfste«. Um dann auf die von ihm nachgesetzte Hartnäckigkeit, für das letztere habe sie doch eigentlich »Verständnis«, unmißverständlich festzustellen: »Nein, es ist nicht wahr! Das würde jetzt ein Gespräch über Dinge, die inzwischen unzählige Bücher füllen, und wir wollen ja keine weitere politisch-historische Abhandlung hinzufügen. Es geht um mein Leben, und also sei gestattet, die Sache auf den Punkt zu bringen: Ja. Ich leide und lebe als israelische Staatsbürgerin mit dem palästinensischen Volk. Bis ans Ende meiner Tage. Aber ich sage nicht die Israelis, ich sage Wir! Ich fühle mich zuständig. Dies ist die Brücke, die ich zu den Palästinensern baue.«

Ihre Parteinahme habe nie etwas mit ideologischer Rechthaberei zu tun gehabt und keine »mehrschichtige Wahrheit verweigert«. »Ich war nicht Politikerin, ich war Anwältin, und ich habe einzelne Menschen vertreten. Einzelne Menschen werden nicht durch mehrschichtige Wahrheiten umgebracht, sondern durch Schüsse. Sie werden vertrieben, gefoltert, erniedrigt, davongejagt, unrechtmäßig eingesperrt, wahrlich nicht von mehrschichtigen Wahrheiten, sondern von israelischen Soldaten. Das ist leider eine sehr einfache Wahrheit. Es ist so, daß Ängste aus dem Holocaust kultiviert und instrumentalisiert werden, um die Unterdrückung der Palästinenser zu rechtfertigen.«

Darin begründe sich die oft mit Verwunderung oder Skepsis hinterfragte Kontinuität ihrer ungeteilten Anwaltschaft als Juristin und als Menschenrechtlerin: Felicia Langer fühlte sich immer *zuständig* für den *einzelnen* Menschen, die »unterdrückten« *Individuen* und verband sich mit kommunistischen Organisationen, mit deren Programm nur deshalb, weil sie glaubte, dafür dort die größere, die notwendige Gemeinschaft gefunden zu haben. Solcher Glauben blieb als ungeheuerlicher, als tragischer Irrtum im »Urgrund des Systems« zu erkennen und war anzuerkennen, die schon lange tragende eigene Motivation für ihre Haltung und ihr Handeln aber war deshalb nicht preiszugeben: »Es gibt da etwas Grundlegendes, das nicht gestimmt hat in diesem Regime, sogar im Krieg, der alles außer Kraft setzt, was Menschen zu Menschen macht. Der Sozialismus, das Sowjetregime – man hat zu wenig an den einzelnen Menschen gedacht. Der

war relativ wertlos. Er war das Objekt der Geschichte. Er hatte eine Funktion zu erfüllen im Klassenkampf. Der Einzelne war nur wichtig in Bezug zur Masse, in der er seinen Platz einzunehmen hatte ... Wo der Mensch nur ein Mosaiksteinchen ist im großen Getriebe, dort gibt es keine wirkliche Freiheit. Der Mensch hat nur ein einziges Leben. Ihn zu verschleifen im Auftrag einer besseren Zukunft, das ist unmenschlich«.

Das Text-Portrait Felicia Langers vermittelt für eine marxistische Sicht dieser Problematik und für unsere schwierigen und schweren Erfahrungen im untergegangenen östlichen Weltsystem eine sehr relevante, eine notwendige Lektion. Daß es zu dieser Qualität gelangen konnten, bleibt nicht allein der inhaltlich gewissermaßen tabulosen Direktheit der Fragen zu danken, sondern ebenso der Technik, mit der sie gestellt werden und sich zum Interviewgespräch fügen. Hans Dieter Schütt bleibt letztlich zu bestätigen, daß er dadurch einer Gefahr begegnete, die ein solches Unternehmen mit Felicia Langer hätte substantiell beeinträchtigen können. Lebensgang, Profession, Charakter und Charisma der vorgestellten Persönlichkeit sind von so eigenartiger, ja gleichsam von exotischer Interessantheit: Da kann ein Gesprächspartner durch den Kraftstrom ihres Sprechens, ihrer Argumentation, ihrer Bekundung in einen Sog der Zustimmung und Vereinnahmung derart geraten, daß das Gespräch die Qualität, die es erreichen könnte, verfehlt. Da kann es fruchtbar sein, abzubrechen, einen neuen, anderen Aspekt heranzuziehen, dann aber unter Umständen das Zurückgelassene wieder aufzugreifen und zu überprüfen, was also eigentlich »dran ist«.

Während sich mein Unbehagen hinsichtlich der zahlreich dem Gespräch voran- und dazwischengestellten Motti auch bei einem – für korrigierte Einsicht unverzichtbaren – zweiten Blick nicht verflüchtigte, ließ mich dieser Blick die nachgefügtten Beiträge nun unbedingt als originäre Ergänzung begreifen. Denn es bleibt zu beachten: Auch die sich nicht schonenden, sich nicht abschottenden Antworten können Scheu- oder Bescheidenheitsbegrenzung in sich tragen, wenn es um Selbstoffenbarung und Selbstbeurteilung geht. Da werden Kenntnisse, Eindrücke, Reaktionen anderer nötig und wirksam – die Stimmen der nacheifernden jungen Kollegin, der neugierigen Schulklasse, des kompetenten Laudators. Und die episch-erzählerische Ausbreitung im Text mit dem Titel »Ursprung der Familie« Langers konnte im Hin und Her des Gesprächs nicht so bruchlos und ephitaphartig hervorgebracht werden. Es ist zu ahnen, wie bedeutsam es der Befragten gewesen sein muß, dies einmal in »ununterbrochener Folge« zusammenzutragen. Und es textlich konzentriert festzuhalten, für sich und über sich, für die Ihrigen und über sie. Und das deshalb, da ihre jüdische Herkunft und Zugehörigkeit oftmals respektlos bagatellisiert oder angezweifelt, das schreckliche Betroffensein ihrer Familien vom Holocaust übersehen wurde und wird. Und ich habe wahrgenommen, daß sie das – obwohl doch darüber erhoben und erhaben – stets aufs neue verwundet.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Nun ist es heraus: Die einstige Sportreporterin und spätere *Tagesthemen*-Moderatorin Anne Will wird *Sabine Christiansen* oder so ähnlich. Nähme man die Mediendebatten Ende Januar/Anfang Februar wirklich ernst – was man natürlich nicht muß, keiner muß müssen, und das schon gar nicht –, hat Deutschland nichts so sehr berührt wie diese Erbfolgedebatte. Nachdem aufgrund einer gewissen Bockigkeit des Unterhaltungsjournalisten Günter Jauch zunächst ein medialer Erbfolgekrieg auszubrechen gedroht hatte, kam der Vorgang später in gesittete Bahnen gepflegter Medienplapperei. Bekanntlich sind Personaldebatten stets gefragt und geeignet, Mittagspausen an Kantinentischen zu beleben. Darum mochte sich auch niemand diesen Gesprächsstoff entgehen lassen. Nur über Günther Jauch redete ab Mitte Februar kaum jemand mehr.

Die *ND*-Kolumnistin Luc Jochimsen wählte als Einstieg zum Thema *Anne Will* ein Zitat aus der *FAZ*, das die »nationale Medienaufgabe, die unser öffentlich-rechtliches Fernsehen, Unterabteilung ARD, in letzter Zeit zu bewältigen hatte«, schön beschrieb: »Gut, dass wir in unserem Land so ausgiebig über Anne Will gesprochen haben. So ernst und ordentlich, als ginge es um die Klima-Katastrophe oder um vorgezogene Bundestagswahlen. Tatsächlich hätte, wären die Intendanten nicht zu Potte gekommen, der Bundespräsident das Verfahren an sich ziehen müssen.« Luc Jochimsen wünschte sich für Anne Will, daß sie nicht zu einem Zirkuspferd werde. Intendant Jobst Plog nämlich soll, als mit Jauch noch verhandelt wurde, gesagt haben: »Wir wollen ein Zirkuspferd.« An solche Leute zahlen wir Fernsehgebühren.

Auch Jörg Thadeusz wünschte. Er tat das in (s)einer Kolumne in der *Berliner Zeitung*. Und hoffte. Zum Beispiel darauf, daß sich Anne Will nicht von »einer Verlegerin adoptieren lassen« wird und

daß sie »uns ihre Kreuzfahrtziele und ihren Friseur verheimlichen« werde. Wir hoffen mit.

Themenwechsel. Gelegentlich wird der *Festplatte*-Autor mißverstanden und muß sich den Vorwurf anhören, er betriebe hier fortwährend eine Art »PDS-Bashing«. Nichts liegt ihm ferner, Pionierehrenwort! Aber damit der Vorwurf endgültig ausgeräumt wird, sei hier von einem schönen Beispiel an Aufrichtigkeit und – sozusagen – »Mut vor Königsthronen« innerhalb der PDS berichtet. Deren Berliner Vorsitzender gab dem *Tagesspiegel* ein Interview. Darin wurde der PDS-Vorsitzende unter anderem gefragt, ob er mit Oskar Lafontaine jetzt »einen Wachhund« an seiner Seite habe. »Nein, wir treffen uns etwa einmal im Monat für zwei Stunden und sprechen über alles. Aber es läuft nicht so, dass die eine Seite Befehle erteilt, und wir folgen ...« *Tagesspiegel*: »Bei Lafontaine scheint es da noch Nachholbedarf zu geben, zum Beispiel beim bevorstehenden Verkauf der Berliner Landesbank. In öffentlichen Veranstaltungen fordert er, dass Rot-Rot in Berlin sich für eine neue Ausschreibung einsetzt, obwohl Berlin in dieser Hinsicht wegen der EU-Vorgaben keinen Spielraum mehr hat.« Der Vorsitzende: »Hier müssen wir noch deutlicher machen, dass es eben eine EU-Auflage ist, die Bank zu verkaufen und wir höchstens über die Art des Verkaufes und die sozialen Bedingungen im Kaufvertrag mitbestimmen können. Das stellt sich Oskar Lafontaine anders vor, und wir glauben, dass seine Vorstellungen rechtlich nicht funktionieren.« Das ist eine in mehrerlei Hinsicht sehr bemerkenswerte Antwort. Denn wir erfahren durch sie nicht nur etwas über die Berliner PDS, sondern auch, warum Lafontaine 1999 den Bettel hingeworfen hat: Weil der SPD-Vorsitzende und Finanzminister – vom Vorsitzenden unwidersprochen – »Nachholbedarf«, also schlicht und ergreifend einfach keine Ahnung und statt dessen sich Sachen immer anders vorgestellt hatte. Das mußte mal gesagt werden.

In der *taz* läßt sich regelmäßig *Herr Küppersbusch* querebet zu Fragen der Zeit vernehmen. *taz*: »Henryk M. Broder bekommt den Börne-Preis für hervorragenden Publizistik verliehen. Zu Recht?« Friedrich Küppersbusch: »Nein, falsch. Ihm ist angedroht, 20 000 Euro Preisgeld aus der Hand des alleinigen Jurors Helmut Markwort annehmen zu müssen. Tut er es nicht, erscheinen aus rosafarbenen Nebeln Engel, die Markwort unter Absingen höllischer Hymnen – ›Börn, Baby, Börn!‹ – die Menschenmaske vom Gesicht reißen. Und dem der Versuchung entronnenen Broder zum Lohn so viele Telefonbücher unter die Füße schieben, dass er Roger Willemsens Knien mal so richtig die Meinung sagen kann.«

Walter van Rossum (*Sonntage mit Sabine Christiansen, Kiepenheuer & Witsch*) hatte übrigens anlässlich der ARD-Kaderdebatten in der *Welt* angemerkt, er würde – wenn er es denn zu entscheiden hätte – »entweder auf Roger Willemsen zurückgreifen oder Friedrich Küppersbusch, frech, unangepasst, so wie er vor ein paar Jahren noch war.« Aber Rossum wurde natürlich nicht gefragt. Und Küppersbusch ist nicht (mehr) gefragt. Oder kaum noch.

Das Letzte: Verteidigungsminister Jung will ein Denkmal für getötete Bundeswehrsoldaten. Für Freiwillige also, die sich – mit stattlichem Zusatzsold versehen – in Gefahr begaben und darin umkamen. Es ist: das Allerletzte!

Volker Hauff,
Günther Bachmann (Hrsg.):
Unterm Strich.
Erbschaften und Erblasten für
das Deutschland von morgen.
Eine Generationenbilanz,
Oekom Verlag München 2006,
132 S. (14,80 €)

Zur Publikation gab es Mitte vorigen Jahres einige Präsentationen. Mittlerweile ist das Buch »Unterm Strich« von den »Neu«- und »Aktuell«-Seiten des Oekom Verlages bereits wieder verschwunden und auf dem Weg in die mediale Vergessenszone. Wie lange die paar Schnupper-Leseproben des mitschreibenden Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung noch zugänglich bleiben, wird man sehen. Die Zweitautoren des Instituts für Internationale und Europäische Umweltpolitik haben auf eine solche Anpreisung gleich verzichtet. Auch wenn die Unterzeile »Erbschaften und Erblasten für das Deutschland von morgen« lautet, wäre eine solche Beerdigung wirklich verfrüht. Der von Volker Hauff und Günther Bachmann vom Rat für nachhaltige Entwicklung herausgegebene Band ist nüchtern und sehr verständlich geschrieben, wirklich informationshaltig und ein gutes Beispiel dafür, wie aus der empirisch gehaltvollen Beschreibung nicht nur Fragen, sondern auch Problemlösungen entwickelt werden. Aber eine Reihe von mitlaufenden Zielvorstellungen sind nicht bloß problematisch, sondern schlicht inakzeptabel. Worum geht es?

Es geht um Demografie. Ein Thema, bei dem man den Eindruck nicht loswird, dass sich die Linke dafür heute genauso wenig interessiert wie vor dreißig Jahren, als sich der Schatten der völkischen Okkupation der demografischen Frage auf jede Interessensbekundung legte und sie in politische Verdachtszonen rückte. Der Band geht von der Abnahme der Bevölkerungszahlen in Deutschland aus und fragt nach den Folgen für Raum- und Landschaftsentwicklung, Energie und Arbeit. Zugleich fragt er, wie Veränderungen in diesen Systemen auf die demografische Entwicklung zurückwirken. Endlich sucht er Eingriffstatbestände, die komplexe positive

Auswirkungen haben und über längerfristige Zeiträume hinweg zur Lösung von Problemen beitragen können, die in ganz anderen Politikfeldern liegen (ein solcher Tatbestand ist beispielsweise die »Qualifizierung von Migrantenkindern«). Die Selbstausrottung des Deutschtums an sich interessiert sie nicht.

Der Band beteiligt sich, von einigen ziemlich ärgerlichen Ausnahmen abgesehen, nicht an der verbreiteten Nutzung eher realistischer oder gleich phantasierter Trends für das Bashing von Arbeitslosen oder Frauen. Die Grundposition ist kritisch: »Denn ein Wirtschaftssystem, das die Zerstörung von (Öko-)Kapital mit Einkommen verwechselt, das den Profit zugunsten von Investoren maximiert und ihn von einer immer kleiner werdenden Schar von Arbeitenden erwirtschaften lässt, kann weder sozial noch ökonomisch nachhaltig sein. Der Planet als Ganzes und Deutschland im Speziellen sind im Jahr 2006 von den Zielen der Brundtland-Kommission weiter entfernt als 1987.« (S. 7) Es gelte »aus radikaler Vernunft« zu handeln: »Schulden abbau(en), den Kohlendioxid-Ausstoß mit allen Mitteln minimier(en), naturzerstörende Subventionen streich(en), Familien massiv entlaste(en) und hemmungslos in Zukunftsaufgaben wie Bildung und Integration von Migranten investier(en)«. (S. 8)

Seit Anfang der 70er Jahr übersteigt die Zahl der Sterbefälle die Geburtenzahl, seit 2002 wird der Rückgang der Einwohnerzahl auch durch Zuwanderung nicht mehr kompensiert – mittlerweile lebt in Deutschland gemessen an der absoluten Zahl der Menschen die zweitgrößte MigrantInnenbevölkerung der Welt.

Ab 2020 wird die Bevölkerung deutlich zurückgehen. Jede Kindergeneration ist um ein Drittel kleiner als die ihrer Eltern. Nun ließe sich diese Frage so erörtern, dass von den nationalstaatlich-territorialen Bezügen abstrahiert wird und davon ausgegangen wird, dass ein politischer Neuanfang in der Zuwanderungspolitik die geläufigen Kompensationseffekte erneuert; das ist weder politisch zu erwarten noch problemfrei – derlei Migration kommt weiterhin im wesentlichen dem Westen der Bundesrepublik und dort den ohnehin wirtschaftsstarken urbanen Regionen im Süden zugute. Die Binnenwanderung geht ohnehin in den Westen und aus den Städten ins Um-

land (Zersiedelung). Oder die Frage wird simpel auf die europäische Dimension verlagert – damit werden freilich die Fragen der regionalen und sozialen Ungleichheit, massiven Bildungsunterschiede, Diskriminierung der Frau und Sozialstaatsfinanzierung (!) nicht beantwortet, sondern verschärft.

»Unterm Strich« ignoriert beide Herangehensweisen komplett (was kritisiert werden kann) und diskutiert durchgängig entlang der dritten Variante: Wie kann eine der »reichsten« Industriestaaten nachhaltigkeitspolitisch mit den Effekten der demografischen Entwicklung umgehen, ohne dass am deutschen Wesen gleich wieder die Welt genesen muss? Dabei wird allerdings diskussionslos unterstellt, dass transnational wirksame Faktoren insbesondere auf dem Feld der Ökonomie (regional ausstrahlungsstarke Clusterbildungen, Standortpolitik von Unternehmen, übergreifende Verschiebungen der Innovationszentren, Veränderungen in den Mobilitätsdimensionen und -praxen, Verstärkungen kultureller Einflüsse) zu schwach sind, um als nachhaltig irritierende Variablen in eine solche nationalstaatliche Transformationspolitik einzugreifen. Die Zielvorstellung einer nachhaltigen demografischen Entwicklung (»Generationengerechtigkeit und soziale(r) Zusammenhalt«, S. 12) wird daher nur im nationalstaatlichen Rahmen verfolgt. Die gegenwärtige Binnenwanderungsstruktur ist kostenintensiv: In den Schwundregionen (vor allem im Osten, aber auch in Schleswig-Holstein, im Ruhrgebiet, im Saarland und in Rheinland-Pfalz) geht es um Rückbau, in den Wachstumsbereichen um Finanzierung von Infrastruktureinrichtungen.

Was bedeutet dies für die Siedlungsentwicklung? Bis 2020 wird die Siedlungs- und Verkehrsfläche um täglich 1094 Hektar ausgeweitet werden; immer mehr Böden werden versiegelt. Die Eigentümerquote lag 2002 bei 44,6 %, Ein- und Zweifamilienhäuser als die in der Regel energetisch ungünstigsten Wohnformen haben an den neu gebauten Wohnungen in 2002 bereits einen Anteil von 68 % gehabt, zugleich standen drei Millionen Wohnungen leer, und die Leerstandsquote liegt im Osten bei 13 %. Die Aufrechterhaltung einer auch minimierten, aber nicht ausgelasteten materiellen und sozialen Infrastruktur in Schwundgebieten wird (pro Kopf) immer

teurer, z. B. Fernwärme oder Abwasserhygiene werden ökonomisch wie ökologisch immer ineffizienter (S. 28).

Die Autoren plädieren für eine Stärkung der Städte, auch durch Stärkung neuer Formen des Immobilieneigentums, das gegenwärtig die wichtigste Form der privaten Altersvorsorge darstellt und dessen Wertverfall absehbar ist (!) – also generationenübergreifende Wohnprojekte, gemeinschaftliche Finanzierung und Nutzung von Bauten, gemeinschaftliche Flächenökonomie statt Bodenverbrauch durch kommunale Standortkonkurrenz um Unternehmen. Die Autoren plädieren weiter für einen starken Bildungsaufwuchs (übrigens auf der Basis grausiger Wertvorstellungen »seelische Kapitulation« [S. 52], »einer Gesellschaft, die vor allem Selbstbestimmung belohnt« [S. 48], »fit für die Wissensgesellschaft« [S. 52], »muss Schule viel stärker zur Loyalität zu den Regeln und Tugenden des Gemeinwesens verpflichten« [S. 63], der »Nachhaltigkeitsmangel ist ...oft ein Wertemangel, ein Mangel an verbindlicher, positiver Identität stiftender Orientierung« [S. 65]) und rasonieren über eine neue kulturelle Unterschicht (47, 54 etc.), die ein Drittel der Gesellschaft umfasse und disziplinlos sich treiben lasse usw. usf.; hier wäre ein Schuss soziologischen Strukturwissens ziemlich nützlich gewesen.

Zum Thema MigrantInnen weisen sie recht trocken darauf hin, dass die Bevölkerung »ganz ohne Migranten ... bis 2050 um etwa 28 auf rund 54 Millionen sinken« (59) würde, plädieren für eine massive Qualifikationsförderung von MigrantInnen und für die Anwerbung qualifizierter Zuwanderer (mit Quotensystem, natürlich, hat sich ja echt ökonomisch bewährt...).

Einerseits nachvollziehbarer dann der (leider als einziger mit Literaturverweisen ausgestattete) Text zum Naturschutz, der die positiven Effekte demografischer Entwicklungen auf diesen hervorhebt (Rückgang der Zersiedelung, Rückbau von Infrastruktur, rückläufige regionale Straßennutzung, Erleichterung der Wiedervernetzung von Lebensräumen). Sein Plädoyer für eine Vernetzungspolitik von Lebensräumen ist allerdings gekoppelt an die Vorstellung, dass städtische Räume auf Dauer letztlich unbehelligt bleiben (sieht man von

vorübergehenden Nutzungen ab [S. 80]), Interventionen privater Akteure weiter ausgedehnt werden zu Lasten staatlicher Finanzierung und Durchführung des Naturschutzes und eine weitere Ökonomisierung des Politikfeldes erfolgen müsse (S. 81), für das die ökologischen Golfplätze (S. 81) ein besonders blödsinniges Beispiel sind.

Wendet man sich recht erwartungsarm dann dem Kapitel über das Ende der Ölzeit zu (S. 83), deutet sich doch eine gewisse Wiederkehr der »radikalen Vernunft« an, von der eingangs die Rede war. Es gehe um eine Umstrukturierung des gesamten Energiesystems (S. 84), die dringlich ist – wir leben in einer grundsätzlichen Entscheidungssituation: »Bis 2020 wird ein Großteil der deutschen Kraftwerke durch neue ersetzt werden ... Wenn wir heute nicht die sich bietenden Chancen ergreifen, haben wir keine Möglichkeit mehr, unseren Kindern und Enkeln ein nachhaltigeres Energiesystem zu hinterlassen und sie rechtzeitig aus der Abhängigkeit vom Öl zu befreien.« (S. 85) Die ökonomisch wie auch immer »sinnvoll« zu erschließenden Erdölvorräte sind zwischen 2035 und 2045 zu Ende, also ansatzweise bereits in 25 Jahren. Die Reserven von Kohle reichen noch ca. 120 Jahre, Erdgas und Natururan knapp fünfzig Jahre.

Die BRD importierte 2003 für 34,1 Mrd. Euro Energierohstoffe, darunter für 22,9 Mrd. Euro Öl und für 9,5 Mrd. Euro Erdgas. Energetische Sanierungspolitik, Stadtbau der kurzen Wege, regionalisierte Wirtschaft werden als Sparaspekte genannt, das Auto freilich (kaum zu glauben) bleibt letztlich im politischen Kalkül außen vor, eine schwerwiegende Illusion (S. 87). Der richtige Hinweis auf die Pfadabhängigkeit von Energieinfrastrukturen und die daraus kommende Schwierigkeit des Umsterns, die am Beispiel der langsamen Umstellung auf erdgasgetriebene Autos gezeigt wird (S. 90) ist nur ein Beleg dafür, das Energiepolitik ohne die Dimension soziokultureller Großprojekte nicht auskommt: Wo über positive Identitätsbildung durch das deutsche Schulwesen schwadroniert wird, wäre eine aktive Diskriminierung der Zentralware des Fordismus Auto an erster Stelle zu nennen – von ihrer ökonomischen (steuerlichen), städtebaulichen und technischen Diskriminierung ganz zu schweigen (das Schluss-

kapitel, das sich der Mobilitätsfrage widmet und eher nette Zielformulierungen (»Vision Zero« – an Unfällen!) ausbreitet, ändert daran nichts).

Erneuerbare Energien und Erdgas könnten nach Ansicht der Autoren in 2050 mehr als 2/3 der Energieversorgung abdecken – dabei allerdings werden weiterhin grundsätzliche Wachstumsannahmen zugrunde gelegt, wonach etwa der globale Energiebedarf bis 2030 um 50 % steigen werde, wozu Investitionen in Höhe von 17 Billionen US-Dollar nötig seien (zur hochgradigen Problematik dieser self-serving Annahmen siehe die Arbeiten von Tom W. O'Donnell). Im Abschluss des Kapitels wird dann allerdings ganz anders das Projekt der »2000-Watt-Gesellschaft« favorisiert, was bedeutet, dass der Verbrauch an Energieressourcen durch jede/n Einzelne/n in der BRD auf ein Drittel gesenkt würde. Ebenso findet sich ein Verweis auf Schwedens Zielsetzung, sich vollständig von der Versorgung durch Erdöl zu lösen, ohne auf Kernenergie umzustellen; man hätte übrigens auch auf einschlägige Zielstellungen des Ex-Umweltministers von Mecklenburg-Vorpommern Wolfgang Methling (Linkspartei) verweisen können.

Das abschließende Kapitel geht von einer einfachen Formel aus: »Ein System, das die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums über abhängige Erwerbsarbeit allein regelt, ist ökonomisch, aber auch sozial und ökologisch nicht nachhaltig.« (S. 103) Die Lösung des Problems Arbeitslosigkeit sehen sie in einem bedingungslosen, individuellen Grundeinkommen (S. 104 ff.). Unerwartet, verblüffend. Wohl nicht grundlos ist dieses Kapitel mit »Vision« überschrieben. Hier zeigt sich besonders deutlich, dass die Frage der politischen Durchsetzbarkeit auch ambivalenter Reformziele systematisch umgangen wird. Naja, man kann nicht alles haben. Hätte man aber das, was hier drinsteht, wäre die Erbschaft respektabel!

RAINER RILLING

Doron Rabinovici, Ulrich Speck,
Nathan Sznajder (Hrsg.):
Neuer Antisemitismus?
Eine globale Debatte,
Suhrkamp Frankfurt am Main 2004
332 Seiten (12,50 €)

Gibt es einen »neuen Antisemitismus«? Diese Frage bildet den Hintergrund des Bandes, der angetreten ist, die internationale Debatte um das Thema einem deutschen Publikum nahe zu bringen. Entscheidend für den neuen Antisemitismus sei, dass »nicht die NS-Vergangenheit, sondern der Nahostkonflikt, seine Wahrnehmung und seine Deutung« (S. 7), den Kontext der Diskussion bildeten. Im Zentrum des Interesses stünden dabei die Frage nach dem Verhältnis zwischen Israelkritik und Antisemitismus und die Frage, ob es sich bei den nach Beginn der zweiten Intifada auftretenden antiisraelischen und antijüdischen Manifestationen um einen Antisemitismus neuer Qualität handelt oder doch um Judenfeindschaft klassischer Provenienz, oder ob antisemitische Einstellungen vielleicht überhaupt keine Rolle spielen.

Der Aufsatz »Der alte und der neue Antisemitismus« von Omer Bartov eröffnet den Reigen. Als Folie, vor der er aktuelle Äußerungen zur israelischen Politik und zu Juden und Jüdinnen im Allgemeinen auf ihren antisemitischen Gehalt untersucht, dient ihm ein erst 1968 veröffentlichtes Manuskript Hitlers. Bartov untersucht Äußerungen der akademischen Linken in den USA, europäischer Akademiker, Journalisten und Politiker auf ihre Kongruenz mit den Äußerungen Hitlers und kommt dabei zu erschreckenden Ergebnissen. Zwar warnt er vor einem Alarmismus, der ein »neues Auschwitz« bevorstehen sieht, da Jüdinnen und Juden »noch nie wohlhabender, erfolgreicher und sicherer gewesen (sind), als sie es heute in den USA sind« (S. 26), was ebenso für die Juden und Jüdinnen in Westeuropa gelte, dennoch sieht er zumindest Grund zur Sorge.

Den Anlass dazu leitet er aus einer aus dem NS zu ziehenden Konsequenz ab. So verteidigt Bartov den Standpunkt, dass »manche Völker, manche Regimes, manche Ideologien,

manche politischen Programme und auch manche religiösen Gruppen beim Wort genommen werden müssen. Es gibt Menschen, die meinen, was sie sagen; die sagen, was sie tun werden; und die tun, was sie gesagt haben« (S. 20).

Gerade in den Publikationen deutscher und französischer Eliten zu Ursachen und Wesen des 11. Septembers sieht er eine Kongruenz mit Hitlers Vorstellungen einer jüdischen Weltmacht, eine Obsession, die sich auch in der in Europa weit verbreiteten Vorstellung, Juden kontrollierten die amerikanische Regierung und damit die Weltpolitik, widerspiegeln.

Eine weitere Affinität zum klassischen Antisemitismus nationalsozialistischer Provenienz sieht er in den Darstellungen des israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon in den Karikaturen europäischer Tageszeitungen, die ihn dem antisemitischen Stereotyp entsprechend als Kinderfresser darstellten. Begleitet werden diese Tendenzen in Europa von einer geringeren Sensibilisierung gegenüber antisemitischer Israelfeindschaft. So konstatiert Bartov, dass antiisraelische Aktivitäten linker Studierendengruppen in den USA auf erheblich mehr Widerspruch stießen als in Europa, was er mit einer kruden Liberalismus-Auffassung der europäischen Intellektuellen begründet, denen »Fanatismus bloß eine »sekundär auftretende« Art Fassade für Politik« (S. 21) sei.

Den anderen Pol der Debatte repräsentiert Judith Butler in ihrem Essay »Der Antisemitismus-Vorwurf. Juden, Israel und die Risiken öffentlicher Kritik«. Judith Butler beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit einer Rede des Harvard-Präsidenten Lawrence Summers, der vor wachsenden Antisemitismus intellektueller Kreise warnt. Für sie stellt der Vorwurf des Antisemitismus eine Gefahr für demokratischen Freiheiten dar, da er »als Mittel der Drohung und als Mittel zur Unterdrückung politischer Kritik« (S. 69) die Gefahr in sich berge, die akademische Freiheit einzuschränken, und somit als Angriff auf die Meinungsfreiheit zu werten sei. Darüber hinaus verhindere der inflationär verwendete Vorwurf des Antisemitismus eine adäquate Bekämpfung der tatsächlichen Judenfeindschaft – eine Aussage, der ja soweit zuzustimmen ist. Problematisch wird sie aber durch das, was bei Judith Butler definitiv nicht als antisemitisch

gilt – beispielsweise Ted Honderichs Traktat »Über den Terror«.

Grundlage dieser Sicht ist die Auffassung, es ließen sich nur Äußerungen als antisemitisch qualifizieren, die ihrer Intention nach, nicht aber ihres Gehalts nach, gegen Juden gerichtet sind. Damit macht sich Judith Butler die Unterscheidung zwischen subjektivem und objektivem Sinn zu Eigen, in der Folge wird Antisemitismusforschung zur Motivforschung. Damit wiederum fällt die Argumentation hinter den neueren Stand der Forschung zurück, in der die Auffassung vertreten wird, die Motivation eines Autors sei zunächst zweitrangig; bestimmend sei hingegen die Reproduktion der antisemitischen Struktur in den kommunikativen Akten.¹

Butler steht mit ihrer Auffassung nicht allein, der Beitrag von Tony Judt »Zur Unterscheidung zwischen Antisemitismus und Antizionismus« verbindet Butlers Argumentation mit der Frage nach dem Profiteur und gelangt zu dem Fazit, dass der Vorwurf des Antisemitismus insbesondere von jüdischen Organisationen zur bedingungslosen Unterstützung Israels erhoben werde. Judt vertritt die These, dass hauptsächlich der israelische Anspruch, für alle Juden zu sprechen, das Umschlagen antiisraelischer Stimmung in offene Judenfeindschaft bewirke, der jüdische Staat also selbst eine bestimmte Form des Antisemitismus hervorbringe, womit aber die Schuld am Antisemitismus mit dem Staat Israel an eine jüdische Instanz verwiesen wird. Eine analytisch klarere Metapher hat dafür D. J. Goldhagen, wenn er den Nahostkonflikt als Katalysator (S. 93), aber nicht als befriedigende Erklärung von Judenfeindschaft sieht.

Es überwiegt in dem Band eine Betrachtung der aktuellen Israelfeindschaft, die eine Nähe zum Antisemitismus konstatiert. Hervorzuheben ist an dieser Stelle Alain Finkielkrauts »Im Namen des Anderen. Reflexionen über den kommenden Antisemitismus«. Der Autor konstatiert eine Transformation der Trägerinnen und Träger antisemitischer Ressentiments in Frankreich weg von einem konservativ-borntierten Kleinbürgertum zu einem intellektuell-antirassistischen Milieu. Diese Gruppe steche gerade durch ihr Gutmenschentum ins Auge, sie identifiziere sich mit den Palästinenserinnen und Palästinensern als den »Anderen« der

israelischen Gesellschaft, also den rassistisch Ausgegrenzten. Gleichzeitig ignoriere sie die ideologische Verfasstheit dieser strukturell Unterdrückten und verkläre deren Taten zu bestenfalls fehlgeleitetem Protest. Diese Haltung gehe einher mit der Selbstinszenierung als »bußfertige Richter« (S. 130), gegenüber dem die Juden und Jüdinnen als Anachronistische erschienen, die am vermeintlich überkommenen Prinzip nationalstaatlicher Souveränität festhielten.

Verschiedene Beiträge beschäftigen sich mit den Grauzonen, in denen Israelkritik ins Ressentiment übergehe, wenn beispielsweise doppelte Standards angelegt werden (Michael Walzer). Einen Schwerpunkt bildet die Frage nach der Einschätzung des Antisemitismus im aktuellen fundamentalistischen Islamismus, der mehrheitlich als neuer »Totalitarismus« gefasst wird. Abgesehen von der allgemeinen Problematik des Konzeptes »Totalitarismus« ist dabei der Beitrag von Gerd Koenen interessant, weil er darauf besteht, zwischen den hochgradig unterschiedlichen Kontexten antisemitischer Agitation deutlich zu unterscheiden. Zusammen mit einem struktursemantischen Begriff von Antisemitismus ermöglicht dies erst, die funktionalen Besonderheiten zu erfassen, die sich einer ideologischen Struktur bedienen, die aber nicht nur die »ewig gleiche Judenfeindschaft« ist.

Deutlich wird auch in diesem Band, dass nur zu wenige Menschen in der Lage sind, eine konsequent universalistische Position zu vertreten, mit Herzblut gegen Antisemitismus und für die richtige Kritik an Israel (und eben nicht nur an Israel!) zu kämpfen, die Ambivalenzen des Staates Israel als auch die seiner Feinde zu sehen. Vorherrschend, wenn auch mit Grauzonen, sind bipolare Muster, die entweder 1) Israelsympathie mit Wachsamkeit gegenüber Antisemitismus verbinden oder 2) Palästinasolidarität mit Abwertung der Gefahr des Antisemitismus, beispielsweise im Islamismus.

Wie Judith Butler dies für den zweiten Pol repräsentiert, zeigt es der Beitrag Matthias Künzels für den anderen. Während er richtig auf den Ideologietransfer von NS-Deutschland zum Islamismus hinweist, lässt er den Katalysator des Nahostkonfliktes außer acht und verschweigt somit die Hyperkomplexität

der Debatte, die durch realen Antisemitismus, realen Nahostkonflikt sowie überzogene und richtige Antisemitismusvorwürfe gekennzeichnet ist, die alle jeweils eigenen Bedürfnissen entsprechend gedeutet oder instrumentalisiert werden. Dies wird auch nicht erleichtert durch eher außenstehende Pseudoexperten in der Antisemitismusdebatte wie die erwähnte Judith Butler oder Ulrich Beck, der zwar viele Problemfelder erkennt, aber ebenso wenig wie die anderen Autoren eine wirklich befriedigende Antwort auf die großen Frage geben kann.

ANDREAS MÜLLER, PETER ULLRICH

- 1 So zum Beispiel Wolfgang Benz: Was ist Antisemitismus?, München 2004, S. 150 f. anlässlich der Äußerungen des FDP-Politikers Jürgen Möllemann sowie allgemeiner Klaus Holz: Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg 2001, S. 135.

Bernd Nagel: Die Eigenarbeit der Zisterzienser, Metropolis-Verlag Marburg 2006, 132 S. (14,80 €)

Jeder kennt die Klosterbauten der Zisterzienser, etwa in Chorin, Lehnin und Zinna, in Maulbronn, Eberbach und Loccum. Insgesamt sind es 1600, die zwischen 1120 und 1470 vom Zisterzienserorden errichtet worden sind. Ihre Bauwerke und Ruinen finden sich in ganz Europa, von Großbritannien und Irland bis Sizilien, von Dänemark, Schweden, Estland und Polen bis Spanien und Portugal, vor allem aber in Frankreich, Belgien und Deutschland sowie Österreich. Die Zisterzienser waren im Hoch- und Spätmittelalter ein gesamteuropäischer Orden. Den Ausgangspunkt für ihre Gründungen bildete das Kloster Cîteaux in Burgund. Seine spirituelle Ausstrahlung und sein wirtschaftlicher Erfolg bildeten die Basis für die erstaunliche Expansion des Ordens.

Das vorliegende Buch verfolgt das Ziel, die Ursachen für den wirtschaftlichen Erfolg der Zisterzienser aufzuzeigen und zugleich deutlich zu machen, warum dieser Erfolg nicht von Dauer war. Im Mittelpunkt der Darstellung stehen die Organisations- und Verhaltensre-

geln des Ordens sowie die Untersuchung des faktischen Verhaltens der Nonnen und Mönche im Verhältnis zu den normativen Vorgaben. Hier zeigt sich, daß die sehr strengen Verhaltensnormen (Armut, Keuschheit, Gehorsam) und die Kontrolle ihrer Einhaltung in Verbindung mit einer hohen Wertschätzung der Arbeit bewirkten, daß die »Eigenarbeit« der Klosterinsassen für den wirtschaftlichen Erfolg des Ordens ausschlaggebend war.

Im Unterschied zu anderen geistlichen Orden waren die Zisterzienser vor allem eine »Wirtschaftsgemeinschaft«. Sie standen damit in der Tradition der Benediktiner, setzten den Anspruch, von der eigenen Hände Arbeit zu leben und nur davon, jedoch konsequenter um. Ihre Klöster waren Wirtschaftshöfe, ihre Tätigkeit »Arbeit« im eigentlichen Sinne. Ihr Hauptaugenmerk galt der effizienten Produktion landwirtschaftlicher und handwerklicher Erzeugnisse und deren durchorganisierter Vermarktung.

Dafür waren ihre Bauten eher schlicht. Für den ökonomischen Erfolg benötigten sie weder Kirchtürme noch schmuckvolle Fassaden. Auch farbige Kirchenfenster, Heiligenschnitten, Skulpturen und stilvolle Ornamente fehlen typischerweise in den Zisterzienserklöstern. Ebenso reiche Kunstsammlungen und Bibliotheken. Im Leben der Zisterzienser dominierte die Askese, verstanden als Eigenarbeit. Dies bis zur Selbstausschöpfung, wodurch Lebensqualität und Lebenserwartung gering waren.

Aber nicht nur das. Der wirtschaftliche Erfolg der Zisterzienser, ihr Streben nach Geld und Gewinn, bewirkten eine wirtschaftliche Expansion des Ordens. Ungezügelter Landerwerb, die Errichtung immer neuer Produktionsstätten und Handelshöfe sowie Geld- und Kreditgeschäfte kennzeichneten zunehmend ihr Tun. Dies blieb nicht ohne Folgen. Die Produktivität erhöhte sich und damit der Reichtum der Klöster. Die Glaubwürdigkeit des Ordens litt jedoch. Auch kam es zu nicht unerheblichen Umweltschäden. Einige davon sind bis heute zu besichtigen. Zum Beispiel in der Lüneburger Heide, wo die Zisterzienser den Wald rodeten, um die Saline in Lüneburg mit Brennholz zu versorgen.

Trotzdem waren die Zisterzienser keine Kapitalisten. Bestenfalls deren »Vorläufer«, wie

Bernhard Nagel feststellt. Der Unterschied betrifft neben der zeitlichen Einordnung auch das Verhältnis von Ziel und Mittel. Für die Zisterzienser als einem geistlichen Orden waren Wirtschaft, Umsatz, Geld usw. Mittel, um religiöse Ziele zu erreichen. Ihre Identität entwickelten sie »durch ihrer spirituelle Gemeinschaft und die Verinnerlichung ihrer Ordensnormen, die auch eine Richtschnur für ihre wirtschaftliche Tätigkeit abgaben und zum wirtschaftlichen Erfolg beitrugen« (S. 52).

Anders die Unternehmer im Kapitalismus, für welche Geldgewinn und Profit das Ziel sind. Der Kapitalismus ist nun mal seinem Wesen nach *kein* religiöses Projekt, auch wenn bestimmte religiöse Einstellungen (Kalvinismus, Pietismus usw.) seiner Entwicklung durchaus dienlich waren. Die Orden der Benediktiner und der Zisterzienser hingegen schon, auch wenn sie effizient und in bestimmtem Maße präkapitalistisch wirtschafteten.

Der knifflige Punkt dabei ist das Investitionsverhalten. Bekanntlich ist die Akkumulation des A und O der kapitalistischen Produktion: »Mit der Akkumulation des Kapitals entwickelt sich (...) die spezifisch kapitalistische Produktionsweise und mit der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise die Akkumulation des Kapitals.« (Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, MEW, Bd. 23, S. 653) Die Zisterzienser entwickelten ein »investives Denken, das sehr modern anmutet« (S. 74). Ihre konsequent geübte Askese in Verbindung mit der Eigenarbeit bedeutete die Vermeidung von Verschwendung bei gleichzeitiger Steigerung der Produktivität. Beides zusammen bildete die Voraussetzung für die Akkumulation von Reichtum, welche ohne die Hebelwirkung von Kredit und Zins jedoch nicht zu meistern war.

Reichtumsanhäufung, Kreditgeschäfte und Zinsnahme kollidierten jedoch mit dem Prinzip der Eigenarbeit und mit dem Armutsideal des Ordens. Ein Verstoß dagegen schadete der Reputation der Kirche und der Religion insgesamt und führte letztlich zur Untergrabung der Stellung der Klöster in der mittelalterlichen Gesellschaft. Aus diesem Widerspruch konnten sich die Zisterzienser nicht befreien. Ebenso wenig gelang es ihnen, sich auf die seit dem 14./15. Jahrhundert geltenden geldwirtschaftlichen Bedingungen der Produktion

umzustellen. Ihre Produktionsgrundlage war und blieb die Landwirtschaft. Damit waren sie einer naturalwirtschaftlichen Logik verpflichtet.

Sie scheiterten mit ihrem Wirtschaftsmodell historisch genau in dem Moment, in dem der Kapitalismus auf den Plan trat. Im Buch wird dieser Prozeß recht anschaulich beschrieben. Die theoretische Begründung dafür bleibt jedoch schwach (S. 91 ff.). Hier wäre etwas mehr Politische Ökonomie und Wirtschaftsgeschichte am Platze gewesen. Auch hätte das Buch erheblich gewonnen, wenn außer den beiden Abbildungen auf S. 132 dem Text weitere Illustrationen mehr beigelegt worden wären.

ULRICH BUSCH

Gegenstandspunkt 3/06. Imperialismus heute. Weltmarkt und Weltmacht – Von der globalisierten Zivil- gesellschaft und ihrer antiterroristischen Kriegskultur, München, 127 S. (15 €)

Dass die außenpolitische Gewalt heutiger Staaten mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise in ihrem Inneren »zu tun hat«, gehört zum Grundbestand linker Gesellschaftskritik. Wenn es aber ans Erläutern und Begründen dieses Zusammenhangs geht, begnügen sich viele mit Kurzschlüssen. Einige versuchen, ökonomische Interessen für Krieg zu identifizieren, prangern »Krieg für Öl« oder andere Bodenschätze an und können sich vorstellen, dass eine Regierung schießen lässt, weil der militärisch-industrielle Komplex Waffen verkaufen will. Sie verstehen die handelnde Regierung als unfreien Hampelmann einiger privater Geschäftsinteressen, etwa US-Präsident Bush als den verlängerten Arm von Ölkonzernen und Halliburton.

Allerdings stehen diesen privaten Kapitalinteressen auch in den USA mindestens ebenso Interessen viele entgegen, deren Vertreter ihre Geschäftsbeziehungen durch Krieg ruiniert und ihre Profite im Frieden besser aufgehoben sehen.

Ein nationales Interesse des kapitalistischen Gemeinwesens an der Beherrschung und Unterordnung anderer Staaten, das private Interessen auch verletzt und für die »große Sache« in den Dienst nimmt, kann so gerade nicht erkannt werden. Erst recht versagt das kurzschlüssige Verfahren, wo man – etwa bei den deutschen Einsätzen in Afghanistan, am Horn von Afrika oder vor der libanesischen Küste – nichts findet, was abzuholen wäre.

Dann fallen auch linke Kritiker mehr oder weniger offen auf die – eigentlich – abgelehnten Auffassungen der bürgerlichen Politikwissenschaft zurück, die es sich leicht macht und einfach »Faktoren internationaler Konflikte« sammelt.

Einerseits weiß sie von »ökonomischen Interessen«, die Staaten aneinander haben, die aber hält sie für prinzipiell konsens- und kompromissfähig. Andererseits kennt sie ein »Machtstreben der Staaten«, das sie, weil sie es nicht erklärt, zu einer tief in der Menschennatur verankerten Polit-Konstante verklärt, die mit Kapitalismus nichts mehr zutun habe.

Die Herbstausgabe der Zeitschrift »GegenStandpunkt« wartet mit einem Versuch auf, den Zusammenhang von »Weltmacht und Weltmarkt« einmal grundsätzlich zu thematisieren – so die Überschrift des Hauptartikels in dem Themenheft, das dem »Imperialismus heute« gewidmet ist.

Da werden der ökonomische Verkehr zwischen kapitalistischen Staaten in der globalisierten Weltwirtschaft und die Konkurrenz, die sie sich um den modernen »Reichtum der Nationen« liefern, umfassend dargestellt. Vom Einkauf von Rohstoffen über den Verkauf von Industrieprodukten und der Konkurrenz nationaler Kapitalstandorte kommt alles vor, ebenso das letzte, zusammenfassende Gut, um das die internationale Konkurrenz tobt, das nationale Geld. In ihrer »Sicherheitspolitik«, so die Argumentation des Artikels, geben die weltwirtschaftenden Nationen zu erkennen, wie wenig sie sich auf eine automatische Wirkung der Sachzwänge der Globalisierung und auf ihre Propaganda vom gegenseitigen Nutzen des Handelsverkehrs verlassen.

Mitten im Frieden liefern sie sich neben der ökonomischen eine zweite, strategische Konkurrenz als Gewalten, um den ihnen nützlichen Frieden mit Kriegsdrohungen erzwingen bzw.

in ihrem Sinn korrigieren zu können. Gerade der vollendete Weltmarkt beruht auf einem umfassenden und *dauerhaften Abschreckungsregime* einiger Großmächte gegenüber dem Rest der Staatenwelt. Erst die Vernichtung aller Alternativen und die Bestrafung aller Versuche dazu erzeugen für alle Staaten die Alternativlosigkeit und damit den Sachzwangcharakter der heutigen Weltwirtschaft.

Den Krieg der USA »gegen den Terrorismus« versteht die Redaktion des »GegenStandpunkt« als den aktuellen Kampf um Universalität und Lückenlosigkeit dieses Abschreckungsregimes; nicht nur die islamistischen Feinde Amerikas, sondern alle Staaten werden da vor die Wahl gestellt, sich entweder als Helfershelfer amerikanischer Unangreifbarkeit zur Verfügung zu stellen oder selbst in die Ecke der Terror- oder Terrorunterstützerstaaten gerückt zu werden. So ringen die USA zusammen mit und zugleich gegen neue und alte Verbündete um das globale Monopol auf Krieg.

Allen anderen Staaten Krieg verbieten und erlauben zu können, ist die Fähigkeit zum militärischen Diktat. Die Abhandlung geht von da aus die diplomatischen und militärischen Konflikte der USA mit Freunden, Feinden und den Problemfällen ihres Aufsichtsregimes durch und findet trotz aller Besonderheiten der einzelnen Fälle (China, Indien, Irak, Libanon, Kongo) das immergleiche Ringen um eine weltumfassende Kontrollmacht.

RENATE DILLMANN

Adelheid von Saldern (Hrsg.):
Stadt und Kommunikation
in bundesrepublikanischen
Umbruchszeiten.

Beiträge zur Kommunikations-
geschichte, Band 17,
Franz Steiner Verlag Stuttgart 2006
394 S. (49 €)

Das Aufschlagen des Sammelbandes räumt schnell mit drei möglichen Fehlinterpretationen des Buchtitels auf: Erstens geht es nicht um Kommunikation mittels technischer Sys-

teme zur Informationsübertragung, sondern im weitesten Sinne um soziale Beziehungen im Rahmen von Gebautem. Zweitens handeln die Texte nicht von aktuellen Umbrüchen nach der staatlichen Vereinigung Deutschlands, sondern vom Geschehen in den 60er und 70er Jahren. Und damit wird drittens auch klar, dass der Inhalt sich auf Städte und Stadtregionen der BRD in deren damaligen Grenzen beschränkt; nur an zwei Stellen werden punktuelle Vergleiche mit der DDR gezogen.

In 17 Beiträgen mit großer thematischer Breite beschreiben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen, insbesondere der Kultur- und Medienwissenschaften, der Soziologie, Stadtplanung und Zeitgeschichte, detailliert und konkret wichtige Ausschnitte städtischer Transformationsprozesse.

Im einführenden Abschnitt charakterisiert die Herausgeberin zunächst das Spannungsfeld zwischen den Kräften, die zum einen den Zusammenhalt der Stadt bewirken können (Kohäsion) und die zum anderen auf ihre Auflösung (Entgrenzung) hinarbeiten; zugleich zeigt sie, wie sich das Verhältnis von öffentlichem und privaten Raum zu verändern begann. Es folgt ein Überblick über die westdeutsche Stadtentwicklungsdebatte in den 1960er und 1970er Jahren, die durch ihre Kritik am drohenden Verlust der Urbanität ein Umdenken bei vielen Stadtplanern provozierte (Autorin: Beate Binder).

Der zweite Abschnitt des Buches verallgemeinert instruktiv Fallbeispiele für Kommunikationsmuster in neuen Räumen: Shopping-Malls im Unterschied zu innerstädtischen Geschäftsstraßen (Walter Siebel), die Wissenschaftsorte Garching und Martinsried als Enklaven am Stadtrand von München (Martina Heßler), Fußgängerzonen als »gute Stube« in den Innenstädten (Jan Logemann), die Suburbanisierung Hamburgs im schleswig-holsteinischen Umland unter dem Mobilitätsaspekt (Meik Woyke) und Schwierigkeiten der Gestaltbarkeit von Stadtregionen aus planerischer Sicht (Axel Prieb).

Der dritte Abschnitt beschreibt – teilweise sehr ausführlich und zu detailliert – Probleme der Kommunikation mit Blick auf Kultur und Repräsentation: Von der traditionellen Festkultur zur Festivalisierung und Kommerzialisierung

(Gottfried Korff), Imagepolitik und Öffentlichkeitsarbeit am Beispiel Hannovers (Lu Seegers), Streit um den Wiederaufbau städtischer Wahrzeichen in Dortmund und Braunschweig (Georg Wagner-Kyora), die Berücksichtigung des Lokalen in den Printmedien – mit einem Exkurs zur regionalen Verankerung der DDR-Bezirkszeitungen mit Hilfe von Volkskorrespondenten (Gregor Hassmer/Günther Rager) und die Unterstützung der strukturellen Wandlung des Ruhrgebiets durch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit (Uta C. Schmidt).

Die Beiträge des abschließenden Abschnittes stellen sich weiteren Herausforderungen: am Beispiel des Bau einer Minarets der Duldung islamischer Symbole durch die Nachbarschaft (Jörg Hüttermann), dem drohenden Verkehrsinfarkt und der räumlichen Teilung der Städte durch übermäßige Motorisierung (Barbara Schmucki), der Integration Jugendlicher durch ein Freizeitzentrum in einer Großwohnsiedlung der Stadt Garbsen – mit einem zweiten kurzen Bezug auf den »Vergleichsstaat« DDR mit seinen Kulturhäusern u. ä. (Christian Heppner), der alternativen Aneignung der Stadt durch Hausbesetzungen und Gegenkultur (Detlef Siegfried) sowie den Erwartungen der Frauen an die Stadtgestaltung seit der Aufbruchstimmung der 1970er Jahre (Adelheid von Saldern/Barbara Zibell)

Als Gesamteindruck der geschichtlichen Rückblicke bleibt die Erkenntnis, dass die Wiederentdeckung der Vorzüge des städtischen Lebens die Kohäsionskräfte stärkte. So ist es trotz aller durch die Individualmotorisierung und dem Verlangen nach Einfamilienhaus im Grünen bedingten Auswucherungen und Auswüchse nicht zu einer »Amerikanisierung« der Städte, d. h. dem Ausbluten der Innenstädte und einer vollständigen Zersiedelung des Umlandes mit dem fast vollständigen Zusammenbruch des öffentlichen Personennahverkehrs gekommen.

Trotz der großen thematischen Breite des Sammelbandes vermisst der Rezensent ein tieferes Eingehen bzw. Beiträge zur Stadtgestaltung durch Partizipation der Bürgerschaft (Stichworte: Gegendiskurs und Governance) sowie aus der Sicht der Behinderten und der Fahrradnutzung; alle drei Aspekte wurden bereits damals vernehmbar artikuliert.

Mit heutiger Erfahrung fehlt vor allem der Blick auf die sozialräumliche Segregation; sie war mit dem Beginn der permanenten Massenarbeitslosigkeit in den 1970er Jahren in Ansätzen bereits erkennbar – wie auch im Beitrag zum Ruhrgebiet anklingt. Seitdem bewirken wachsende Polarität zwischen Arm und Reich, demographischer Wandel und wachsender Wohnungsleerstand in strukturschwachen Regionen neue Umbrüche in der Stadtentwicklung (Stichwort: schrumpfende Städte), die weiterer wissenschaftlicher Durchdringung bedürfen.

Für ostdeutsche Städte sind Forschung und Darstellung der Entwicklung und Transformation noch nachholend zu leisten. Dabei geht es allerdings nicht nur um Vergleiche mit westdeutschen Städten, sondern zu untersuchen wäre auch, inwieweit die von der DDR-Städtebaupolitik selbst gesetzten Ziele (vgl. u. a. das Standardwerk »Städtebau«, herausgegeben vom Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR, Berlin 1979) realisiert wurden. Offenkundig ist, dass es einerseits parallele Prozesse gab (verstärkte Bautätigkeit in den Innenstädten in den 1960er Jahren, Schaffung von Fußgängerzonen in allen Bezirkshauptstädten und vielen anderen Städten bis in die 1970er Jahre, Errichtung der Neubaugebiete des Wohnungsbauprogramms 1971-1990 nach dem Prinzip der kurzen Wege, Ausbau des S-Bahn-Netzes ins Umland), dass aber andererseits bestimmte Entwicklungen hier erst nach der Wende mit der beschleunigten Automobilität einsetzten (verstärkte Suburbanisierung durch Eigenheimbau, großflächigen Einzelhandel und weiträumige Gewerbegebiete im Umland). Einzelne Entwicklungen wurden überhaupt nicht nachvollzogen; so blieben die Straßenbahnen bis heute ein wesentliches Element des Personennahverkehrs.

Zusammenfassend bleibt festzustellen: Was für westdeutsche Leserinnen und Leser im Wesentlichen schon Erinnerung an Geschichte ist, stellt sich für Ostdeutsche in mancher Hinsicht als aufschlussreiche Beschreibung kürzlich erlebter und z. T. noch in Gang befindlicher Prozesse dar.

JOACHIM TESCH

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Bestellkupon

An
UTOPIE kreativ – Redaktion
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen Termin zum Preis von 57 € incl. Versand (Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement zum Preis von 75 € incl. Versand.
- Ich bestelle das aktuelle Heft zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 171 bis 180 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 1 bis 170 (soweit vorrätig) zum Preis von je 1 €

(bitte ankreuzen)

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Kontonummer

.....
BLZ / Geldinstitut

.....
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird.

Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

STEPHANIE BALIS
Where Summer is Really Summer
A Journey to the Mountains of Kurdistan

The author, a German student, describes how she could not believe what her Kurdish friend had told her about his home village in Eastern Turkey being like paradise, until she learned the truth: of the pitch-black nights with brilliant stars, and the deep contrast between western towns, with their wealth and the poverty of eastern villages, the tanks on Turkish streets to oppress the Kurdish people and the checkpoints to periodically inspect the young men because of a »danger of terror«.

ARMIN BERNHARD
Education as a Commodity
The Bio-Piracy in Education
and Its Social Price

A growing pressure is placed on an educational system that must produce the qualities of the individual in ever faster cycles, as required by the market system, the author says. But this »bio-piracy« annihilates every objective set by a complex education aimed at instilling responsibility, as well as, the capacity for self-determined action and independent participation in the moulding of society.

WOLFGANG BITTNER
The Culture of Reading against Violence
Literature for Children and Youth
as Prophylaxis

Discussing the perpetual tradition of violence, the author characterizes the fight against this phenomenon as a Sisyphean chore and analyses the role literature can play in aiding this ceaseless effort. He criticises the lopsided concentration on materialistic values in the society, while pleading for the promotion of reading, as an indispensable civil necessity.

HARALD WERNER
Five Questions Concerning a Modernized
Curriculum in Political Economy

The call for a literacy campaign in economics (Bourdieu), says the author, is growing louder but no one responds. The reason is, the alphabet is undergoing a general revision. Today's media, information and knowledge society is no longer capitalism, and therefore the economic laws cannot simply be applied to it.

WILHELM ERSIL

The EU at the 50th Anniversary of the Treaty of Rome

Fifty years ago – March 25, 1957 – the Treaty of Rome was signed by six countries, thus forming the foundation for, what has become, the European Union (EU). The author discusses the deep crisis the EU, of 27 countries, is confronting today and gives a broad review of the proposals that the United European Left Party and the Left Party.PDS have developed to overcome the dominance by capital interests in the European unification process.

ANDREAS HEYER

Origin and Meaning of Karl Mannheim's Idea of Utopia

In 1929, Karl Mannheim published his book »Ideologie und Utopie« (Ideology and Utopia). This placed him on a continuum with Peter Kropotkin and Gustav Landauer, but Mannheim turned their socialist undertaking into a conservative one. By overthrowing Landauer's verdict that sociology could not be regarded as a science, he presented his ideas as a contribution of sociology to the research of utopia.

GOTTFRIED OY

Tracking The New Left The »Sozialistisches Büro« and its Magazine »links«

There seems to be but limited knowledge in the public concerning the New Left – one of the most important currents of the post-war left movement, not only in West Germany but also world-wide. The author opens a window onto this historical subject by looking into the history of the »Sozialistisches Büro« (Socialist Bureau) – one of the important West German left organisations of the 70s and 80s – and its magazine »links« (Left).

In memoriam THEODOR LEIPART (1867-1947)

Sixty years ago, on March 23, 1947 Theodor Leipart, one of the founders of the German Trade Unions, died in Berlin. Today, his name is nearly forgotten. »UTOPIE kreativ« publishes here the obituary and an article written by Leipart's long-time comrade-in-arms, Fritz Tarnow, an outstanding protagonist of Fritz Naphtali's concept of economic democracy.

CHRISTEL HARTINGER

»Not Against My Conscience« Conversations with Felicia Langer

The author reviews two books permitting insights into the life of the Israeli lawyer, Felicia Langer, who for decades has fought for the human rights of Palestinians: Karl-Klaus Rabe's »Felicia Langer. Die Frau, die niemals schweigt« (The woman who is never silent) and Hans-Dieter Schütts »Gespräche mit Felicia Langer« (Conversations).

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
Redaktion:
WOLFRAM ADOLPHI, ULLA PLENER,
MARTIN SCHIRDEWAN, JÖRN SCHÜTRUMPF,
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,
DIETMAR WITTICH (V.i.S.d.P.)
Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030- 44 310-127/123, Fax-122
Internet: www.utopiekreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL
Satz: ELKE SADZINSKI
Druck: MediaService GmbH
BärenDruck und Werbung
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29781627)
Einzelverkaufspreis: 6 €
Jahresabonnement (incl. Versand):
57 € (Inland), 75 € (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 170:	je	1 €
Heft 171 bis 182	je	2,50 €